

Niedersächsisches
Innenministerium

Verfassungsschutz- bericht 1996

 **Niedersachsen**

Inhaltsübersicht

Vorwort	5	Rote Armee Fraktion (RAF)	68
		Antiimperialistische Zelle (AIZ)	70
Einleitung	7	Militante Linksextremisten – Autonome	72
Überblick in Zahlen	10	Linksextremistische Bestrebungen ge- gen den Castor-Transport	81
Rechtsextremismus		Graswurzelrevolution	89
Überblick	17	Rote Hilfe e. V. (RH)	91
Merkmale und Erscheinungsformen	19	Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	92
Gesetzesverletzungen	20	Kommunistische Plattform der PDS (KPF)	94
Rechtsextremistische Skinheads	21		
Neonazistische Bestrebungen	24		
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren An- gehörige e.V. (HNG)	26	Ausländerextremismus	
Neonazistische Personenzusammen- schlüsse im Harz	28	Überblick	98
Junge Nationaldemokraten	30	Gesetzesverletzungen	99
Treffpunkt von Rechtsextremisten in Hetendorf	33	Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	101
Die Deutsche Freiheitsbewegung e. V. (DDF)	37	Devrimci Sol	111
Der Stahlhelm e.V., Ortsgruppe Jork	38	Deutsche Türk-Föderation (ATF)	
Geschichts-Revisionismus	39	Konföderation der idealistischen Türken in Europa (AÜTDK)	
Neonazikreis um Ernst ZÜNDEL	42	(früher: ADÜTDF)	114
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)	43	Islamistische Extremisten	115
Aktionen anlässlich des 9. Todestages von Rudolf Heß	45	Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V. Köln (ICCB/A.F.I.D.)	116
Nutzung moderner Kommunikations- mittel durch Rechtsextremisten	47	Weitere islamistische Organisa- tionen	118
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	49	Union islamischer Studenten- vereine in Europa (U.I.S.A.)	119
Deutsche Volksunion (DVU)	52	Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)	119
Die Republikaner (REP)	55	Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)	120
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	63	Provisorische Irische Republikanische Armee (PIRA)	121
Linksextremismus			
Überblick	65		
Gesetzesverletzungen	67		

Spionageabwehr

Überblick	122
Die Nachrichtendienste der Russischen Föderation	123
Aktivitäten der russischen Nachrichtendienste	125
Nachrichtendienst der übrigen GUS-Länder und sonstiger ost-europäischer Staaten	126
Die Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas	126
Hilfe für Betroffene	129

Verfassungsschutz in Niedersachsen

Bedienstete	130
Haushalt	130
Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)	130
Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel	131
Auskunftsersuchen von Bürgerinnen und Bürgern	133
Öffentlichkeitsarbeit	133

Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen
und Mitbürger,

der Jahresbericht 1996 des niedersächsischen Verfassungsschutzes, den ich Anfang Juni der Öffentlichkeit vorgestellt habe, ist nunmehr allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern auch in gedruckter Form zugänglich.

Darüber hinaus kann er auch im Internet gelesen, ausgedruckt oder per E-mail bestellt werden^[1].

Aufgabe des Verfassungsschutzberichtes ist es, über Zielsetzungen, Zusammenhänge und Gefährdungspotentiale verfassungsfeindlicher Bestrebungen zu informieren und einen fachlichen Beitrag zur Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu leisten.

Es ist der gesetzliche Auftrag des Niedersächsischen Innenministeriums und auch eine politisch wichtige und notwendige Aufgabe, einen Überblick über die Lage auf den verschiedenen Gebieten des politischen Extremismus und der Spionageabwehr in einem zusammenfassenden jährlichen Bericht zu geben. Damit kann die Öffentlichkeit die Stabilität unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und ihrer Gefährdungen besser beurteilen. Ein zusammenfassender Bericht ist auch besser in der Lage dazu beizutragen, daß der Leser die ihm nach seinem eigenen politischen Standort größer



erscheinenden Gefahren des einen Extremis nicht überbewertet und die des anderen dagegen unterschätzt.

Die Landesregierung hat die Auseinandersetzungen mit dem politischen Extremismus von rechts wie von links stets mit Nachdruck geführt. Die Berichterstattung über den erfolgreichen Ausgang des Verfahrens beim Obergericht Lüneburg wegen der Klage der Republikaner gegen ihre nachrichtendienstliche Beobachtung und die Entwicklung um die rechts-extremistische Tagungsstätte in Hetendorf sowie die Darstellung der verfassungsfeindlichen Aktivitäten von militanten Autonomen belegen dies.

Wir sind dabei auch auf entschlossene Gerichte angewiesen. Die mutige Entscheidung des Kammergerichts Berlin vom 10. April 1997, mit der im sogenannten Mykonos-Prozeß der staats-terroristische Hintergrund aufgeklärt wurde, verdient daher unser aller Respekt. Mit diesem Urteil wurde erstmalig die vom iranischen Regime geplante Ermordung von kurdisch-irani-

^[1] Adresse: www.niedersachsen.de/MI1.htm

schen Oppositionspolitikern festgestellt.

Die Landesregierung setzt grundsätzlich auf die Überzeugungskraft der geistig-politischen Auseinandersetzung. Wenn es aber notwendig ist, ergreift sie auch konsequent administrative Maßnahmen, um, wie bei der Scientology-Organisation, tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung nachzugehen.

Die Landesregierung begrüßt es deshalb, daß sich am 6. Juni 1997 die Innenministerkonferenz einvernehmlich darauf verständigt hat, die Voraussetzungen für die Beobachtung dieser totalitären Organisation durch die Verfassungsschutzbehörden zu bejahen. Das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz hat auf den IMK-Beschluß unverzüglich reagiert.

Die Erhaltung des demokratischen Rechtsstaates kann nicht allein vom Staat geleistet werden. Sie ist vielmehr und vorrangig Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger. Die Bereitschaft der demokratischen Öffentlichkeit, sich mit unserer Verfassungsordnung zu identifizieren, an ihrer Bewahrung und Weiterentwicklung aktiv mitzuwirken und den Gegnern der freiheitlichen Demokratie mit Engagement entgegenzutreten, ist der beste und wirksamste Verfassungsschutz.



Gerhard Glogowski
Niedersächsischer Innenminister

Einleitung

Rechtsextremismus

Neonazistische Bestrebungen und rechtsextremistisch motivierte Straftaten stellten auch 1996 eine zentrale Herausforderung für die Sicherheits- und die Strafverfolgungsbehörden dar. Obwohl die Neonazi-Szene, zu der auch militante rechtsextremistische Skinheads und die Jungen Nationaldemokraten zählen, nach den Vereinsverboten der letzten Jahre nur noch über einige Organisationen verfügt, hat ihre Vernetzung weiter zugenommen. Ihre Kommunikations- und Mobilisierungsstruktur hat sich dementsprechend gefestigt. Das hat sich beispielhaft bei den Rudolf-Heß-Märschen und anderen Aufzügen von Neonazis z. B. am 1. Mai 1997 in Hann. Münden gezeigt. Durch die Nutzung moderner Kommunikationstechniken haben wenige Führungsfiguren der deutschen Neonazi-Szene ihren Modus operandi zur kurzfristigen Mobilisierung ihrer Anhänger für spektakuläre Auftritte weiterentwickelt.

Für die neuen Strukturen charakteristisch ist das Fehlen von formalen Mitgliedschaften und festgefügtten Organisationsstrukturen. Neonazis praktizieren zunehmend das Konzept lose strukturierter, themenbezogener Zusammenarbeit. Die neuen Aktionsmöglichkeiten der Vernetzung haben dazu beigetragen, die durch Vereinsverbote bewirkte Verunsicherung unter den Neonazis seit 1995 zu kompensieren.

Auch 1996 stellte die weit über den norddeutschen Raum hinaus für rechtsextremistische Ideologie und Weltanschauung einflußreiche Tagungsstätte

„Heide-Heim“ in Hetendorf eine Herausforderung für staatliche Behörden und Gesellschaft dar. Obgleich sich die neonazistischen Aktivitäten in dem rechtsextremistischen Treffpunkt aufgrund der exekutiven Maßnahmen zahlenmäßig verringert haben, fanden auch 1996 zwei für die Entwicklung des Rechtsextremismus wichtige Veranstaltungen statt, die „Bundesschulung“ der Jungen Nationaldemokraten Ende Dezember und die „6. Hetendorfer Tagungswoche“ vom 15. bis 23. Juni.

Wegen der im Zusammenhang mit der „7. Hetendorfer Tagungswoche“ zu erwartenden neonazistischen Aktivitäten, die der Hamburger Rechtsanwalt und Neonazi Rieger vom 14. bis 22. Juni 1997 durchführte, hatte das Innenministerium umfassende Anstrengungen unternommen, diese Veranstaltung wegen ihrer überregionalen Bedeutung für neonazistische und fremdenfeindliche Agitation und Ideologieentwicklung zu unterbinden.

Das Innenministerium respektiert den Beschluß des Oberverwaltungsgericht Lüneburg vom 13. Juni 1997, das vom Landkreis Celle verfügte Versammlungsverbot für die

„7. Hetendorfer Tagungswoche“ aufzuheben. Nach Auffassung des Innenministeriums sind gleichwohl die Veranstaltungsinhalte der Tagungswoche mit den Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Das Innenministerium ist deshalb unverändert bestrebt, mit

allen rechtlich zulässigen Mitteln auf eine Schließung der Tagungstätte hinzuwirken.

Bei den rechtsextremistischen Parteien sind die REP's hervorzuheben. Sie versuchen alles, um sich nicht als extremistische Kraft darzustellen und damit die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Teilnahme an der Bundestagswahl 1998 zu schaffen. Dazu dient letztlich auch das von ihnen in Niedersachsen angestrebte Volksbegehren gegen die Einführung des Euro.

Mit Urteil vom 26. Juni 1997 hat das OVG Lüneburg im Hauptsacheverfahren entschieden, daß eine Beobachtung der rechtsextremistischen Partei mit nachrichtendienstlichen Mitteln durch die Niedersächsische Verfassungsschutzbehörde grundsätzlich zulässig und rechtlich begründet ist.

Ohne Widerspruch durch den Parteivorsitzenden der rechtsextremistischen NPD haben sich 1996 die Jungen Nationaldemokraten zum Sammelbecken für ehemals führende Aktivisten verbotener neonazistischer Gruppierungen entwickelt. Beispielhaft ist hier der aus Hannover stammende Neonazi Steffen Hupka zu nennen, der früher in der verbotenen Nationalistischen Front aktiv war und gegenwärtig als maßgebliches Mitglied des Bundesvorstands der Jungen Nationaldemokraten ein neues Aktionsfeld gefunden hat.

Linksextremismus

Bei der Darstellung der Aktivitäten linksextremistischer Bestrebungen stehen vor allem militante Autonome im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Am Rande des friedlichen, legitimen Protestes gegen die Kernenergiepolitik des Bundes haben sie mit massenhaften und gewalttätigen Anschlägen zwar „erfolglos“ versucht, den Castor-Transport ins Wendland zu verhindern, die von ihnen angerichteten Sachbeschädigungen, insbesondere die Anschläge gegen Bahnanlagen, belaufen sich allerdings auf Millionen-Beträge.

Das taktische Nahziel ihres Kampfes gegen den Castor als Bestandteil ihres Kampfes gegen das ihnen verhaßte „System“ Bundesrepublik Deutschland bewerten sie als erreicht. Militante Autonome haben offen erklärt, ihr Kampf gegen das „System“ gehe „bis zur völligen Zerschlagung sämtlicher Strukturen von Macht, Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung“.

Rote Armee-Fraktion und Antiimperialistische Zelle sind nach Auffassung der Sicherheitsbehörden gegenwärtig weder handlungswillig noch handlungsfähig. Der linksextremistische Terrorismus hat seine Bedeutung verloren. Eine Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes erscheint gegenwärtig höchst unwahrscheinlich.

Der Verfassungsschutzbericht enthält 1996 erstmals eine Darstellung der Kommunistischen Plattform in der PDS (KPF). Die Prüfung und Beobachtung der KPF durch das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz hat ergeben, daß hier tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Aktivitäten vorliegen.

Der politisch-ideologische Einfluß der KPF auf die PDS übersteigt die Mitgliederzahl der Plattform bei weitem.

Ausländerextremismus

Unter den ausländischen Extremisten ist die seit dem 26. November 1993 in Deutschland mit einem Betätigungsverbote belegte Arbeiterpartei Kurdistans, die PKK, die bei weitem bedeutendste Organisation. Das ist nicht nur an ihren Aktivitäten, sondern auch an den Mitgliederzahlen ablesbar, die bundesweit von 8.900 auf 10.000 im Jahre 1996 gestiegen sind. In Niedersachsen war eine Steigerung von 1.400 auf 1.600 Personen zu verzeichnen.

Der seit März 1996 andauernde „friedliche“ Kurs der Arbeiterpartei Kurdistans, der ihr von ihrem politischen Führer Öcalan verordnet worden ist, gibt Anlaß zur Hoffnung, daß diese Zurückhaltung nicht nur von kurzfristiger, taktischer Natur ist.

Macht und Einfluß der PKK beruhen letztlich auf der Spirale von Gewalt und Gegengewalt im Südosten der Türkei, die die dort bestehende Diskriminierung und Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung als Grundlage haben. Zur Fortsetzung ihres bewaffneten Kampfes gegen die Türkei rekrutiert die PKK in Europa Jugendliche als Kader für den Einsatz in Westeuropa bzw. als Kämpfer im Bürgerkriegsgebiet. Sie benötigt dafür erhebliche Geldsummen, die im wesentlichen von den Kurden in Europa auf „freiwilliger“ Grundlage eingetrieben werden.

Gegenüber „Abweichlern“ und Zahlungsunwilligen hat die PKK „Strafgewalt“ ausgeübt und damit gegen die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland verstoßen.

Überblick in Zahlen

1. Rechtsextremistische Organisationen^[2]

Bundesrepublik Deutschland

	1995	1996
DVU	15.000	15.000
REP	16.000	15.000
NPD	4.000	3.500
Militante Rechtsextremisten, insbesondere rechtsextremistische Skinheads	6.200	6.400
Neonazistische Gruppierungen	2.480	2.690
Sonstige Gruppierungen ^[3]	3.560	3.700
Summe	47.240	46.290
Zahl der Mitglieder nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften	46.100	45.300

Niedersachsen

	1995	1996
DVU	1.800	1.800
REP	700	600
NPD	415	365
DLVH	20	20
Militante Rechtsextremisten, insbesondere rechtsextremistische Skinheads	580	560
Neonazistische Gruppierungen	45	100 ^[4]
Sonstige Gruppierungen	90	120
Summe ^[5]	3.650	3.565

^[2] Einschließlich Nebenorganisationen

^[3] In diesen Zahlen sind die Mitglieder der DLVH (1995: 900 / 1996: 800) enthalten, die früher gesondert ausgewiesen wurden.

^[4] Einschließlich der Mitglieder der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN)

^[5] Mehrfachmitgliedschaften sind nur auf Bundesebene abgezogen.

2. Linksextremistische Organisationen

Bundesrepublik Deutschland

	1995	1996
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten ^[6]	28.500	28.900
Autonome, Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre ^[7]	7.000	7.000
Summe	35.500	35.900
Zahl der Mitglieder nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften	35.000	35.200

Niedersachsen

	1995	1996
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten	587	520
Autonome, Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre	570	595
Summe	1.157	1.115

^[6] Einschließlich „Kommunistischer Plattform“ und weiterer linksextremistischer Gruppen in der PDS.

^[7] Das Mobilisierungspotential der „Szene“ umfaßt zusätzlich mehrere tausend Personen.

3. Ausländerextremistische Organisationen^[8]

Bundesrepublik Deutschland

	1995	1996
Islamistisch-extremistische Gruppen	31.800	30.900
Extrem-nationalistische Gruppen	6.900	7.800
Linksextremistische Gruppen	16.800	18.600
Summe	55.500	57.300

Niedersachsen

	1995	1996
Islamistisch-extremistische Gruppen	2.510	2.670
Extrem-nationalistische Gruppen	350	430
Linksextremistische Gruppen	1.955	2.125
Summe	4.815	5.225

^[8] Einschließlich verbotener Organisationen (PKK, Devrimci Sol)

**Die Staatsschutzkriminalität in Niedersachsen für 1996
– nach Angaben des Landeskriminalamtes Niedersachsen –^[9]**

Grundlage dieser Statistik sind die für jede Straftat eingehenden Kriminaltaktischen Anfragen – Staatsschutz (KTA-S), die bei Aufnahme von Ermitt-

lungen zu erstatten sind. Damit handelt es sich um eine Eingangstatistik.

Im Jahr 1996 wurden von den Dienststellen des Polizeilichen Staatsschutzes in Niedersachsen insgesamt 3.008 Delikte gemeldet.

Bei einem Erfassungsschluß am 31. 01. 1997 entfielen auf den Tatzeitraum 1996 (01. 01. bis 31. 12.) 2.398

1. Straftaten „rechts“^[10]

	1995	1996
gesamt	982	698
davon:		
mit fremdenfeindlicher Motivation	244	167
Verbreiten von Propagandamitteln/Verwenden von		
Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	90	63
Sachbeschädigungen	24	6
Taten durch Skinheads	17	26
Bedrohung	4	3
Brandanschläge	5	1
mit antisemitischem Hintergrund	139	70
davon:		
Volksverhetzung	76	38
Sachbeschädigung	7	4
Beleidigung	7	1
durch Skinheads	113	46
davon:		
Verbreiten von Propagandamitteln/Verwenden von		
Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	78	40
Körperverletzungen	23	20
Nötigungen	4	9
Landfriedensbrüche	2	8
Verstöße gegen das Waffengesetz	–	7
Sachbeschädigungen	13	–
gegen politisch Andersdenkende („Linke“)	53	34
davon:		
Körperverletzungen	11	8
Sachbeschädigungen	2	3

^[9] Gezählt wurden Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, bei denen die Bearbeitungszuständigkeit des Polizeilichen Staatsschutzes gegeben ist, weil – ein Staatsschutzdelikt im Sinne des Meldedienstes in Staatsschutzsachen (KPM-D-S) oder – eine politische Motivation angenommen wird, oder – eine Zuweisung im Einzelfall (z. B. Skinhead-Delikte, Völkermord-Delikte) erfolgt ist.

^[10] Einschließlich der Straftaten mit erwiesenem oder mutmaßlich rechtsextremistischem Hintergrund.

Straftatenstruktur

(Deliktsverteilung nach Häufigkeitsvorkommen)

	1995	1996
Verbreiten von Propagandamitteln/ Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	576	456
Volksverhetzungen	152	78
Sachbeschädigungen (davon: Sprüh- bzw. Schmieraktionen)	72 (33)	32 (13)
Körperverletzungen	39	29
Beleidigungen	18	19
Nötigungen	26	12
Bedrohungen	12	9
Brandanschläge	5	2
Diebstahlsdelikte	2	2
Totschlag	-	1
Raubdelikte (einschl. räuberischer Diebstahl)	3	-

Staatsschutzdelikte (1995: 2.183) und sonstige politisch motivierte Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten.

Mindestens 610 Meldungen betrafen also Nachmeldungen für vorangegangene Jahre (meist PKK-Aktivitäten). Dadurch relativiert sich der Vergleich mit den Vorjahreswerten. Die Werte 1995 wurden mit einem Erfassungsschluß zum 25. 04.1996 erhoben.

Die nähere Aufschlüsselung enthält Mehrfachzählungen bei Tateinheit.

2. Straftaten „links“⁽¹¹⁾

(einschließlich aller von der Anti-Atombewegung begangenen Delikte)

	1995	1996
gesamt	839	796
davon:		
gegen politisch Andersdenkende/„Rechte“ mit „antifaschistischem“ Hintergrund)		
davon:	20	9
Sachbeschädigungen	1	1
Körperverletzungen	1	5
durch militante Kernenergiegegner, die überwiegend im Zusammenhang mit Castor-Transporten nach Gorleben stehen dürften	460	550
davon:		
Sachbeschädigungen	112	98
Eingriffe in den Bahn-/Straßenverkehr	99	148
im Zusammenhang mit der Kurdenproblematik/ PKK (z.B. Verbreiten von Propagandamitteln)	14	15

Straftatenstruktur

(Deliktsverteilung nach Häufigkeitsvorkommen)

	1995	1996
Sachbeschädigungen	289	230
(davon: Sprüh- bzw. Schmieraktionen)	(153)	(118)
Eingriffe in den Bahn-/Straßenverkehr	104	148
Verstöße gegen das Versammlungsrecht	89	74
Landfriedensbrüche	51	33
Körperverletzungen	48	28
Bedrohungen	27	11
Beleidigungen	23	28
Sprengstoffanschläge	4	3
schwere Brandstiftungen	2	3
Besonders schwerer Fall des Diebstahls	1	3
Raub	1	1

⁽¹¹⁾ Einschließlich aller Straftaten mit erwiesenem oder mutmaßlich linksextremistischem Hintergrund.

3. Politisch motivierte Ausländerkriminalität^[12]

	1995	1996
gesamt	208	550
davon:		
im Zusammenhang mit der Kurdenproblematik	174	3
davon:		
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	494	271
Verstöße gegen das Vereinsgesetz	96	144
Erpressungen	16	15
Brandanschläge	21	5
Sachbeschädigungen	13	4
Menschenraub, Kindesentziehung, Entführung	1	–
Verbreiten von Propagandamitteln/Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	1	1

Straftatenstruktur

(Deliktsverteilung nach Häufigkeitsvorkommen)

	1995	1996
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	3	271
Verstöße gegen das Vereinsgesetz	117	166
Erpressungen	16	15
Nötigungen/Freiheitsberaubungen	14	10
Bedrohungen	3	9
Sachbeschädigungen, z. B. Schmieraktionen	15	7
Körperverletzungen/Gefährliche Körperverletzungen	3	6
Brandstiftungen/Herbeiführen einer Brandgefahr	23	5
Freiheitsberaubungen	–	2

^[12] Einschließlich der Straftaten mit erwiesenem oder mutmaßlich extremistischem Hintergrund.

Rechtsextremismus

Überblick

Auch 1996 blieben neonazistische Bestrebungen mit ihrer militanten Fremdenfeindlichkeit und ihrer antisemitischen Propaganda eine Herausforderung für Staat und Gesellschaft. Die Vernetzung der verschiedenen Gruppierungen dieses Spektrums hat – auch über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus – weiterhin zugenommen. Die Jungen Nationaldemokraten entwickelten sich zur führenden rechtsextremistischen Jugendorganisation in der Bundesrepublik. Ehemals strikt eingehaltene Abgrenzungsbeschlüsse sind unter der Führung des aus Hildesheim stammenden Holger APFEL aufgegeben worden.

Die „alten“ rechtsextremistischen Parteien, wie die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), haben ihren Abwärtstrend stoppen können. Erfolge bei Landtagswahlen, konsolidierte Finanzen und ein Ende der Mitglieder-rückgänge haben dazu geführt, daß die Parteiführungen sich im Aufwind sehen.

Die Lage der NPD, älteste der deutschen rechtsextremistischen Parteien, hat sich nach den Turbulenzen um den ehemaligen Vorsitzenden DECKERT unter der Führung des neuen Vorsitzenden Udo VOIGT gefestigt. Im Gegensatz zu früheren Jahren hat sich die NPD für Neonazis geöffnet, die sich in ihrer Jugendorganisation, den Jungen Nationaldemokraten, sammeln. Der Vorsitzende VOIGT hat bislang nicht deutlich gemacht, daß diese Entwicklung auf Ablehnung in der NPD stößt. Im Gegenteil scheint er die zunehmend

neonazistische Orientierung der Jungen Nationaldemokraten zu unterstützen.

Die „Neue Rechte“, in der Öffentlichkeit allgemein als Intellektualisierung des Rechtsextremismus verstanden, ist weiterhin als „Scharnier“ zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus anzusehen. Von daher ist die „Neue Rechte“ nicht eng mit rechtsextremistischen Bestrebungen verbunden. Gleichwohl ist in ihrer Publizistik eine bedenkliche Erosion der Abgrenzung zwischen rechtsextremistischen und konservativen Ausrichtungen unverkennbar.

Der Begriff „Neue Rechte“ steht in Deutschland seit Jahrzehnten für eine intellektuelle Variante antidemokratischen Denkens und Handelns. Ihr wird in der politischen Diskussion deshalb häufig eine Gefährlichkeit beigemessen, die höher einzuschätzen sei, als die des organisierten Rechtsextremismus. Diesem Politikbereich muß wegen seiner subtilen Gefahren verstärkte Beachtung geschenkt werden.

Vorbild für die Protagonisten der „Neuen Rechten“ in Deutschland ist die französische Nouvelle Droite mit ihrem Chefideologen Alain de BE-NOIST. Dieser hatte bereits 1968 als Antwort auf die Studentenbewegung die Denkschule G.R.E.C.E. (Groupement de recherche et d'étude pour la civilisation européenne = Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation) mit anderen zusammen ins Leben gerufen. Ziel dieser Einrichtung ist eine moderne rechte Programmatik

mit einem umfassenden ideengeschichtlichen Bezugsrahmen, der Werte der Zeit vor der Französischen Revolution aufnimmt. Folgerichtig wird die Idee der Menschenrechte diffamiert und die These, daß alle Menschen mit unveräußerlichen Menschenrechten ausgestattet sind, wissenschaftlich zu widerlegen versucht. Gegen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit setzen die Protagonisten der „Neuen Rechten“ in Frankreich die Bindung an die Volksgemeinschaft, die natürliche Ungleichheit der Menschen und Rassen sowie den Gedanken sich selbst bildender, zur Führung des Volkes berufener Eliten.

Sowohl von den Franzosen als auch von ihren deutschen Nachahmern wird die „Konservative Revolution“ der Weimarer Zeit als Vorbild angesehen. Mit diesem Begriff sind die Theoriezirkel um Intellektuelle wie z. B. Carl Schmitt, Arthur Möller von den Bruck, Edgar Julius Jung oder Hans Freier gemeint, die mit ihren rechten, antidemokratischen Gedankengebäuden zu geistigen Vorläufern einer – dann auch tatsächlich folgenden – totalitären Staatsform wurden.

Während in Deutschland in den zurückliegenden Jahrzehnten die Diskussion um die Neue Rechte keine große Rolle spielte, ist in den 90er Jahren durch mehrere Zeitschriften wie „Nation und Europa – Deutsche Monatshefte“ oder „Europa vorn“ das Gedankengut der Neuen Rechten neu belebt worden. In diesen Schriften werden nationalistische und antiamerikanische bzw. antiwestliche Positionen vertreten. Alain de Benoist kommt in „Europa vorn“, die von dem Funktionär der Deutschen Lige für Volk und Heimat, Manfred ROUHS, herausgegeben wird, häufig zu Wort.

In Publikationen wie der wöchentlich erscheinenden „Jungen Freiheit“ (JF) kommen – nach den Feststellungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz – auch in- und ausländische Rechtsextremisten sowie Vertreter der „Neuen Rechten“ zu Wort.

Die JF hatte im März 1995 u. a. auf Unterlassung von Veröffentlichungen über sie in den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzberichten geklagt und sich dagegen gewandt, daß sie mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet wird.

Das Verwaltungsgericht Düsseldorf wies die Klage der JF gegen das nordrhein-westfälische Innenministerium am 14. 02. 1997 zurück.

Zur Begründung seiner Entscheidung stellte das Gericht u. a. fest:

„ . . . lassen sich zahlreichen in der Zeitung . . . veröffentlichten Beiträgen Anhaltspunkte für die Zielsetzung entnehmen, tragende Strukturprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – insbesondere die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte . . . sowie Bestandteile des Demokratieprinzips . . . zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen. Diese gehen angesichts der bereits erwähnten selbstgesetzten Ziele der Klägerin über unbeachtliche singuläre Meinungsäußerungen hinaus. Dabei verkennt die Kammer nicht, daß gerade in politisch meinungsbildenden Presseerzeugnissen auch provokative und überspitzte Äußerungen, die die Klägerin selbst einräumt, zum politischen Meinungskampf gehören können. Ihre Grenze finden sie jedoch in den Grundprin-

zipien der verfassungsmäßigen Ordnung. Die in der klägerischen Zeitung veröffentlichten Bekundungen stehen mit diesen vielfach nicht in Einklang. . . . Es bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht der Mißachtung der Menschenrechte des Grundgesetzes in der Zeitung „Junge Freiheit“ . . . Darüber hinaus bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen gegen das Demokratieprinzip, . . .“

(zitiert nach: Urteil Verwaltungsgericht Düsseldorf vom 14. 02. 1997, 1 K 9318/96, S. 23 ff)

Merkmale und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus

Unter dem Begriff „Rechtsextremismus“ werden politisch motivierte Bestrebungen zusammengefaßt, die vorrangig im Nationalismus und Rassismus wurzeln und die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Nationalismus ist dabei die Überbewertung eigener nationaler Interessen zu Lasten der Interessen anderer Nationen sowie zu Lasten der Individualrechte von Angehörigen der eigenen Nation. Nationalismus und Rassismus sind eng verzahnte Begriffe, weil in der rechtsextremistischen Interpretation die Nation nur die Gemeinschaft derjenigen umfaßt, die aufgrund gemeinschaftlicher Abstammung – also einheitlicher „Rasse“ – zusammengehören („Rassenation“). Die nationalsozialistische Propaganda verkündete einen solchen von Volkstumsideologie und Rassenfanatismus beherrschten biologischen Nationen-

begriff, der im Unterschied zu dem üblicherweise verwendeten Begriff der „Kulturnation“ steht.

Rechtsextremistische Bestrebungen richten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung. Nationalistische Auffassungen stellen die Wertordnung des Grundgesetzes in Frage, weil sie Individualrechte hinter nationale Kollektivinteressen zurücktreten lassen. Der Rassismus ist zudem mit dem grundgesetzlich verbürgten Schutz der Menschenwürde und dem Gleichheitsgrundsatz unvereinbar.

Die wichtigsten Elemente des Rechtsextremismus sind:

- ein den Gedanken der Völkerverständigung mißachtender, übersteigter, aggressiver Nationalismus, verbunden mit menschenverachtender Fremdenfeindlichkeit,
- die offene oder verdeckte Wiederbelebung des Antisemitismus und anderer rassistischer Thesen, wie die Warnung vor einer „Rassenmischung“ als Gefährdung des „deutschen Volkscharakters“, die mit dem Schutz der Menschenwürde und dem Gleichheitsprinzip nicht vereinbar sind,
- die pauschale Überbewertung der Interessen der „Volksgemeinschaft“ zu Lasten der Interessen und Rechte des einzelnen, die auf eine Aushöhlung der Grundrechte abzielt (völkischer Kollektivismus),
- immer wiederkehrende Versuche, die nationalsozialistische Gewaltherrschaft unter Herausstellung angeblich positiver Leistungen des „Dritten Reiches“ zu rechtfertigen, die Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime zu diffamieren und die Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu ver-

schweigen, zu verharmlosen oder zu leugnen (Revisionismus),

- eine Überbetonung militärischer und soldatischer Werte sowie hierarchischer Prinzipien von „Führer“ und „Gefolgschaft“, verbunden mit der Propagierung einer autoritären und diktatorischen staatlichen und sozialen Ordnung sowie der Überbetonung eines nach innen und außen starken Staates.

Hinzu kommt die allen Extremisten gemeinsame planmäßige Verunglimpfung des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates und seiner Repräsentanten in der Absicht, die Demokratie in den Augen der Bevölkerung als Wert zu erschüttern.

Die genannten Merkmale sind bei den verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen nicht in gleicher Weise ausgeprägt. Bei einigen sind nur Teilaspekte bestimmend; auch die Intensität und die Mittel des Kampfes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind unterschiedlich. Während Neonazis offen wesentliche demokratische Verfassungsgrundsätze ablehnen, versuchen rechtsextremistische Parteien ihre extremistischen Ziele vielfach hinter tagespolitischen Forderungen zu verbergen. Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele lehnen sie verbal ab. Dagegen fordern nicht wenige Neonazis schon seit Jahren offen zur Gewaltanwendung auf. Seit einiger Zeit richtet sich diese überwiegend gegen Ausländer und deren Unterkünfte, aber auch gegen alles „Fremde“ und gegen politische Gegner.

Derzeit agieren in der Bundesrepublik Deutschland rund 108 rechtsextremistische Organisationen mit rund 45.300 Mitgliedern (1995 rd. 46.100 Mitglieder). Die meisten organisierten Rechtsextremisten gehören einigen wenigen mitgliederstarken Parteien wie der „Deutschen Volksunion“ (DVU)

und der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) sowie der Partei „Die Republikaner“ (REP) an.

Der Rest verteilt sich auf zahlreiche kleine Gruppen und Zirkel. 2.420 Personen werden dem neonazistischen Lager zugerechnet. Diese Neonazis treffen sich häufig in informellen Gruppen, viele von ihnen gehörten zuvor Organisationen an, die vom Staat verboten wurden. Die Zahl der militanten Rechtsextremisten – unter Ein-schluß der rechtsextremistisch orientierten Skinheads – beläuft sich auf 6.400 Personen.

Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

Die Zahl der Gewalttaten verringerte sich im Bundesgebiet seit dem Höchststand im Jahre 1992 (2.639) um 70 %. Die sonstigen Straftaten gingen von ihrem Höchststand 1993 (8.329) um 5 % zurück.

Zum Rückgang der rechtsextremistischen Gewalt hat die konsequente Strafverfolgung der Gewalttäter und die Verhängung empfindlicher Freiheitsstrafen beigetragen. Aber auch andere staatliche Maßnahmen, wie der Erlaß von Vereins- und Versammlungsverboten, zeigten Wirkung. Potentielle Gewalttäter mußten erkennen, daß die Mehrheit der Bevölkerung rechtsextremistische Gewalt ablehnt. Nach der Änderung des Asylrechts und dem daraus resultierenden Rückgang der Zahl der Asylbewerber entfiel für Rechtsextremisten ein Agitations- und Angriffsfeld, das Gewalttäter zum Anlaß für ihre fremdenfeindlichen Gewalttaten genommen hatten.

Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund^[13]

	1995	1996
Tötungsdelikte	—	1
Versuchte Tötungsdelikte	10	12
Sprengstoffanschläge	—	—
Brandanschläge	45	33
Körperverletzungen	509	507
Landfriedensbrüche	48	71
Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung	225	157
Gewalttaten insgesamt	837	781
Nötigungen/Bedrohungen	504	364
Verbreiten/Verwenden von Propagandamitteln	4.343	5.635
Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und andere Straftaten	2.212	1.950
Straftaten gesamt	7.896	8.730

Rechtsextremistische Skinheads^[14]

Staatliche Sanktionen und gewachsener öffentlicher Druck haben Gewalttaten von Skinheads und deren Zulauf zu Skingruppen zurückgedrängt. Dennoch blieben rechtsextremistische Skinheads 1996 mit ihrer höchst aggressiven Fremdenfeindlichkeit, ihren Angriffen gegen soziale Minderheiten und Attacken gegen politisch Andersdenkende eine Herausforderung für Staat und Gesellschaft.

Regionale Schwerpunkte dieser Skinheads sind dabei die Räume Northeim, Seesen, Goslar, Stadthagen, Beverstedt, Buchholz, Wolfsburg, Tostedt, Lüchow und der Landkreis Hannover gewesen.

^[13] Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA. Die Zahlenangaben betreffen den Stand vom 30. Januar 1997. Aus statistischen Gründen wurde jede Gewalttat bzw. sonstige Gesetzesverletzung nur einmal gezählt, auch wenn sie aus mehreren Einzeltaten bestand oder von mehreren Tätern gemeinsam begangen wurde. Wurden mehrere Straftatbestände durch eine Handlung verwirklicht, so wird ausschließlich der schwerer wiegende Verstoß gezählt. Die Übersicht enthält ausgeführte und versuchte Aktionen. Gewaltandrohungen sind gesondert aufgeführt. Geringfügige Straftaten sind nicht enthalten. Die Zahlenübersicht basiert auf dem Datenmaterial, das dem Bundesamt für Verfassungsschutz übermittelt und von ihm bewertet wurde.

^[14] Eine ausführliche Darstellung der rechtsextremistischen Skinhead-Szene enthält „Skinheads (Fakten und Hintergründe 1)“, 5. überarbeitete Auflage, Nds. Innenministerium, Hannover, März 1997.



CD „Heim ins Reich“ der Skingruppe „Reichssturm“



CD „Norheim“ (Mitschnitt verschiedener Musikveranstaltungen)



CD „12 Deutsche Stimmungshits“ der Skingruppe „Die Zillertaler Türkenjäger“



CD „Unter Führer's Befehl“ der Skingruppe „Arisches Blut“

Wegbereitend für die politische Einstellung der Skinheads sind vor allem die Skinhead-Musikgruppen, die mit ihrer Musik und ihren Texten starken Einfluß auf die Subkultur haben. In Liedtexten werden unverhüllt Rassismus und Nationalismus propagiert; der Skinhead wird als „politischer Soldat“ aufgeputscht, den „harten Kampf in diesem Rassenkrieg“ zu bestehen.

Mit 68 Veranstaltungen hat sich die Zahl der Skinhead-Konzerte 1996 gegenüber 1995 (35) fast verdoppelt. 24 Konzerte fanden in Sachsen statt. Wegen der hohen Anzahl von Skinheads hat sich dort ein regionaler Schwerpunkt für solche Konzerte entwickelt. Allein in Mücka wurden drei Konzerte veranstaltet. Aber auch im Sachsen benachbarten Tschechien kam es zu größeren Konzertveranstaltungen mit Teilnehmerzahlen von über 1.000 Personen.

Einige Veranstalter – sowie z. B. die Skinhead-Gruppierung „Blood & Honour“ – versuchen, die Skinhead-Szene durch neonazistische Musiktexte politisch zu beeinflussen. Die Veranstalter haben an der Durchführung dieser Konzerte aber eher finanzielle als ideologische Interessen. Geringen Kosten stehen zum Teil erhebliche Einnahmen – in Mücka rund 25.000 DM – gegenüber.

Mit dem Verein „Skinheads Allgäu“ wurde die zwölfte rechtsextremistische Organisation seit 1992 verboten. Erstmals richtete sich das Verbot gegen einen von Skinheads gegründeten Verein.

Verbote neonazistischer Vereinigungen				
1992	1993	1994	1995	1996
<p>Nationalistische Front (NF) verboten am 27. November 1992 (Bundesministerium des Innern)</p> <p>Deutsche Alternative (DA) verboten am 10. Dezember 1992 (Bundesministerium des Innern)</p> <p>Deutscher Kameradschaftsbund verboten am 18. Dezember 1992 (Niedersächsisches Innenministerium)</p> <p>Nationale Offensive (NO) verboten am 22. Dezember 1992 (Bundesministerium des Innern)</p>	<p>Nationaler Block (NB) verboten am 07. Juni 1993 (Bayerisches Staatsministerium Innern)</p> <p>Heimattreue Vereinigung Deutschlands (HVD) verboten am 14. Juli 1993 (Innenministerium des Landes Baden-Württemberg)</p> <p>Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD) verboten am 02. September 1993 (Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen)</p>	<p>Wiking Jugend (WJ) verboten am 10. November 1994 (Bundesministerium des Innern auf Initiative des Niedersächsischen Innenministeriums)</p>	<p>Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) verboten am 24. Februar 1995 (Bundesministerium des Innern auf Initiative des Niedersächsischen Innenministeriums)</p> <p>Nationale Liste (NL) verboten am 24. Februar 1995 (Hamburger Senator des Innern)</p> <p>Direkte Aktion Mitteldeutschland (JF) verboten am 05. Mai 1995 (Innenministerium des Landes Brandenburg)</p>	<p>Skinheads Allgäu (Neonazistischer Skinhead-Verein) verboten am 30. Juli 1996 (Bayerischen Staatsministerium des Innern)</p>

Rechtsextremistische Skinhead-Angebote im Internet

Seit den Anfängen der Skinhead-Bewegung in Deutschland steht diese in engen Verbindungen mit Skinhead-Gruppen im Ausland, vor allem in Großbritannien und den USA. Über das Internet ist die Skinhead-Szene heute weltweit vernetzt. So haben Ende 1996 deutsche Skinheads erstmalig über einen amerikanischen Provider eine Homepage mit Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingestellt. Diese Seite in englischer Sprache ist inzwischen über mehrere „Links“ weltweit aufrufbar. Die deutschen Betreiber dieser Homepage – Rechtsextremisten aus den neuen Bundesländern – greifen in aggressiver Weise die Bundesrepublik Deutschland, politische Gegner und Ausländer an:

„In Deutschland haben wir die gleichen Gegner, die man bekämpfen muß. In erster Linie attackieren uns regelmäßig ZOG (Abkürzung für „Zionist Occupied Government“, deutsch etwa: zionistisch beherrschte Regierung) und Polizei.

(...) Wir mögen den ganzen linken Abschaum nicht und die Scheiß Einwanderer, die unser Land überschwemmen.“

Die Homepage ist sogenannten Hammerskins zuzurechnen. Diese stellen eine Strömung innerhalb der Skinhead-Bewegung dar. Rassistische und nationalsozialistische Positionen werden von ihnen offen vertreten, ihr Ziel ist die Vereinigung aller Skinheads weltweit. Das Selbstverständnis dieser Skinheads ist elitär geprägt. Ihren Ursprung hatten sie Mitte der 80er Jahre in den USA. Deutsche Hammerskins wurden erstmals 1995 bekannt.

Seit 1996 sind neben amerikanischen und britischen Skinhead-Seiten auch zahlreiche skandinavische Adressen im Internet zu finden, über die der

Zugriff auf rechtsextremistisches Propagandamaterial leicht möglich ist. Neben Texten und Grafiken mit nationalsozialistischen Inhalten werden auch Musikstücke von Skinhead-Bands angeboten.

Neonazistische Bestrebungen

Neonazis knüpfen an die Ideologie des Nationalsozialismus an. Ihr Leitbild ist ein totalitärer und rassistischer Führerstaat mit einer Einheitspartei. Nationale Interessen werden auf Kosten der Interessen anderer Nationen und der Individualrechte der „Volksgenossen“, d.h. derjenigen, die „deutschen Blutes“ sind, überbewertet. Die das deutsche „Volk“ prägenden „Rassen“ stellen die Elite dar, alle „Andersrassigen“ werden als minderwertig klassifiziert. Fremdenfeindliche Agitation sowie Gewalt- und sonstige Straftaten sind die Folge. Da nach dem Programm der NSDAP, an das sich Neonazis anlehnen, kein Jude Volksgenosse sein kann, richtet sich der Haß der Neonazis insbesondere auch gegen Juden. Die Wiederherstellung des von Hitler repräsentierten „Dritten Reiches“ war in den 80er Jahren erstrebenswertes Ideal der Neonazis. In der Folgezeit kam von einigen Gesinnungsgenossen die Forderung nach einer „Abkehr vom Hitlerismus“ auf. Sie wollten sich stärker an dem sog. Linken Flügel der historischen NSDAP orientieren, also den „antikapitalistisch“ und „sozialrevolutionär“ ausgerichteten Strömungen um die

Brüder Dr. Otto und Gregor Strasser^[15]. Nach dem Verbot der „Nationalistischen Front“ im November 1992 verblaßte die Bedeutung dieser „links-nationalsozialistischen“ Propagandisten innerhalb der Neonaziszene.

Nach den vielfältigen staatlichen Maßnahmen, insbesondere den Vereinsverboten gegen neonazistische Organisationen, trat zunächst eine starke Verunsicherung unter den deutschen Neonazis ein. Aktivitäten gingen zurück. Insbesondere die von Hamburger Neonazis propagierten informellen Zusammenschlüsse, die staatliche Verbotsmöglichkeiten nach dem Vereinsrecht unterlaufen sollen, haben seit 1995 den Rückgang der Aktivitäten gestoppt. Sowohl national als auch international hat sich die neonazistische Szene gefestigt. Die Jungen Nationaldemokraten (JN), die sich unter der Führung des aus Hildesheim stammenden Holger APFEL zu einem Sammelbecken für „heimatlose“ Neonazis entwickelt haben, spielen dabei eine maßgebliche Rolle. So arbeiteten z. B. ehemals führende Aktivisten verbotener neonazistischer Organisationen gemeinsam mit den JN im sogenannten Aktionskomitee Rudolf Heß 1996 zusammen. Dieses Komitee organisierte die Veranstaltungen zum Todestag des Nationalsozialisten und Hitler-Stellvertreters Heß.

Den Neonazis in der Bundesrepublik fehlt eine zentrale Führerpersönlichkeit, wie sie in den 80er Jahren zeitweilig der Hamburger Neonazi Michael KÜHNEN^[16] gewesen ist. Stattdessen

gibt es eine Führungsschicht von ca. 25 Personen, die sich allerdings teilweise sehr kritisch gegenüberstehen und auch vor persönlichen Verunglimpfungen Andersdenkender in den eigenen Reihen nicht Halt machen. Diese können mehrere hundert Neonazis – auch aus anderen Staaten – mobilisieren.

^[15] Gregor Strasser wurde 1934 auf Befehl Hitlers im Zusammenhang mit der Niederschlagung des „RÖHM-Putsches“ ermordet. Sein Bruder Otto setzte sich 1933 nach Kanada ab. Er starb 1974 in Deutschland.

^[16] KÜHNEN, mit intellektuellen Fähigkeiten ausgestattet, leitete unumstritten die „Bewegung“ der seinerzeit rd. 500 Neonazis in Deutschland. Als seine homosexuellen Neigungen in der Szene bekannt wurden, spaltete sich diese. Viele ehemalige Anhänger wurden zu Gegnern des 1991 gestorbenen KÜHNEN.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Sitz:	Frankfurt a.M.	
Vorsitzende:	Ursula MÜLLER, Mainz	
Mitglieder	1995	1996
Bund:	ca. 300	ca. 300
Niedersachsen:	ca. 25	ca. 25
Publikation:	Nachrichten der HNG (erscheinen monatlich)	

Die 1979 gegründete HNG ist mit ihren knapp 300 Mitgliedern weiterhin mitgliederstärkste neonazistische Organisation. Ziel der HNG, die seit 1991 von der 64jährigen Ursula MÜLLER, Mainz, geführt wird, ist die materielle und ideelle Betreuung von „nationalen politischen Gefangenen“. Neben dieser durch die Satzung vorgegebenen Zielsetzung ist die HNG vor allem bestrebt, aus der Haft entlassene Gesinnungsgenossen wieder in die neonazistische Szene einzugliedern. Die HNG ist somit Sammelbecken, Solidargemeinschaft sowie zentrale Kontaktstelle für Neonazis in Deutschland und aus dem benachbarten Ausland. In ihrer Publikation „Nachrichten der HNG“ werden regelmäßig eine „Gefangenenliste“ zur Kontaktvermittlung und Betreuung inhaftierter Neonazis sowie Leserbriefe von Neonazis aus dem In- und Ausland veröffentlicht. Diese Gefangenenliste findet auch internationale Verbreitung, vor allem seitdem sie über das Thule-Netz im Internet aufrufbar ist.

Deutliche revisionistische Positionen der HNG kommen in ihren Nachrichten immer wieder zum Ausdruck. So hieß es unter der Überschrift „Helft der Kripo“ in der Juni-Ausgabe der HNG-Nachrichten:

„Vergeblich kam die Kripo Flensburg zur Beerdigung. Als ein Sohn von Thies Christophersen durch einen Unfall ums Leben kam, sah die Flensburger Kripo ihre Stunde gekommen. Zivile Beamte lauerten, um Thies Christophersen am Grabe seines Sohnes verhaften zu können. Makaber? Nein, denn der Gesuchte ist ein Schwerstverbrecher. Nicht einfach ein Mörder, Einbrecher oder Triebtäter, – nein, viel schlimmer: Thies Christophersen, der selbst in Auschwitz war, hat dort keine Gaskammern gesehen, – und die hätte er – wie wir alle durch die Neufassung des Strafgesetzbuches belehrt wurden, nun doch einfach sehen müssen.“

Die HNG führte am 9. März in Bad Dürkheim ihre Jahreshauptversammlung durch. Der Veranstaltungsort wurde – wie in den Vorjahren – bis zuletzt geheim gehalten. In dem Einladungsschreiben war lediglich ein Treffpunkt an einer Autobahnraststätte benannt worden, von wo aus die Teilnehmer weitergeleitet werden sollten. Unter den ca. 180 Teilnehmern befanden sich der ehemalige Bundesvorsitzende der verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP),

Film

Friedhelm BUSSE , der ehemalige Vorsitzende der verbotenen „Nationalen Liste“ (NL), Thomas WULFF, sowie der neonazistische Liedermacher Frank RENNICKE. Auch Gesinnungsgenossen aus den Niederlanden und Österreich nahmen an der Veranstaltung teil.

Bei den Vorstandswahlen wurde Ursula MÜLLER in ihrem Amt bestätigt. Neu in den Vorstand gewählt wurde der aus Hildesheim stammende Neonazi Andreas MARHAUER, ehemals stellvertretender Landesvorsitzender der verbotenen FAP.

Neonazistische Personenzusammenschlüsse im Harz

Im Nord- und Ostharz gibt es neonazistische Organisationsstrukturen, denen rd. 100 Anhänger, vorwiegend junge Neonazis, angehören. In Niedersachsen ist von diesen Organisationen der „Deutsche Freundeskreis Nordharz“ (DFN) aktiv, dem 15 Mitglieder zugeordnet werden.

In einer Ausgabe des „Nordharz Info-Dienstes“, dem Mitteilungsblatt des DFN, heißt es zu den Zielen des DFN:

. . . „Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, die in den verschiedenen rechten Parteien und Gruppen aktiven Menschen in unserer Region zu vernetzen und darüber hinaus eine überparteiliche Plattform im DFN zu bieten. Unsinnige Abgrenzungsbeschlüsse gibt es bei uns nicht.

Einzigste Voraussetzung ist die Ablehnung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Im DFN ist das gesamte Spektrum, vom gemäßigt-patriotisch bis zum radikal-nationalistisch gesinnten Menschen, vertreten. Auf unseren Treffen werden regelmäßig kleine Vorträge über aktuelle Politik und Geschichte gehalten. . . . Schwerpunkte

unserer Arbeit sind zur Zeit die Landkreise Goslar und Wernigerode. . . . Wir rufen alle national gesinnten Menschen in unserer Region auf, den Kontakt mit uns aufzunehmen.“ (Nordharz Info-Dienst – Ausgabe 3 + 4/94, S. 10)

Aus dem Programm des DFN ergeben sich folgende Zielsetzungen:

„Wir orientieren uns am Recht aller Völker auf Selbstbestimmung, Souveränität und Identität. Wir lehnen Gleichmacherei, Überfremdung und Bevormundung ab.

Der DFN tritt für eine Geschichtsschreibung ein, die der Wahrheit entspricht und sich nicht für Kollektivschuldthesen und andere politische Manipulation mißbrauchen läßt.

Deutschland hat Anspruch auf Wiederherstellung seiner völkerrechtlichen Grenzen.

Das Ansehen und die Ehre des deutschen Soldaten sind unter strafrechtlichen Schutz zu stellen. Wer Leistung und Leiden der Fontgeneration leugnet oder verächtlich macht, versündigt sich am Andenken der Gefallenen.“

Einer der führenden Köpfe der neonazistischen Zusammenschlüsse im Nord- und Ostharz ist der aus Hannover stammende und in Quedlinburg wohnhafte Steffen HUPKA⁽¹⁷⁾). Dieser ehemalige Funktionär der verbotenen „Nationalistischen Front“ (NF) betreibt unter der Bezeichnung „Harzfront“ den Aufbau unabhängiger „nationaler Zellen“. Zur „Harzfront“, die mit der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) zusammenarbeitet, gehören der „Harzer Heimatschutz“ (Thale), der „Unabhängige Arbeitskreis“ (Quedlinburg) und die Gruppe „Aufbruch“ (Blankenburg). Die von ihm seit März 1994 in der Regel alle zwei Monate herausgegebene Zeitschrift „Umbruch“ gilt als wichtige Strategieschrift des Neonazismus. In einer Selbstdarstellung heißt es:

„Der Umbruch ist ein Schulungsorgan für Strategie, Taktik, Politik und Weltanschauung. Aufgabe des Organs ist es, dem politischen Führer, Unterführer oder/und dem bewährten Einzelaktivisten Schulungsmaterial an die Hand zu geben und die dringend notwendige gruppenübergreifende Strategiediskussion voranzutreiben.“

In der zum Ende des Jahres herausgegebenen Ausgabe Nr. 13 wird für das nationale Lager revolutionäres Denken und Handeln gefordert. Unter der Überschrift „Nationalistische Aktion“ heißt es u.a.:

„Die meisten versuchen sich immer noch in Wahlerfolgen. Sie halten sich verkrampt an die ‚legalen‘ Spielregeln des Staates und mögen sie auch noch so unrechtmäßig sein. Sie begreifen nicht, daß (. . .) man sich selber in die politische Sackgasse und Bewegungslosigkeit hineinmanövriert. (. . .) Es geht um die Revolutionierung der bürgerlichen Denkgewohnheiten auch in unseren

Köpfen. (. . .) Ein nationaler Revolutionär wird selbstverständlich mit dem Terror der gegenwärtig führenden Mächte zu rechnen haben. (. . .) Die Bequemlichkeit des Agierens ‚innerhalb der Grenzen des Möglichen‘ ist für ihn vorüber.“

HUPKA erklärt in seinem Beitrag „Revolutionärer Anspruch und revolutionäre Wirklichkeit“, diese Forderung werde von vielen selbsternannten „Revolutionären“ des nationalen Lagers nicht erfüllt. Wenn der Staat nicht mehr wandelbar sei, dann müsse die Revolution gewollt werden. Er führt u.a. aus:

„Eine Revolution muß nicht unbedingt gegen eine Staatsordnung gerichtet sein. Mao Tse-tungs ‚permanente Revolution‘ ist ein Beispiel dafür. Sie bedeutet nicht Gewaltakte gegen den Staat, sondern ein unbeugsames, kompromißloses Handeln im Staat, das nicht unbedingt auf Wahlprozente oder auf Gruppenbildung, sondern auf das Bewußtsein des Volkes ausgerichtet ist. D. h. eine weitgehende Verweigerung, den Staat im Staate“.

Da Parteien wie „Die Republikaner“ (REP) oder die „Deutsche Volksunion“ (DVU) diese Strategie nicht verfolgten, handele es sich bei ihnen auch nicht

⁽¹⁷⁾ HUPKA hat sich – ebenso wie viele andere Neonazis – 1996 den Jungen Nationaldemokraten angeschlossen. Als Mitglied des Bundesvorstandes zeichnet er inzwischen für Aktionen der JN verantwortlich, so für die Demonstration in München am 1. März 1997 gegen eine Wanderausstellung zu den „Verbrechen der Wehrmacht“. In einem Flugblatt, für dessen Inhalt Hupka verantwortlich zeichnet, heißt es „Unsere Großväter waren keine Verbrecher und wir sind stolz auf sie!

Ziel dieser Ausstellung ist es, das Andenken unserer Großväter – den deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges – zu verunglimpfen und in den Schmutz zu ziehen. Wir wehren uns dagegen!

Komm auch Du zur Demonstration des Nationalen Widerstandes gegen die antideutsche Schand-Ausstellung.“

um Weltanschauungsbewegungen, sondern um kurzsichtige Taktierer, die immer wieder in opportunistische Aussagen und Taten verfallen würden.

Durch seine Kritik des rechtsextremistischen Parteienspektrums versucht HUPKA, sich als Ideologe des gesamten nationalen – nicht nur des neonazistischen – Lagers zu profilieren. Seine Ausführungen zum „nationalen Revolutionär“ zeigen, daß er erkannt hat, wie sehr im „nationalen Lager“ Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen.

Weitere neonazistische Personenzusammenschlüsse in der Harzregion, die informelle Kontakte zueinander unterhalten, bestehen in Wernigerode, Seesen, Quedlinburg, im Landkreis Northheim und in Goslar/Vienenburg.

Junge Nationaldemokraten (JN)

Sitz		
Bund:	Wuppertal	
Niedersachsen:	Duderstadt	
Vorsitzende:		
Bund:	Holger APFEL	
Niedersachsen:	Wilhelm SUDMANN	
Mitglieder:	1995	1996
Bund:	150	200
Niedersachsen:	15	25
Publikationen:		
Bund:	Einheit und Kampf – Stimme des jungen Deutschlands (erscheint unregelmäßig, Auflage: 1.500)	
	Der Aktivist – Nationalistisches Infoblatt (erscheint unregelmäßig, Auflage: 500)	
Denkzettel	(erscheint unregelmäßig, Auflage: 500)	
Niedersachsen:	JN-Intern (erscheint vierteljährlich, Auflage: 100)	

Unter den wenigen deutschen rechtsextremistischen Jugend- und Studentenorganisationen sind die Jungen Nationaldemokraten mit ihren rd. 200 Mitgliedern weiterhin größte und aktivste Vereinigung. Während bei den JN in vergangenen Jahren strikt auf eine Abgrenzung von neonazistischen Gruppierungen und deren Mitgliedern geachtet wurde, ist diese Distanzierung unter der Führung des aus Hildesheim stammenden Bundesvorsitzenden Holger APFEL (25) aufgegeben

worden. Das ist besonders deutlich geworden bei den Aktionen anlässlich des 9. Todestages von Rudolf Heß. Die JN entwickeln sich zunehmend zu einem Bestandteil neonazistischer Bestrebungen. Seit ihrem Bundestreffen im Frühjahr in Leipzig verstehen sich die Mitglieder als Angehörige einer „Kaderorganisation“. Die „Mutterpartei“ der JN, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, wehrt sich nicht eindeutig gegen diese Entwicklung.

Gesucht wird: *Einer der letzten von vorgestern...*

Wenn die Sterne von gestern verblassen, dämmt der neue Morgen!

Rote Lehrer, "Antifa" und linke Schüler haben jahrelang die politische Oberaufsicht an den Schulen gehabt. Wer eine andere Meinung hatte als sie und das auch noch laut aussprach, wurde ausgrenzt. Wer nicht nur eine andere Meinung hatte, sondern sich auch für seine Meinung aktiv einsetzte, wurde nicht selten von ihnen terrorisiert.

In allen Staaten, die nach den Ideen ihrer Vorbilder errichtet wurden, sind politische Gegner von ihren Gesinnungsfreunden eingesperrt, gefoltert, ermordet worden; die Volksherrschaft wurde beseitigt und durch Scheinwahlen legitimiert. **Mindestens 100 Millionen Menschen starben im Namen ihrer Ideen.** Ihre Ideologie muß zum Wohle der Völker verschwinden, denn wir haben aus der Geschichte gelernt.

Tja, die abgewrackten Linken haben politisch nichts mehr zu melden. Wir nehmen sie nicht mehr ernst. **Ihre Ideen sind gescheitert; sie sind dort gelandet, wo sie hingehören: auf der Müllhalde der Geschichte.** Was sie jetzt noch antreibt, ist der Haß; der Haß auf das Neue, **der Haß auf den modernen, deutschen Nationalismus.** Sie werden sich daran gewöhnen müssen: Sie sind die letzten der Stalinisten.

Das Volk und insbesondere die Jugend fährt auf das Gestöhne und Gejammere der "Antifa" nicht mehr ab. Immer mehr Jugendliche marschieren in Richtung Normalität. Zu Recht fragen sich sie sich: **Wieso soll ich mich schämen, Deutscher zu sein?** So selbstverständlich es ist, daß Franzose oder Kroatie auf seine Nationalität stolz ist, so selbstverständlich ist es, daß ein(e) Deutsche(r) stolz auf die eigene Nation ist.

Vor uns liegt das zwanzigste Jahrhundert, und **wir sehen die Probleme unserer Gegenwart.** Wir schauen nach vorn. Mit der Vergangenheit haben wir nichts im Sinn. **Adolf ist tot** - auch wenn die Linken ihn immer wieder "bewältigen" wollen. Stalinisten und "Antifas" gehören bald der Vergangenheit an, ihre Tage sind gezählt - **uns Nationalisten aber gehört die Zukunft.**

Deutschland - wir kommen!

Junge Nationaldemokraten (JN)

Am 25./26. Mai fand in Leipzig-Meusdorf der Bundeskongreß der JN mit rund 150 Teilnehmern statt. Bei der Neuwahl des Bundesvorstands wurde der Vorsitzende APFEL in seinem Amt bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wurden der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende, der stellvertretende bayerische Landesvorsitzende

sowie der frühere Bundesvorsitzende, Andreas STORR, gewählt. Der Landesvorsitzende von Hamburg, der Landesbeauftragte für Sachsen-Anhalt sowie ein bayerisches Landesvorstandsmitglied wurden zu Beisitzern gewählt. Als Gastredner trat der NPD-Bundesvorsitzende VOIGT auf, der in seiner Rede die „Scheinasyllanten“ für einen

angeblichen Verfall des deutschen Staates verantwortlich machte.

APFEL stellte in seinem Rechenschaftsbericht fest, daß die JN wieder „zentraler Kristallisationskern des jungen nationalen Aufbruchs in Deutschland“ seien und die Meinungsführerschaft „im nationalen Widerstand“ übernommen hätten. Von elementarer Bedeutung für sie sei die Kaderarbeit.

Ein Leitantrag des Bundesvorstands zur Umstrukturierung der JN zu einer Kaderorganisation wurde von dem JN-Bundeskongreß angenommen. Bereits in seinem Informationsblatt „DER AKTIVIST“ (Nr. 2/1996) hatte sich der JN-Bundesvorstand zum Kaderprinzip als dem geeignetsten Organisationsprinzip „in der jetzigen Phase des politischen Kampfes“ ausgesprochen. Im Mittelpunkt der angestrebten Organisationsstraffung bei den JN müsse die Disziplin stehen. Die Mitglieder müßten die unbedingte Notwendigkeit einsehen, der politischen Führung zu folgen. Das eigene Ich habe immer hinter die Interessen der Organisation zurückzutreten, denn – so heißt es:

„Eine von uns angestrebte revolutionäre Umwälzung der Machtverhältnisse ist nur mit einheitlich organisiert handelnden Kräften erreichbar.“

Die Kader sollen in vier Stufen herangebildet werden: Vom Mitgliedsanwärter über das Mitglied und den Kaderanwärter zum Kader. Von Beginn an bestehe die Pflicht zu aktivem politischem Einsatz. Ein Mitglied sei verpflichtet, alle zentralen Schriften der

Organisation zu kennen und weiterführende Schulungen zu besuchen. Der Kader zeichne sich dadurch aus, daß er seine persönlichen Interessen der Organisation unterordne und zu größten Opfern für sie und die Interessen des Volkes bereit sei. Allerdings werde es noch Jahre dauern, bis genügend Kader innerhalb der Organisation vorhanden seien.

In einem „Plädoyer für den revolutionären Weg“ bekräftigen die JN, das derzeitige politische System sei prinzipiell schlecht und könne nicht reformiert, sondern nur beseitigt werden. Ihre Strategie müsse die wirtschaftlichen und sozialen Probleme für den revolutionären Kampf nutzen:

„In Verbindung mit der zunehmenden Verschärfung der sozialen Frage wird die Revolution wahrscheinlich und die Chance für eine revolutionäre Kampfpartei wird zunehmen. (. . .)

(„Der Aktivist“, 2/96, S. 12)

In dem Artikel „Sozialrevolutionärer Kampftag des nationalen Widerstandes“ wird ausgeführt:

„Eben nur durch den offensiv geführten Kampf für Arbeitnehmerinteressen und gegen die kapitalistischen Monopole kann es der nationalistischen Bewegung dann auch letztendlich gelingen, die wachsende Zahl der Unzufriedenen zu überzeugen und auf die Seite der Sache des Volkes zu ziehen. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg, aber die Thematisierung ist erfolgt und wird auch weiter auf der Tagesordnung des revolutionären Nationalismus bleiben.“

(„Der Aktivist“, 2/96, S. 21)

zusammen. An der Teilnehmerzahl von mehr als 300 im Jahr 1996 ist die wachsende Bedeutung der Veranstaltung erkennbar.

Am 14. September fand in Groß Rosenburg (Sachsen-Anhalt) der von den JN veranstaltete „3. Europäische Kongreß der Jugend“ statt. An der Veranstaltung unter dem Motto „Europas Wiedergeburt durch den Befreiungsnationalismus der Völker“ nahmen mehr als 300 Personen teil, unter ihnen Gäste aus Österreich, den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Italien, den USA, Irland, Kroatien, Rumänien und Griechenland. Das niedersächsische NPD-Vorstandsmitglied Michael FIEDLER verlas zusätzliche Grußadressen befreundeter Auslandsorganisationen.

In einer Rede zum Thema „Befreiungsnationalismus“ kritisierte der JN-Vorsitzende APFEL die „internationale Bevormundung der Völker“ durch die USA und die EU. Er forderte die Zusammenarbeit aller europäischen Nationalisten zur Verhinderung einer „multi-kulturellen Einheitsgesellschaft“.

In der Rede des NPD-Vorsitzenden VOIGT wurden ähnliche nationalistische, antiamerikanische Haltungen deutlich: Anhand einiger aktueller politischer Ereignisse kritisierte VOIGT die Rolle der USA als „Weltpolizei“, der eine weltweite Organisation der Interessen der Nationalisten entgegengesetzt werden müsse. Mit den Stichworten „Überfremdungspolitik“ und „Verrat am Volke“ prognostizierte VOIGT den Untergang scheinbar stabiler Systeme wie die der westlichen Wirtschaftssysteme.

Zum 1. Europäischen Kongreß der Jugend im Dezember 1994 hatten sich nur 200 Teilnehmer zusammengefunden. Beim darauffolgenden Kongreß ein Jahr später kamen 230 Personen

Treffpunkt von Rechtsextremisten in Hetendorf

Trägerverein und Eigentümer des rechtsextremistischen Treffpunktes ist weiterhin der Heide-Heim e.V., der seinen Sitz in Hamburg hat. Daneben besteht ein namensähnlicher Heideheim e.V. in Buchholz, der sich das Vereinsziel gesetzt hat, das „Heideheim“ in Hetendorf als „Volksbildungs- und Jugendheim zu fördern“.

Das Niedersächsische Innenministerium hatte 1994 im Hinblick auf die rechtsextremistischen Aktivitäten auf dem Gelände des Heide-Heim e.V. in Hetendorf eine Überprüfung der evtl. vorhandenen Gemeinnützigkeit durch die zuständige Hamburger Finanzbehörde angeregt, und, falls eine Anerkennung vorliegt, diese zu beenden. Den Finanzbehörden ist bekanntlich aufgrund des Steuergeheimnisses eine Auskunftserteilung hierzu untersagt. Dem Niedersächsischen Innenministerium liegen zur Frage der Gemeinnützigkeit keine Erkenntnisse vor, daß der Heide-Heim e.V., Hamburg, oder der niedersächsische Heideheim e.V. in Buchholz als gemeinnützig anerkannt sind. Eine steuerliche Begünstigung der Aktivitäten – wie gelegentlich behauptet – gibt es nach Auffassung des Niedersächsischen Innenministeriums demnach nicht.

Die Zahl der Veranstaltungen auf dem Grundstück Nr. 13 in Hetendorf ist – auch als Folge der Verbote neonazistischer Organisationen – weiterhin zurückgegangen. Während die „6. Hetendorfer Tagungswoche“ vom 15. bis 23. Juni noch von – zum Teil gewalttätigen – Gegendemonstrationen und großer Medienresonanz begleitet wurde, fand Ende Dezember eine zweite Veranstaltung, die vom JN-Bundesvorstand organisierte „Bundesschulung“ der Jungen Nationaldemokraten zwar keine öffentliche Aufmerksamkeit; die Anwesenheit eines maßgeblichen NPD-Funktionärs belegte jedoch ihre tatsächliche Bedeutung.

Ob der in vergangenen Jahren weit über den norddeutschen Raum hinaus für Rechtsextremisten wichtige Treffpunkt auch in Zukunft noch seine bisherige Bedeutung behalten wird, muß abgewartet werden. Die weitere Entwicklung wird von den Sicherheitsbehörden mit großer Aufmerksamkeit beobachtet werden.

Zu der „6. Hetendorfer Tagungswoche“ kamen rund 200 Teilnehmer in dem Heidedorf zusammen. Als Veranstalter dieser „Gemeinschaftstagung“ traten u.a. auf: der „Heide-Heim e.V.“, die „Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“, die „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.“ (GfbAEV)^[18], der „Nordische Ring e.V.“ (NR), der Heinrich-Anacker-Kreis e.V.“ und die „Northern League“. Maßgeblicher Organisator der Tagungswoche ist der Hamburger Rechtsanwalt und Neonazi RIEGER.

In einem Eigenbericht eines Tagungsteilnehmers im THULE-Netz vom 23. 06. werden die Aktivitäten einer

„Ordnungsgruppe“ des Anwesens beschrieben:

„... so wurde umgehend zum Gegenangriff übergegangen.

Folge: Die Linken rannten schlagartig weg und die, die zu langsam waren, bekamen ein paar Ohrfeigen usw. ...

... Die Scheiben des Traktors wurden eingeschlagen und er hätte sich fast in der Kurve auf die Seite gelegt, als er in Panik das Lenkrad verriß. Der Grund für sein hektisches Fahren lag darin, daß er nun mit Leuchtmunition eingedeckt wurde.

...

*Am späteren Abend wurden noch zwei Zecken von einem Leichtkraft-
rad geschlagen, ...*

Trotzdem wurden die Verteidigungsmaßnahmen nicht vernachlässigt und weiter S-Draht verlegt.

...

Und sie (Anm.: die Demonstranten) näherten sich so ca. bis auf 15 m, wo sie dann sogleich von Zwillenschüssen, Leuchtkugeln und Steinen empfangen wurden.“

Auf dem Programm standen Vorträge und Mitgliederversammlungen der beteiligten Organisationen, aber auch die Ausübung germanischer Bräuche (z. B. ein „Germanischer Sechskampf“) und eine Sommersonnwendfeier.

Auf Büchertischen wurden während der Tagungswoche Publikationen mit teilweise rassistischem und revisionistischem Inhalt angeboten.

RIEGER äußerte sich während der 6. Hetendorfer Tagungswoche in zwei

^[18] Die GfbAEV hat sich am 8. Januar 1997 in Deutschland aufgelöst und ihren Sitz von Ellerau in Schleswig-Holstein nach Moholm in Schweden verlegt.

Vorträgen. In einem Referat über die „Bedeutung der Gruppe in Natur und Kultur“ bewertete er den Gruppenegoismus als unabdingbar für das Überleben. Der Begriff Menschlichkeit sei ein ausdrucksloses Wortgebilde. Über Ausländer in Deutschland äußerte er sich in der bekannten Art und Weise: Ausländer würden Deutschen die Arbeit wegnehmen und das deutsche Volksvermögen stehlen. Die Abwehr von Fremden sei daher legitim.

Der Rechtsextremist Wolfgang JUCHEM referierte über das Thema „Der Hintergrund des Holocaust von Dresden“. Die Verwendung des Begriffes Holocaust im Titel des Referates deutet bereits an, daß es sich um einen revisionistischen Beitrag handelte, der die nationalsozialistischen Kriegsverbrechen durch einen Vergleich mit der Bombardierung deutscher Städte zu relativieren bestrebt war. In einem in Hetendorf verteilten Werbeblatt der „Aktion Freies Deutschland“, deren ideologischer Kopf JUCHEM ist, legt er sein revisionistisches Geschichtsbild in aller Deutlichkeit dar:

„Seit 1945 ist unser Volk einer beispiellosen kollektiven Gehirnwäsche ausgesetzt. Politiker, Schulen, Gewerkschaften, Massenmedien und Kirchen betätigen sich tagtäglich als willige Erfüllungsgehilfen der Siegermächte von 1945, die ihr verlogenes Geschichtsbild von der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch für kommende Generationen festschreiben möchten.“

Bei der die Hetendorfer Tagungswoche mitgestaltenden „Artgemeinschaft“ handelt es sich um eine 1951 aus Mitgliedern verschiedener deutsch- und germanischgläubiger Gruppen gegründete Vereinigung neugermanisch-heidnischer Richtung, die ebenso wie die „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.“ (GfbAEV) unter Leitung

von RIEGER rassistische Thesen vertritt. In einer Flugschrift der „Artgemeinschaft“, für die RIEGER verantwortlich zeichnet, wird das „Sittengesetz unserer Art“ dargelegt. Es fordert u. a. Gefolgschaft gegenüber dem Führer („Das Sittengesetz in uns gebietet Gefolgschaft dem besseren Führer, mit Recht und Pflicht zu abweichendem Rat, nach bestem Wissen und Gewissen.“) sowie die Verpflichtung zur Reinheit der Rasse bzw. Art („Das Sittengesetz in uns gebietet gleichgarte Gattenwahl, die Gewähr für gleichgeartete Kinder.“)

Die GfbAEV wurde 1962 unter dem Namen „Deutsche Gesellschaft für Erbgesundheitspflege“ gegründet und 1972 umbenannt. Vorsitzender ist Rieger. Die Informationsblätter der GfbAEV sind Dokumente offenen Rassismus'. Das Informationsblatt 4 enthält die folgenden rhetorischen Fragen:

„Halten Sie es für bedenklich, wenn unsere Bevölkerung bald nur noch aus dem Nachwuchs von Asozialen und einer Analphabetenmischung aus Südeuropa, dem ganzen Mittelmeerraum, Asien und Afrika besteht?“

Das Informationsblatt 5 gibt Antworten auf die im Titel gestellte Frage „Wer begeht biologischen Verrat?“:

„Jeder, der das allererste Lebensgesetz sämtlicher Geschöpfe verleugnet, nämlich die Erhaltung seiner Art.“

„Jeder, der Kinder anderer Rassen adoptiert und in unseren Lebensbereich bringt, so daß dadurch die

Bastardisierung hier gefördert wird.“

„Jeder Mann, der sich eine Frau fremder Rasse sucht, weil er krankheitsanfällige Kinder zeugt (die ihm zudem nicht ähneln, weil die dunklen Rassen genetisch durchschlagen) – oder aber durch Verzicht auf Kinder seine Lebenslinie aussterben läßt.“

Der auch an der Veranstaltung in Hetendorf beteiligte „Nordische Ring e.V.“ (NR), ein 1974 von ehemaligen Mitgliedern der GfbAEV gegründeter Verein, propagiert in gleicher Weise rassistisches Gedankengut („Erhaltung und Pflege des nordischen Blutes“).

Das Ideal ist der „nordische Mensch“, der auszusterben drohe. Um ihn vor diesem Schicksal zu bewahren, sei „Erbgesundheitspflege (Rassenhygiene, Eugenik)“ nötig. In den Stellungnahmen des Vereinsorgans „Nordische Zukunft“ schlägt sich diese ideologische Grundeinstellung in rassistischer und fremdenfeindlicher Hetze nieder:

„Wir glauben, daß es der Endzweck oder das Ziel einer Regierung ist, der Rasse zu dienen und sie zu erhalten . . ., um sie vor der Auflösung, vom Schwund oder vor der Vernichtung durch Rassenmischung oder Verdrängung durch andere Rassen zu schützen.“

Die ebenfalls an der Gestaltung der Hetendorfer Tagungswochen mitwirkende Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP)-Arbeitskreis Hamburg wurde 1960 von ehemaligen SS-Offizieren

und NSDAP-Funktionären gegründet. Sie wird geleitet vom ehemaligen Chefideologen der NPD, Dr. Rolf KOSIEK. Die GFP ist stark revisionistisch orientiert. Sie fordert die Beendigung der „Umerziehungspolitik“, der „einseitigen Vergangenheitsbewältigung“ und der deutschen „Schuldbesessenheit“.

Bei vielen Referenten der Hetendorfer Tagungswoche handelt es sich um Angehörige neugermanisch-heidnischer Gruppen mit einer biologistischen, deutschgläubigen Weltanschauung. Neben der Wesensverwandschaft zwischen dem Weltbild des neugermanischen Heidentums und dem dieser rechtsextremistischen Gruppen weist die Teilnahme dieser Referenten an der Hetendorfer Tagungswoche auch auf direkte institutionelle und personelle Verbindungen zwischen beiden Richtungen hin.

Als Vorsitzender des Hetendorfer Trägervereins Heide-Heim e.V., der GfbAEV und der „Artgemeinschaft“, als Vorstandsmitglied und ideologischer Kopf des „Nordischen Ringes“ sowie als Verbindungsperson zur GFP-Arbeitskreis Hamburg ist Rieger die Zentralfigur der Hetendorfer Tagungswoche. In seinen Vorträgen kommen die ideologischen Positionen der veranstaltenden Vereine zum Ausdruck. Diese Positionen beinhalten die Ablehnung von Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, insbesondere der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte. Die rassistischen und fremdenfeindlichen Thesen, insbesondere die Forderung nach „Rassereinheit“, negieren die Würde des Menschen (Art. 1 GG), das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 GG) sowie das Gleichheitsgebot (Art. 3 GG).

Die Jungen Nationaldemokraten führten vom 26. bis 29. Dezember auf dem Anwesen in Hetendorf eine Schu-

lungsveranstaltung durch, an der rund 30 Personen teilnahmen. Unter den Teilnehmern befanden sich – neben einem maßgeblichen Funktionär der NPD – der JN-Bundesvorsitzende Holger APFEL, der gleichzeitig auch Mitglied des NPD-Bundesvorstands ist, sowie der aus Hannover stammende Neonazi Steffen HUPKA. In mehreren Arbeitskreisen wurde ein umfangreiches Themenangebot behandelt. Es reichte von den Themen „Ideologie und politische Strategie“ über „Kaderverständnis“ und „Organisation“ bis zu „Kommunikation und neue Medien – Moderne Kommunikation als Grundlage konspirativer Arbeit“.

Das Niedersächsische Innenministerium ist weiter bestrebt, den bereits durch Maßnahmen wie das Verbot der „Wiking-Jugend“ (WJ) beschrittenen Weg fortzusetzen und alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die rechtsextremistischen Aktivitäten in dem „Heideheim“ in Hetendorf zu beenden.

Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF)

Sitz:	Kaufbeuren (Bayern)
Vorsitzender:	Georg Albert BOSSE, Wolfsburg
Publikation:	Recht und Wahrheit erscheint zweimonatlich Auflage: ca. 2.500 Exemplare

Die 1983 von dem Altnazi und ehemaligen Wehrmachtsgeneral Otto Ernst REMER⁽¹⁹⁾ gegründete DDF verherrlicht das NS-Regime und hält am Bestand des „Deutschen Reiches“ fest. Sie verbreitete in ihrer Publikation „Recht und Wahrheit“ nationalsozialistisches, rassistisches und antisemitisches Gedankengut. Nach dem Ausscheiden REMERS im Jahre 1992 verlor die DDF zeitweise an Bedeutung. Heute sind die ein- bis zweimal jährlich stattfindenden „Recht- und Wahrheit-Lesertreffen“ zu von Gesinnungsge-

nossen zahlreicher rechtsextremistischer Organisationen besuchten Veranstaltungen geworden.

Im Juni 1995 hatte BOSSE beim Amtsgericht Kaufbeuren die Auflösung der DDF beantragt, da die Mitgliederzahl auf weniger als drei Personen zusammengeschrumpft sei. Auf der Hauptversammlung des Vereins am 5. März in Wolfsburg jedoch, bei der BOSSE in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt wurde, ist der Plan nicht weiter verfolgt worden, den Verein aufzulösen.

⁽¹⁹⁾ REMER hatte sich Anfang 1994 dem Straftritt einer vom Landgericht Schweinfurt 1992 wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß verhängten Freiheitsstrafe von einem Jahr und 10 Monaten durch Flucht nach Spanien entzogen. Der Oberste Gerichtshof in Spanien hat im Oktober 1995 eine Auslieferung Remers an die Bundesrepublik Deutschland abgelehnt.

Bundesweit bekannt ist die „Deutsche Freiheitsbewegung e.V.“ insbesondere durch die von BOSSE herausgegebene Schrift „Recht und Wahrheit – Stimme des parteiunabhängigen freien Deutschen“. Gedruckt wird diese Zeitschrift in Polen. Die Auflage liegt bei 2.500 Exemplaren. Sie erscheint zweimonatlich. Nach eigenen Angaben widmet sie sich „der geistigen Pflege des deutschen Freiheitsgedankens, tritt für das Recht des deutschen Volkes auf freie Selbstbestimmung ein und will die Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches im Rahmen seiner völkerrechtlich gültigen Grenzen wiederhergestellt wissen.“ In der Zeitschrift, die bis Anfang 1989 unter dem Titel „Der Bismarck-Deutsche“ erschien, werden Führungspersonen des Dritten Reiches glorifiziert, NS-Verbrechen geleugnet und die deutsche Kriegsschuld bestritten. Darüber hinaus wird in „Recht und Wahrheit“ antisemitische Propaganda betrieben. So lastet die Zeitschrift die Schuld am Zweiten Weltkrieg dem „Internationalen Judentum“ an.

Das von BOSSE initiierte Herbst-Lesertreffen fand vom 11.–13. Oktober in Malsfeld/ Hessen statt. Insgesamt nahmen 230 Personen an den drei Veranstaltungstagen teil. Hauptreferent war neben BOSSE der Rechtsextremist WALENDY aus Vlotho.

WALENDY, früherer NPD-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen, ist Gründer des „Verlags für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung“ in Vlotho. Am 17. Mai verurteilte ihn das Landgericht Bielefeld wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von 15 Monaten ohne Bewährung.

Der Stahlhelm e.V., Ortsgruppe Jork

Die Ortsgruppe Jork des Stahlhelm e.V. besteht seit 1983. Sie umfaßt ca. 20 Mitglieder, die zu regelmäßigen „Kameradschaftsabenden“ im eigenen Vereinsheim in Jork zusammenkommen. Wichtigstes Ereignis war 1996 die Neuwahl des Bundesvorstandes am 15. Juni in Jork. Dort wurden der Vorsitzende der Jorker Ortsgruppe, Günter DRÜCKHAMMER, zum neuen Bundesvorsitzenden, und sein Sohn zum Bundesjugendführer gewählt.

Film

Der „Stahlhelm e.V. – Bund der Frontsoldaten“ wurde im November 1918 in Magdeburg als Vereinigung von Teilnehmern des Ersten Weltkriegs gegründet. Nach der Auflösung im November 1935 erfolgte 1951 die Neugründung, 1973 wurde der Beiname „Kampfbund für Europa“ hinzugefügt.

Nach der Internet-Homepage der „THULE“-Netz Mailbox „Bollwerk.BBS“ definiert der „Stahlhelm e.V.“ seine Zielsetzung wie folgt:

„Das oberste Ziel ist die Wiederherstellung des DEUTSCHEN REICHES in seinen historischen Grenzen und die Wehrhafterhaltung der deutschen Jugend. Weitere Ziele sind: Aufklärung gegen Umerziehung und Geschichtsklitterung, Erhaltung und Förderung des deutschen Soldatentums; wir sind gegen ein mischmasch Europa der Multikultur, dagegen streben wir ein Europa der Vaterländer an.“

Die Mitglieder der Jorker Ortsgruppe behandeln bei ihren Treffen häufig militärische Themen; es finden auch gelegentlich wehrsportähnliche Aktivitäten jüngerer Anhänger statt.

1996 änderte die Ortsgruppe Jork ihre Bezeichnung und firmiert seitdem als „Landesverband Schleswig-Holstein/Hamburg“. Grund hierfür dürften die bereits erfolgte Ausdehnung des Vereins auf Hamburger Gebiet und die geplante Gründung einer Ortsgruppe in Schleswig-Holstein sein.

Geschichts-Revisionismus

Ein fester Bestandteil rechtsextremistischer Agitation ist der Versuch, die Geschichte des NS-Regimes und des Zweiten Weltkrieges umzudeuten und zugunsten des Nationalsozialismus zu korrigieren. Eine zentrale Bedeutung kommt dabei der Leugnung der Schuld des NS-Regimes am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges sowie der Leugnung der systematischen Massenvernichtung europäischer Juden in Gaskammern deutscher Konzentrations- und Vernichtungslager während des Zweiten Weltkrieges zu. Diese Versuche der rechtsextremistischen Ideologen und

Apologeten des historischen Nationalsozialismus wie David IRVING, Ernst ZÜNDEL und Fred A. LEUCHTER werden als zeitgeschichtlicher Revisionismus bezeichnet.

Revisionistische Agitationsmuster finden sich mit unterschiedlicher Gewichtung in allen Bereichen des gegenwärtigen Rechtsextremismus. Weit verbreitet ist die Klage über die „Umerziehung“ der Deutschen durch die Alliierten. Danach soll das deutsche Volk ewig für seine nationalsozialistische Vergangenheit büßen und sein nationales Bewußtsein niedergehalten werden. Oder es wird – bei formaler Distanzierung vom NS-Staat – versucht, in einseitigen, vergleichenden Betrachtungen mit Verbrechen der Alliierten die historische Schuld der Nationalsozialisten zu relativieren. Derartige Auffassungen finden sich etwa bei der DVU bzw. in ihrem Publikationsorgan „Deutsche National-Zeitung“. Hier werden in den Schlagzeilen suggestive Fragen wie „Auschwitz – was ist wahr? Frühere Behauptungen widerrufen“ oder „KZ Auschwitz: Was geschah wirklich?“ gestellt.

Die Massenvernichtung in Konzentrationslagern wird im deutschen Rechtsextremismus erst seit Beginn der siebziger Jahre geleugnet. Hierbei spielte die 1973 erstmals erschienene Schrift des Neonazis Thies CHRISTOPHERSEN „Die Auschwitzlüge“ eine wichtige Rolle. In den letzten Jahren wird die Holocaust-Leugnung vor allem mit Hilfe zweier pseudowissenschaftlicher Gutachten aus dem rechtsextremistischen Lager propagiert: dem „Leuchter-Report“ von 1988 und dem „Rudolf-Gutachten“ von 1991. Beide Texte entstanden zur Unterstützung

der Verteidigung bekannter Revisionisten (Ernst ZÜNDEL, Otto Ernst REMER) vor Gericht. Die Autoren der beiden Publikationen sind der Amerikaner Fred LEUCHTER, ein Experte für den Vollzug der Todesstrafe in den USA, und Gernar SCHEERER, geb. RUDOLF, ein ehemaliger Angestellter des Max-Planck-Instituts für Festkörperforschung in Stuttgart. Da sowohl die Herstellung als auch die Verbreitung derartiger Schriften in Deutschland strafbar ist, werden sie meist vom Ausland aus – der „Leuchter-Report“ aus Kanada, das „Rudolf-Gutachten“ aus Großbritannien – nach Deutschland verschickt.

Einer der weltweit führenden Revisionisten ist der in Toronto (Kanada) lebende deutsche Staatsbürger Ernst ZÜNDEL. Über seinen „Samisdat Publishers Ltd.“-Verlag und andere Medien – insbesondere Radio- und Fernsehsender – verbreitet er seit 1979 rechts-extremistisches Propagandamaterial. Schwerpunkt der Aktivitäten ZÜNDELS ist die monatliche Herausgabe des in deutscher Sprache erscheinenden „Germania-Rundbriefs“, der mit einer Auflagenhöhe von rund 4.000 Exemplaren in – nach eigenen Angaben – über 40 Länder versandt wird. Seit dem Frühjahr 1995 ist ZÜNDEL darüber hinaus in dem internationalen Datenverbundsystem Internet vertreten.

Der deutschstämmige US-Amerikaner Hans Heinz SCHMIDT, Vorsitzender des „German American National Political Action Committee“ (GANPAC), verbreitet die revisionistischen Schriften

„USA-Bericht“ und „GANPAC-Brief“. Gegen ihn besteht in Deutschland ein Haftbefehl, nachdem er sich im Januar der Strafverfolgung – u.a. wegen Volksverhetzung – durch Flucht entzogen hatte. In seinem „USA-Bericht“ agitiert SCHMIDT antisemitisch:

„Was mich am meisten an den Juden stört, ist ihre immer wieder auftretende tiefgründige Unehrllichkeit. (. . .) Ein besonders krasses Beispiel für die tiefgründige Unehrllichkeit der meisten Juden (. . .) ist die ständige Leugnung jüdischer, übergroßer Macht. (. . .) (Es ist) natürlich unabdingbar, daß die Juden in Deutschland gehätschelt und gepflegt werden, eben wie es in der Natur einem Parasiten zusteht.“

Auch andere ausländische Revisionisten versuchten, propagandistisch in Deutschland zu wirken, was ihnen allerdings aufgrund der behördlichen Gegenmaßnahmen und strafrechtlicher Verfolgung immer weniger gelingt. Beispiele dafür sind der Brite David IRVING oder der österreichische Neonazi Walter OCHENSBERGER. In den USA existiert darüber hinaus ein 1979 gegründetes „Institute for Historical Review“ (IHR), das sich in der Öffentlichkeit einen seriöswissenschaftlichen Anstrich zu geben versucht. Das IHR veranstaltet jährliche Kongresse und gibt eine Buchreihe sowie eine Zeitschrift heraus. Teilweise erschienen Übersetzungen der Publikationen auch in deutschen rechtsextremistischen Buchverlagen oder Zeitschriften.

Der Prozeß gegen den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Erich Priebke^[20] wurde zur Verbreitung revisionistischer Propaganda genutzt, indem die historischen Zusammenhänge verfälscht und die Kriegsverbrechen der Nationalsozialisten verharmlost wurden. Der Vorsitzende der „Deutschen Volkunion“ (DVU), Dr. Gerhard FREY, nahm das Verfahren auch zum Anlaß, um erneut die Existenz einer antideutschen, jüdischen Verschwörung zu behaupten.

Eine herausragende Stellung innerhalb des Revisionismus nimmt der Deutsche Germar SCHEERER, geb. RUDOLF, ein. SCHEERER verfaßte 1991 ein „Gutachten über die Bildung und Nachweisbarkeit von Zyanidverbindungen in den Gaskammern von Auschwitz“ – das sogenannte „Rudolf-Gutachten“, in dem er die Existenz von Gaskammern im Konzentrationslager Auschwitz bestritt. In diesem Zusammenhang verurteilte ihn das Landgericht Stuttgart aufgrund der Erstellung und Verbreitung des „Rudolf-Gutachtens“ und der weiteren damit verbundenen Schriften am 23. Juni 1995 wegen Volksverhetzung in Tateinheit mit Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, Beleidigung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu einer Freiheitsstrafe von 14 Monaten ohne Bewährung. Das Urteil ist rechtskräftig. Germar SCHEERER flüchtete im April 1996 nach Spanien, als er seine Haftstrafe antreten sollte. Verschiedene Schriften SCHEERERS stehen ganz oder in Auszügen auch im Internet zur Verfügung. Sie werden von Personen

aus dem Umfeld des revisionistischen „Institute for Historical Review“ angeboten.

Der mit Haftbefehl gesuchte Revisionist CHRISTOPHERSEN wurde am 31. Januar 1997 in Kiel vorläufig festgenommen. Die Vollstreckung des Haftbefehls wurde wegen Haftunfähigkeit CHRISTOPHERSENS außer Vollzug gesetzt; Mitte Februar ist er im Alter von 79 Jahren gestorben.

CHRISTOPHERSEN gab die revisionistische „Kritik“-Schriftenreihe heraus. Er hatte sich 1986 der Strafverfolgung in Deutschland – u.a. wegen Volksverhetzung – durch Flucht nach Dänemark entzogen. Im Spätsommer 1995 reiste er in die Schweiz, die er bis Ende 1995 wieder verlassen mußte. Seitdem hielt er sich in Spanien auf.

Die von ihm betriebene Herausgabe der Publikation „Die Bauernschaft“ hatte er Ende 1994 an den in Kanada lebenden Revisionisten Ernst ZÜNDEL übertragen, der sie kurz darauf einstellen mußte. Seitdem war CHRISTOPHERSEN nur noch von Spanien aus durch die Veröffentlichung zweier „Freundesbriefe“ in Erscheinung getreten. In einem dieser Rundschreiben hieß es u.a.:

„Ich habe mich immer und überall für eine Völkerverständigung eingesetzt und mich bemüht, eine der Ursachen des Völkerhasses zu beseitigen: die Auschwitz-Lüge! Ich habe versucht, den Nachweis zu erbringen, daß viele der Greuelthaten, die uns angelastet werden in Wahrheit nie geschehen sind.“

^[20] Priebke wird fünffacher Mord zur Last gelegt. Dabei bezieht sich die Anklage nicht auf die am 24. März 1944 in den Fosse Ardeatine durchgeführten Exekutionen insgesamt, sondern auf den Umstand, daß nicht, wie von der Generalität befohlen, 350 Zivilisten erschossen, sondern auf Veranlassung des örtlichen Kommandos – zu dem auch Priebke gehörte – 355 Menschen getötet wurden.

Neonazikreis um Ernst ZÜNDEL

Sitz:	Toronto (Kanada)
Leitung:	Ernst ZÜNDEL
Publikation:	„Germania-Rundbrief“

Bei dem „Neonazikreis um Ernst Zündel“ handelt es sich um einen aktiven Kreis von Rechtsextremisten, deren Aktivitäten vor allem in der finanziellen Unterstützung des in Toronto/Kanada lebenden deutschen Revisionisten Ernst ZÜNDEL bestehen. ZÜNDEL ist einer der weltweit führenden Leugner der Massenvernichtung von Juden im Dritten Reich. Er ist Initiator und Vertreter der beiden pseudowissenschaftlichen „Leuchter-Gutachten“, die in der revisionistischen Propaganda als „Beweismittel“ gegen den Holocaust gelten, und Herausgeber der „Germania-Rundbriefe“.

Darüber hinaus bietet ZÜNDEL umfangreiches revisionistisches Propagandamaterial über das Internet weltweit an. ZÜNDEL ist im World Wide Web mit seiner Homepage sowohl in deutscher als auch in englischer Sprache vertreten. Über die Homepage sind umfangreiche Text- und Bildangebote sowie Ton- und Videosequenzen aufrufbar.

Im Oktober wurde durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften ein Teil der von ZÜNDEL über das Internet verbreiteten Artikel indiziert. Der Umstand, daß ZÜNDEL den Wortlaut der Indizierungsverfügung sowohl auf seiner Internet-Seite als auch in seinem „Germania Rundbrief“ (Nr. 211) wiedergibt, deutet darauf hin, daß er sich nicht in seinen Aktivitäten stören oder gar einschränken läßt.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)

Sitz:	Nebraska/USA
Leitung:	Gary Rex LAUCK
Publikation	„NS-Kampfruf“

Die NSDAP/AO wurde 1972 in Lincoln/Nebraska von dem US-Bürger Gary Rex LAUCK mit dem Ziel gegründet, ein Netz voneinander unabhängig im Untergrund operierender Stützpunkte und Verteilerstellen (Zellensystem) zu bilden, um so in Deutschland und in anderen Ländern die Voraussetzungen für eine nationalsozialistische Bewegung zu schaffen. Obwohl die NSDAP/AO dieses Ziel bis heute nicht einmal im Ansatz realisieren konnte, ist sie dennoch weiterhin der größte ausländische Lieferant von Propagandamaterial für die deutsche Neonaziszene.

Bei dem in den USA straffrei hergestellten Propagandamaterial handelt es sich insbesondere um mit Hakenkreuzen und neonazistischen Parolen versehene Aufkleber und Handzettel sowie um die zweimonatlich erscheinende Publikation „NS-Kampfruf“.

Während LAUCK im „NS-Kampfruf“ früher antisemitische und rassistische Artikel veröffentlichte, versucht er seit 1993 darüber hinaus, die Militanz und Gewaltbereitschaft in der Neonaziszene zu fördern. So druckte er in einer Artikelserie die Veröffentlichung „Eine Bewegung in Waffen, Band II: Strategie und revolutionärer Kleinkrieg“ ab und bedrohte 1995 in der Juli/August-Ausgabe des „NS-Kampfrufes“ den Generalbundesanwalt als „Drahtzieher des Terrors“:

„Kai Nehm (54), Generalbundesanwalt: verantwortlich für die jetzige Terrorwelle gegen die Untergrundkämpfer im Reichsgebiet. Eines Tages werden diese Politbon-

zen ihrer absolut notwendigen Beseitigung hinzugeführt werden! FÜR DAS SYSTEM KEINEN MILLIMETER BODEN, SONDERN NEUN MM“

Seit Mitte 1996 ist die NSDAP/AO im Internet mit einer eigenen Homepage vertreten. Das Angebot umfaßt u.a. nationalsozialistische Kennzeichen und Textdokumente, Fotografien von führenden Nationalsozialisten des Dritten Reiches und über sogenannte Links (automatisierte Weiterleitung im Internet) die Schaffung einer Verbindung zu anderen rechtsextremistischen Homepages wie „Stormfront“ oder „The National Alliance“. Seit Dezember wird auch in deutscher, französischer und spanischer Sprache für die Zeitung „NS-Kampfruf“ bzw. für entsprechende Publikationen geworben.

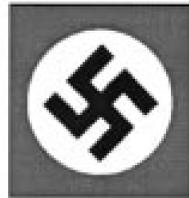
Am 20. März 1995 wurde LAUCK während eines Aufenthaltes bei dänischen Neonazis auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg und aufgrund eines internationalen Haftbefehls des Amtsgerichts Hamburg von den dänischen Behörden festgenommen und am 5. September 1995 an die Bundesrepublik Deutschland ausgeliefert. Das Festnahmeersuchen stand im Zusammenhang mit einem gegen LAUCK u. a. wegen Bil-



NSDAP/AO News

Page last updated on 2/3/97

Jew "Thought-Police" Battle for Global Control of Internet!



STOP
Non-White
Immigration!
NSDAP/AO: Box 6414
Lincoln, NE 68506 USA

NSDAP/AO Stickers!

The NSADP/AO prints stickers with several different sayings. Perfect for you to liven up your area and show your beliefs. For more information on sticker or publication prices, please contact our office at the NSDAP/AO address listed on this website.



Free Gerhard Lauck!

On March 20, 1995, Gerhard Lauck was arrested in Denmark on an international arrest warrant issued by the German-Marxist treason government. For the past 20+ years the traitors in Germany have worked with international Jewry to silence the strongest voice for White Power in the world. They hoped that by orchestrating this illegal imprisonment of a single individual that they would be able to crush the White Power movement worldwide.

dung einer kriminellen Vereinigung und Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen geführten Ermittlungsverfahren.

Am 22. August wurde LAUCK vom Landgericht Hamburg zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß sich LAUCK – er bezeichnet sich selbst als „Organisationsleiter“ der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Auslands- und Aufbauorganisation“ – durch die Einschleusung der Publikation „NS-Kampfruf“ nach Deutschland der Volksverhetzung, der Aufstachelung zum Rassenhaß und der Verbreitung von Propagandamitteln sowie der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen schuldig gemacht hat.

Auch nach dem Haftantritt LAUCKs ging der Versand von Propagandamaterial aus den USA, wenngleich auch mit Verzögerungen, weiter. So hieß es in der Sonderausgabe des NS-Kampfrufes anlässlich der Prozeßeröffnung gegen LAUCK:

„Das Maß ist voll – Wir schlagen zurück!!! ... Es soll hier keine Diskussion über Sinn und Zweck des bewaffneten Kampfes geführt werden. Über dieses Thema ist schon viel diskutiert worden und für einige steht der Entschluß jetzt unumgänglich fest. ... Wir haben die Konfrontation mit dem Bonner System in dieser Form nicht gesucht, aber das System will es nicht anders und nun soll es unsere Entschlossenheit im Kampf für Deutschlands Freiheit zu spüren bekommen.

... Die Wahl der Mittel ist egal: Ob die Waffe der Propaganda oder die Propaganda der Waffen.“

Aktionen anlässlich des 9. Todestages des ehemaligen Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß

Am 17. August jährte sich zum 9. Mal der Todestag von Heß. Der als Kriegsverbrecher in Nürnberg zu lebenslanger Haft verurteilte Heß (*1894) hatte am 17. August 1987 in der Berliner Haftanstalt Spandau Selbstmord begangen. Seitdem wird er von Rechtsextremisten als Idol und „Märtyrer für den Frieden“, als „Opfer“ der sogenannten Siegerjustiz verehrt.

Im Vordergrund dieses Märtyrerkultes steht zum einen die Funktion von Heß, der als „Stellvertreter des Führers“ hoher Würdenträger in der NS-Parteihierarchie war. Diesem Mythos dient weiterhin seine Stilisierung zum „Friedensbotschafter“ und „Märtyrer für den Frieden“ nach seinem umstrittenen Flug nach England im Mai 1941, infolgedessen er in alliierte Kriegsgefangenschaft geraten und von der NS-Presse für wahnsinnig erklärt worden war.

Aktionen zum Todestag von Heß ersetzen heute früher übliche Aktivitäten von Rechtsextremisten zum „Führer-Geburtstag“ am 20. April. Waren demonstrative Aufmärsche in den vergangenen Jahren von der neonazistischen Szene organisiert worden, so engagierten sich 1996 erstmalig auch die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) bei der Vorbereitung und Durchführung von Demonstrationen. In einem bundesweit verbreiteten Flugblatt mit der Überschrift „Rudolf Hess 1996 / Sein Opfer – Unsere Verpflichtung“ schrieben die JN:

„In den letzten Jahren ist es dem nationalen Widerstand immer wieder gelungen, den Rudolf-Hess-Marsch

durchzuführen. Auch in diesem Jahr wollen wir an die Erfolge der letzten Jahre anknüpfen.

Natürlich wird das BRD-System auch in diesem Jahr mit Hysterie & Verfolgungsmaßnahmen auf Aktionen des nationalen Widerstandes reagieren: In den vergangenen Jahren überwachten zigtausende Polizisten die Straßen und Städte; in Mitteldeutschland wurden nationale Aktivisten zwei Wochen im Vorfeld der Rudolf-Hess-Woche inhaftiert.

Unsere Antwort auf die staatlichen Repressionsmaßnahmen der vergangenen Jahre lautet daher: Ein Rudolf-Hess-Aktionsmonat, während dem wir einerseits dem Friedensflieger und Märtyrer Rudolf Hess gedenken, andererseits jedoch auch massiver Widerstand gegen die staatlichen Repressionen leisten wollen. Aus diesem Grund lautet das Motto unseres Rudolf-Hess-Aktionsmonats auch: Versammlungsfreiheit statt Verbote!

Der Aufwand für Überwachung, Verfolgung und Verbot muß für das System so zeitaufwendig und teuer wie möglich gemacht werden. Gleichzeitig ist der Aktionsmonat ein Test dafür, inwieweit der nationale Widerstand handlungsfähig, flexibel und ideenreich ist.

Im August heißt die Losung: *Totale Mobilmachung – einen Monat lang*“

In der Folge dieses Aufrufes kam es bundesweit zur Anmeldung von ca. 100 Demonstrationen für den 3./4. August unter dem Veranstaltungsmotto

„Versammlungsfreiheit statt Verbote!“, darunter auch in verschiedenen niedersächsischen Städten. Mitglieder und Sympathisanten der JN zeichneten für die Anmeldungen verantwortlich. Alle angemeldeten Veranstaltungen wurden im Vorfeld durch die zuständigen Behörden verboten.

Dennoch kamen Rechtsextremisten zu einer zentralen Demonstration am 17. August in Worms zusammen. An dem Marsch durch die Innenstadt und einer Kundgebung vor einem Kriegerdenkmal nahmen nahezu 200 Personen teil, die Transparente – u.a. mit der Aufschrift „Rudolf Heß 9. Todestag – wir denken an Dich“ – und Fahnen zeigten sowie Parolen skandierten. Unter den Demonstrationsteilnehmern befanden sich neben JN-Angehörigen auch zahlreiche Neonazis. Nach etwa 40 Minuten wurde die Kundgebung von der Polizei aufgelöst. 160 Personen wurden festgenommen. Im Rahmen vorbeugender polizeilicher Maßnahmen waren bereits 130 Rechtsextremisten, die nach Worms anreisen wollten, vorübergehend in Gewahrsam genommen worden. 23 ausländische Rechtsextremisten (Niederländer und Belgier) wurden bei dem Versuch der Einreise aus Frankreich am Grenzübergang Ittersdorf (Saarland) zurückgewiesen.

Folgende weitere „Heß-Gedenkveranstaltungen“ fanden statt:

- In Merseburg (Sachsen-Anhalt) führten rund 120 Rechtsextremisten einen Gedenkmarsch durch.
- Der Anführer der „Norddeutschen Bewegung“ (NDB), André GOERTZ, sowie der stellvertretende Bundesvorsitzende der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), Andreas STORR, führten mit mehreren Aktivisten während eines Fußballspiels in

Rostock eine Flugblattaktion durch und zeigten die Reichskriegsflagge. STORR und vier weitere Personen wurden vorübergehend festgenommen.

- In Wunsiedel (Bayern) versuchten Rechtsextremisten trotz eines Verbots eine „Heß-Gedenkveranstaltung“ durchzuführen. 15 Personen wurden in Gewahrsam genommen.
- In Trollhättan (Schweden) wurde ein „Heß-Gedenkmarsch“ durchgeführt, an dem sich auch deutsche Rechtsextremisten beteiligten. Zwischen rund 400 versammelte Personen aus der rechts- und der linksextremistischen Szene kam es zu Auseinandersetzungen.



Zum Auftakt des Aktionsmonats versuchten die JN am 3. August in Bad Harzburg einen nicht angemeldeten „Heß-Gedenkmarsch“ durchzuführen. Die Polizei löste den Aufmarsch von ca.

50 Rechtsextremisten auf; 39 Personen wurden u.a. wegen Verdachts des Landfriedensbruchs, der gefährlichen Körperverletzung und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz in Gewahrsam genommen.

Das „Aktionskomitee Rudolf Heß 1996“ bezeichnete in einer auch über das Internet verbreiteten Mitteilung den „Heß-Gedenkmarsch“ am 17. August in Worms als „Sieg auf ganzer Linie“ und „weitere Blamage für das Bonner Unterdrückungskartell“. In diesem Jahr sei es erstmals gelungen, die Vertreter aller relevanten Gruppierungen der „nationalen Opposition“ auf ein geschlossenes Vorgehen einzuschwören. Der Marsch der nationalen Einheit sei daher Vorbild für deren weitere politische Einigung.

Nutzung moderner Kommunikationsmittel durch Rechtsextremisten

Auf Einladung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) fand am 20./21. Juli in Augsburg ein „Nationaler Internet-Kongreß“ unter dem Motto „Zusammenarbeit und Vernetzung der an moderner Informationstechnik beteiligten nationalen Gruppen“ statt. An dem Treffen nahmen Mitglieder der NPD, der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) sowie Betreiber mehrerer Mailboxen des Thule-Netzes teil.

Hauptziel des Kongresses – so eine Meldung in der Thule-Netz-Mailbox „Germania.BBS“ – sei neben dem Austausch von Informationen die Koordinierung bereits vorhandener Internet-Seiten gewesen. Die Datenverschlüsselung habe einen weiteren Schwerpunkt dargestellt. Im Anschluß sei ein Arbeitskreis „Internet“ der NPD und JN gegründet worden. Seine Aufgabe sei die weitere Erstellung und Koordinierung von nationalen Internet-Projekten, die Bereitstellung von konkreten Hilfen für Neueinsteiger und die Durchführung von Schulungen.

Am 9./10. November fand der „II. Nationale Internet-Kongreß“ in Stolberg/ Rheinland statt. Im Thule-Netz hieß es dazu:

„Am 9. November traf aus vielen Teilen des Altreichs eine frohgemute und aktivistische Schar kundiger und Kenntniszuwachs erwartender Volksgenossinnen und Volksgenossen ein (ergänzt durch einige art- und rassenaher Kampfgefährten). Die geplante Vernetzung der multinationalen Nationalisten konnte auf dieser Veranstaltung ein großes Stück vorangetrieben werden. Gäste aus mehreren Ländern hielten Referate über die Gestaltung nationaler Web-Seiten.

Ferner wurden Maßnahmen besprochen, die geeignet sind, eine Einschränkung der Rede- und Informationsfreiheit im Internet durch staatliche Maßnahmen zu umgehen. Der Tag klang aus bei einer kameradschaftlichen Veranstaltung mit Musik und Tanz. Gleichzeitig trat in Aachen eine Gruppe von zirka zweihundert Minnesängern auf, die diese Veranstaltung durch meisterhaft getragene Transparente und zahlreiche Reden begleiteten.“

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Sitz		
Bund:	Stuttgart	
Niedersachsen:	Lüneburg	
Vorsitzende		
Bund:	Udo VOIGT	
Niedersachsen:	Ulrich EIGENFELD	
Mitglieder	1995	1996
Bund:	4.000	4.000
Niedersachsen:	415	370
Publikationen:		
Bund:	Deutsche Stimme (erscheint monatlich, Auflage: 49.500)	
Niedersachsen:	Niedersachsen-Spiegel (erscheint vierteljährlich, Auflage: 500)	

Die 1964 gegründete „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) ist die älteste rechtsextremistische Partei in der Bundesrepublik Deutschland. Bundesweit verfügt sie über 15 Landesverbände. In Niedersachsen sind die 370 Mitglieder in Bezirks- und Kreisverbänden organisiert. Nach Jahren finanzieller Engpässe ist eine Verbesserung der Finanzlage durch der Partei zugeflossene Erbschaften festzustellen. Der niedersächsische Landesverband der NPD ist gegenwärtig schuldenfrei.

Vorrangiges politisches Ziel der NPD ist die „Neuvereinigung zu einem Deutschen Reich“ und die „Einheit von Reich und Nation“. Die im Grundgesetz garantierten Individualrechte werden ebenso wie das Mehrparteiensystem und die Volkssouveränität propagandistisch bekämpft. Kennzeichnend für die Propagandaschriften der NPD sind Agitation gegen Ausländer und revisionistische Positionen. Das neue Parteiprogramm der NPD, das am 7./8. Dezember auf einem außerordentlichen Parteitag in Bremervörde verabschiedet wurde, enthält ein deutliches Bekenntnis zur „Volksgemeinschaft“ als Voraussetzung für eine Volksherrschaft.

„Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft voraus. Politische Organisationsformen müssen so geordnet sein, daß sie handlungsfähige Organe ermöglichen, die in Übereinstimmung mit den Grundzielen des Volkes handeln.“

Die Überbetonung der Gemeinschaft ist mit einer Abwertung der Individualrechte verbunden. Die im Programm erkennbare Ideologie des „völkischen Kollektivismus“ widerspricht Grundsätzen unserer Verfassung, insbesondere der Achtung der Menschenwürde nach Art. 1 des Grundgesetzes.

Diese programmatischen Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Zielsetzung der NPD korrespondieren mit ihrer zunehmenden Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Neonazis. Die Übernahme nationalrevolutionärer Ideologiefragmente der „Jungen Na-

Montag, 10. April 1992
 Ausgabe 1 10
 DM 1,20

Deutsche Stimme
 NATIONALSOZIALISTISCHE ZEITUNG

Die NSD fordert: Rückkehr zum Volk!

Ja zur DM! Nein zum ECU!

Die NSD fordert die Rückkehr zum Volk! Die NSD fordert die Rückkehr zum Volk! Die NSD fordert die Rückkehr zum Volk!

Aus Türken werden Deutsche

Die NSD fordert die Rückkehr zum Volk! Die NSD fordert die Rückkehr zum Volk! Die NSD fordert die Rückkehr zum Volk!

Was ist mit dem Briefbomben

Verlierer? Lagers 0,4 %

Montag, 10. April 1992
 Ausgabe 1 10
 DM 1,20

Deutsche Stimme
 NATIONALSOZIALISTISCHE ZEITUNG

Deutsche - Menschen 2. Klasse?

Verblüffende Erkenntnisse

Warum fragt Bonn nicht das Volk?

Zensur in Deutschland

Wie gefährlich ist das Euro-Geld?

Zeit des Monats

„Bei Geldsachen hört die Gewissenheit auf.“

tionaldemokraten“ (JN) verdeutlicht den wachsenden Einfluß der Jugendorganisation auf die Mutterpartei. Dies zeigte sich auch an der engagierten Teilnahme von JN-Mitgliedern an den Diskussionen während des letzten Bundesparteitages.

Dem Programmparteitag vorausgegangen war am 23./24. März ein außerordentlicher Parteitag in Bad Dürkheim, auf dem der bayerische Landesvorsitzende und Beisitzer im Bundesvorstand, Udo VOIGT, mit lediglich 50,6 % der Stimmen zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt worden war. Zuvor hatten heftige parteiinterne Auseinandersetzungen um den bisherigen Parteivorsitzenden DECKERT, der eine zweijährige Haftstrafe verbüßt, stattgefunden. DECKERT erhielt als Mitbewerber um den Parteivorsitz 47,7 % der Stimmen. Er wurde in Abwesenheit zum ersten stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt.

Das Wahlergebnis zeigt, daß sich in der NPD zwei etwa gleich starke Flügel gegenüberstehen. Ob VOIGT mit dieser knappen Mehrheit die beabsichtigten neuen politischen Akzente wie Zurückdrängung der revisionistischen Linie, „Verstärkung der Bündnispolitik und Hervorhebung wirtschaftspolitischer Themen“ in vollem Umfang wird durchsetzen können, bleibt abzuwarten.

Der niedersächsische Landesverband der NPD führte am 10. November in Süpplingen seinen 32. ordentlichen Landesparteitag durch. Zum neuen Landesvorsitzenden gewählt wurde Ulrich EIGENFELD. EIGENFELD wird nach seiner Wahl voraussichtlich wieder stärker Basisarbeit in Niedersachsen leisten, nachdem seine politischen Ambitionen auf Bundesebene aufgrund fehlenden Rückhalts in der Partei erfolglos geblieben waren.

Bei den niedersächsischen Kommunalwahlen am 15. September entfielen

auf die NPD insgesamt 2.291 Stimmen. Im Landkreis Stade war die NPD zusammen mit dem Kreisverband der „Republikaner“ in der Wählergemeinschaft „Bündnis Rechte“ angetreten. Dieses Wahlbündnis ist ein Versuch auf kommunaler Ebene, eine Sammlungsbewegung rechtsextremistischer Parteien zu praktizieren. Insgesamt ist die vom Parteivorsitzenden VOIGT propagierte Bündnispolitik bisher jedoch wenig erfolgreich gewesen. Insbesondere die durch ihren Erfolg bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg gestärkten „Republikaner“ stehen Offerten der NPD ablehnend gegenüber.

Deutsche Volkunion (DVU)

Sitz		
Bund:	München	
Niedersachsen:	Bremen	
Vorsitzende		
Bund:	Dr. Gerhard FREY	
Niedersachsen:	Hans WEIDENBACH	
Mitglieder	1995	1996
Bund:	15.000	15.000
Niedersachsen:	1.800	1.800
Publikationen:	Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger (DWZ/DA) erscheint wöchentlich, Auflage: 21.000 Deutsche Nationalzeitung (DNZ) erscheint wöchentlich, Auflage: 35.000	

Die 1987 als Partei gegründete „Deutsche Volkunion“ (DVU) wird von ihrem Vorsitzenden, dem Münchener Verleger Dr. Gerhard FREY, zentralistisch geführt. Die DVU trat 1996 in Niedersachsen weder mit Aktionen in Erscheinung, noch nahm sie an der Kommunalwahl teil. Ihre politischen Auffassungen kommen vor allem in den Wochenzeitungen ihres Bundesvorsitzenden zum Ausdruck.

Die DVU wird finanziert durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und aus dem privaten Vermögen des Bundesvorsitzenden. Eine wichtige Einnahmequelle stellt für diesen der Verkauf von Münzen, Medaillen, Schallplatten und Videokassetten mit teilweise kriegsverherrlichenden Inhalten dar, die über seinen „Freiheitlichen Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH“ bezogen werden können.

Die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Bestrebungen der DVU kommen insbesondere in den Wochenzeitungen „Deutsche Wochenzeitung/Deutscher Anzeiger“ (DWZ) und „Deutsche Nationalzeitung“ (DNZ) zum Ausdruck. Beide im Verlag von Dr. FREY erscheinenden Blätter greifen regelmäßig

tagespolitische Themen auf, um sie traditionellen rechtsextremistischen Feindbildern zuzuordnen. Im Mittelpunkt steht dabei die Hetze gegen Ausländer. Ausländerfeindliche Schlagzeilen wie in der „Deutschen Wochenzeitung“ vom 26. Juli – „Wie Scheinasylanten abkassieren/Riesenbetrug mit Sozialhilfe“ – folgen einem immer gleichen Muster und wiederholen sich regelmäßig. Sie sind auf eine Kriminalisierung von Ausländern gerichtet und schüren die Furcht vor einer Überfremdung. Weitere Dauerthemen sind Revisionismus, d.h. die Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen und die „Umerziehung“ durch die alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Auch ist ein unterschwelliger Antisemitismus in den Zeitungen festzustellen. Fast jede ihrer Ausgaben befaßt sich mit Themen wie der Präsenz von Perso-

Deutsche raus, Juden rein?
 Bonns merkwürdige Einwanderungspolitik (Seite 5)

Deutsche Wochen-Zeitung

FOR NATIONALS
 Währungsunion auf Messers Schneide

Neue Hoffnung für die D-Mark? Mohls Verrat an Deutschland



Bald mehr Ausländer als Deutsche?
 Wohin die Überfremdung führt (Seite 5)

Deutsche Wochen-Zeitung

FOR NATIONALS
 KZ-Geheimnisse gelüftet

Was heute verheimlicht wird




KZ-Lügen widerlegt
 Was Geheimprotokolle beweisen (Seite 5)

Deutsche Wochen-Zeitung

FOR NATIONALS
 Jetzt kommen die Juden

Massenhafter Zustrom geplant



nen jüdischen Glaubens oder jüdischer Abstammung in Politik, Wirtschaft und Medien, der angeblichen Macht des jüdischen Weltkongresses oder dem Zuzug von Juden aus den GUS-Staaten.

Seit Januar 1997 werden in FREYs Zeitungen ehemalige DDR-Bürger umworben. In textidentischen Beiträgen in den Ausgaben vom 17. Januar werden unter der Überschrift „War alles schlecht in der DDR?“ die Verhältnisse in der Bundesrepublik mit denen in der ehemaligen DDR verglichen. Zwar sei das Ostberliner Regime ein kommunistisches Verbrechersystem gewesen, doch müßten mehr als sieben Jahre nach dem Fall der Mauer objektive Betrachtungen auch dann erlaubt sein, wenn sie zugunsten der DDR ausfielen. So habe in der DDR-Führung niemand an eine multikulturelle Umwandlung, an Einwanderungsströme oder an eine gemeinsame Währung mit anderen Staatswesen gedacht. Dagegen habe der Bundeskanzler praktisch die gesamte DDR-Industrie eingeebnet und das reiche Thüringen zum Armenhaus der EU gemacht. Es sei zum täglichen Ritual geworden, alle kommenden Generationen der Deutschen in das Joch von Kollektivverantwortung und Kollektivhaftung zwingen zu wollen. Weil die DDR keinerlei Verantwortung für die NS-Untaten anerkannt habe, sei demgegenüber dort jegliche Wiedergutmachung – von einigen symbolischen Gesten abgesehen – verweigert worden. Ähnlich exzessive Schuld- und Sühne-Rituale wie in der Bundesrepublik Deutschland habe es dort nicht gegeben. Niemand hätte in der DDR eine ähnliche Rolle spielen können, wie heute der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis. Während der größte deutsche Soldatenfriedhof in Halbe verrotte, entstünden zu den bereits vorhandenen 5.000 antideutschen Denkmälern, die den deutschen Steuerzahler schon Milliarden Mark koste-

ten, laufend weitere Denkmäler zu den NS-Untaten.

Im Jahr 1997 beabsichtigt die DVU die Teilnahme an den im Dezember stattfindenden Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft. Bei den letzten Wahlen in Hamburg hatten sowohl die DVU (2,8 %) als auch „Die Republikaner“ (4,8 %) als konkurrierende rechtsextremistische Parteien nicht die für den Einzug in die Bürgerschaft erforderlichen 5 % der Stimmen erreicht. Vor diesem Hintergrund muß das Kooperationsangebot Dr. FREYs an „Die Republikaner“ und die NPD gewertet werden, das die „Deutsche Nationalzeitung“ am 21. Juni unter der Überschrift „Einheit der Rechten“ abdruckte. Von gelegentlichen verbalen Bekenntnissen abgesehen, hat sich die DVU in letzter Zeit allerdings nicht in eine Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Organisationen einbinden lassen.

Die einzige herausragende Veranstaltung der DVU war wie in den Vorjahren die Großkundgebung in der Passauer Nibelungenhalle am 28. September. Daran nahmen ca. 2.300 Personen teil, darunter Delegationen aus Oberschlesien und aus Südtirol. Wie im Vorjahr wurde eine Grußadresse des Vorsitzenden der nationalistischen „Liberaldemokratischen Partei Rußlands“, Wladimir Schirinowskij, verlesen, in dem dieser seine Freundschaft zu FREY bekräftigte.

Der Rechtsextremist Jürgen RIEGER nahm als FREYs Ehrengast an der

Kundgebung teil. FREY verlieh dem „nationalen“ Rechtsanwalt den „Freiheitspreis“ der „Deutschen Nationalzeitung“ u.a. für „seine Verdienste im Kampf gegen die Verleumdung der

deutschen Rechten“. RIEGER bedankte sich bei den DVU-Kundgebungsteilnehmern und wählte dabei die Anrede „Liebe Normaldenkende“ (Deutsche Wochenzeitung vom 11. 10.1996).

Die Republikaner (REP)

Sitz		
Bund:	Berlin	
Niedersachsen:	Hannover	
Vorsitzende		
Bund:	Dr. Rolf SCHLIERER	
Niedersachsen:	Peter LAUER	
Mitglieder	1995	1996
Bund:	16.000	15.000
Niedersachsen:	650	600
Publikationen		
Bund:	„Der Republikaner“	
	Auflage: 22.000	
Niedersachsen:	„Wir Republikaner in Niedersachsen“	
	Auflage: 600	

Die Gruppe um den neuen Bundesvorsitzenden Dr. SCHLIERER, SCHÖNHUBERs ehemaligem Kronprinz, grenzt die REP von anderen rechtsextremistischen Parteien ab. Diese Richtung vermeidet Angriffsflächen aus der taktischen Überlegung, gegenüber potentiellen nationalkonservativen Wählerschichten die REP als seriöse Alternative zu den anderen rechtsextremistischen Parteien wählbar zu machen.

Nach den empfindlichen Niederlagen bei Wahlen im Jahr 1994 erreichten die REP bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz am 24. März sowie bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen am 15. September erstmals wieder Erfolge, in Baden-Württemberg sogar den Wiedereinzug in den Landtag. Auf dem Bundesparteitag im Oktober in Hanno-

ver gab sich die Partei selbstbewußt. Innerparteiliche Richtungskämpfe seien überwunden, der Mitgliederrückgang gestoppt und die Finanzen konsolidiert. So erhielten die REP 1996 ca. 4,5 Mio. DM aus der staatlichen Teilfinanzierung der Parteien.

Bundesvorsitzender Dr. SCHLIERER behauptete am Wahlabend des 24. März, die Wähler hätten eine rechtskonservative Partei im Parlament gewollt. Der Wahlerfolg der REP sei nicht auf die jüngsten Diskussionen um die Aussiedler oder die Kurdenproblematik zurückzuführen. Mit dem Wahlerfolg, so SCHLIERER in der Mai-Ausgabe des Parteiorgans „Der Republikaner“, sei der Startschuß für den Wahlkampf zur Bundestagswahl 1998 gefallen. Um den Einzug in den Deutschen Bundestag zu erreichen, müsse die Partei durch eine Reform von innen her er-

neuert und reorganisiert werden. Dies bedeute keinen Kurswechsel, sondern neben dem Neuaufbau von Kreis- und Bezirksverbänden vor allem eine nüchterne Bestandsaufnahme und Analyse des gegenwärtigen Zustands der Partei.

Im „Republikaner“ (Nr. 9/September 1996) erklärte SCHLIERER, die REP hätten sich stabilisiert und blickten nach vorn. Konstruktive Arbeit sei an die Stelle von Querelen und Streit getreten. Auf dem Bundesparteitag im Oktober 1996 werde ein inhaltliches und personelles Angebot für einen politischen Kurswechsel gemacht und so eine Alternative zu den Altparteien aufgezeigt, die nicht allein den Protest-, sondern vielmehr den Überzeugungswähler ansprechen solle.

Einer revolutionären Umgestaltung des „Systems“ erteilt SCHLIERER eine Absage und befürwortet statt dessen – auch aus Gründen der Wählbarkeit der REP – den parlamentarischen Weg:

„Vielmehr haben wir uns von der aussichtslosen Strategie der Ghetto-Rechten abgesetzt, die nach dem Motto „Viel Feind – viel Ehr“ ohne Rücksicht auf den zum Teil gar nicht gewünschten politischen Erfolg ihre Selbstbestätigung darin suchen, von möglichst vielen Gegnern angegriffen und stigmatisiert zu werden. Solchermaßen in einem rechten Ghetto eingeeengt, fühlen sich die selbsternannten Hüter rechter Tugenden wohl, kommen sie doch dank ihrer selbstgewählten Isolation nie in die Verlegenheit, im Falle eines Wahlerfolges ihre politische Unfähigkeit offenbaren zu müssen. In diesem rechten Rigorismus zählt auch der Vorwurf, die politische Mitwirkung in Parlamenten sei ein Verrat an hehren Idealen, weil man angeblich mit Etablierten zusammensitzen wolle.“

(Redemanuskript Dr. SCHLIERER, Bundesparteitag, 4. Oktober 1996, S. 2)

Der Bundesparteitag der REP fand vom 4. bis 6. Oktober in Hannover unter dem Motto „Unser Deutschland: Arbeit – Leistung – Wohlstand“ statt. In seiner Eröffnungsrede unterstrich SCHLIERER in Abgrenzung zu den anderen rechtsextremistischen Parteien die positive Entwicklung der REP und bekräftigte erneut die Ablehnung des Aufbaus einer „Vereinigten Rechten“ zusammen mit der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH), der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) oder der „Deutschen Volksunion“ (DVU).

SCHLIERER wurde von den Delegierten mit 346 von 448 gültigen Stimmen in seinem Amt bestätigt. Sein Gegenkandidat Otmar WALLNER, der für eine Zusammenarbeit mit anderen Rechtsextremisten eintritt, wurde als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt. Zu den fünf stellvertretenden Parteivorsitzenden wurden Kandidaten gewählt, die auf der taktischen Linie SCHLIERERS liegen.

Zu heftigen Auseinandersetzungen führte während des Bundesparteitages der von der Parteispitze unterstützte Antrag aus Nordrhein-Westfalen, künftig auch Ausländern aus europäischen Nachbarländern die Mitgliedschaft bei den REP dadurch zu ermöglichen, daß aus § 3 der Satzung die Mitgliedschaftsvoraussetzung der deutschen Staatsbürgerschaft gestrichen wird. Die Satzungsänderung wurde damit begründet, daß man „Österreicher, Norweger und Holländer“ aufnehmen wolle. Obgleich SCHLIERER den Ände-

rungsantrag unterstützte, löste der Vorschlag eine stürmische, teilweise fremdenfeindliche Debatte darüber aus, daß die Überfremdung der REP zu einer multikulturellen Partei begonnen werde. Die emotionale Aggressivität der Antragsgegner erklärt sich aus der offensichtlich fremdenfeindlichen Orientierung der REP-Basis und ihrer ideologischen Verhaftung im Gedankengut des „völkischen Kollektivismus“. Die Wahl WALLNERS in den Bundesvorstand und insbesondere die Aussprache des Parteitages zu dem Satzungsänderungsantrag verdeutlichte aus eher marginalem Anlaß diese rechtsextremistische Grundeinstellung. Um einen Eklat zu vermeiden, wurde der Antrag schließlich zurückgezogen. Die REP verfügen in allen Bundesländern über Landesverbände, die insbesondere aufgrund der seit 1993 fortdauernden innerparteilichen Querelen Mitgliederverluste hinnehmen mußten. So sank die Mitgliederzahl auf rd. 15.000 (1993: 23.000). Die Landesverbände Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen sind die mitgliederstärksten. In den neuen Ländern hat die Partei kaum Fuß fassen können. Die Wahlerfolge seit März scheinen den Mitgliederverlust jedoch gestoppt zu haben.

Als Ergebnis des Bundesparteitages läßt sich feststellen, daß der wiedergewählte Bundesvorsitzende SCHLIERER von einer klaren Mehrheit der REP gestützt wird. SCHLIERER versucht, die REP weiterhin durch eine deutliche Abgrenzung von anderen rechtsextremistischen Parteien in personeller, organisatorischer und politischer Hinsicht auf die Bundestagswahl 1998 vorzubereiten. Diese Abgrenzung der REP beinhaltet aber keine Absage an rechts-extremistische Inhalte und Positionen. Auch 1996 lagen bei den REP unverändert Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vor. So ent-

halten programmatische Äußerungen von Funktionären und die Agitation von Mitgliedern Anhaltspunkte dafür, daß die Zielsetzungen der Partei gegen die Menschenwürde, insbesondere der in Deutschland lebenden Ausländer, verstoßen. Dabei werden von den REP in simplifizierender Art Arbeitslosen-, Kriminalitäts-, Wohnungs- und sonstige soziale Probleme mit der „Zuwanderung“ von Ausländern, insbesondere Asylbewerbern, verquickt. Hierbei wird die Agitation gegen Ausländer mit rassistischen Vorzeichen in der Weise geführt, daß die vermeintliche Gefahr des Untergangs des deutschen Volkes beschworen wird.

So erklärte ein stellv. Vorsitzender des REP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen:

„Wir Deutsche sind dabei, zur Minderheit im eigenen Land zu werden . . .

Wer die sich aus der Masseneinwanderung ergebenden Probleme verniedlicht, betreibt bewußt Umvolkung!“

(MK-REP, I/96)

In derselben Publikation wird gegen Regierung und „Altparteien“ polemisiert, daß diese „nichts für eine Familienförderung gegen die schleichende Einwanderung in unser Land unternehmen. Im Gegenteil: Das Stellen von bestem Wohnraum, hohe Sozialhilfeleistungen, Betreuung fast rund um die Uhr, Tolerierung von Autoanschlaffungen in kürzester Zeit, übergroße Toleranz bei Straftaten, Strafen, die nur höhni-

sches Grinsen hervorrufen, Unterlassen von Abschiebungen usw. wirken wie ausgelegte Köder und locken immer mehr Menschen in unser bereits überfülltes Land. Man gewinnt den Eindruck, als sei hier ein gigantischer Bevölkerungsaustausch im Gange!

Warum nur machen die Politiker der Bonner Altparteien solches mit?“
(MK-REPort, III/96)

Die offizielle Abgrenzungsstrategie des REP-Bundesvorstandes gegenüber anderen rechtsextremistischen Organisationen wurde und wird von Funktionsträgern und der Basis der REP immer wieder mißachtet. So bildeten Anfang 1996 maßgebliche Funktionsträger der REP und der NPD im Landkreis Stade das „Bündnis Rechte“.

In einem Schreiben an „alle Interessenten, Freunde, Förderer und Mitglieder im Landkreis Stade“ vom 18. März informierten der Vorsitzende des REP-Kreisverbandes Stade, Heinz KÖNIG, und der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Stade, Claus DANKERS, gemeinsam über das „Wahlbündnis“ der REP und der NPD für die Kommunalwahlen 1996:

„Liebe Freunde und Mitglieder, zum ersten Mal ist es gelungen, daß sich die Vorstände und Mitglieder der zwei größten 'Rechts-Parteien' zu einer gemeinsamen Wählergemeinschaft im Kreis Stade zusammengeschlossen haben. Diesem Wahlbündnis wurde der Name 'Bündnis Rechte' gegeben. Wir hoffen jetzt, daß dieses Bündnis eine Signalwir-

kung im Kreis Stade, in Niedersachsen und vielleicht auch in Deutschland insgesamt hat. Wir müssen jetzt, um dem Bündnis Stärke zu geben, alle mitarbeiten, jeder dort, wo und wie er kann, um so einen gemeinsamen großen Erfolg zu erzielen. . . .

Unter dem Motto 'Einigkeit macht stark' laden wir Euch recht herzlich zum nächsten Treffen ein. ...“

Bei Claus DANKERS handelt es sich um einen NPD-Funktionär, der seit mehr als zehn Jahren bei den „Jungen Nationaldemokraten“ und in der NPD verschiedene Funktionen innegehabt hat. Neben der Funktion als NPD-Kreisvorsitzender war er Mitglied des NPD-Landesvorstandes und 1987 Direktkandidat zur Bundestagswahl im Wahlkreis 25.

Während die Einladungen bzw. Rundschreiben der gemeinsamen Wählergemeinschaft von REP und NPD von den beiden Vorsitzenden KÖNIG und DANKERS gemeinsam unterzeichnet worden sind, zeichnet für ein zur Kommunalwahl 1996 für das „Bündnis Rechte“ erstelltes Flugblatt Karin KÖNIG presserechtlich. Die Übersichten des Bundeswahlleiters zu den politischen Parteien (Stand: 28.9.1995) haben Karin KÖNIG als Beisitzerin im REP-Landesvorstand Niedersachsen ausgewiesen.

Das Innenministerium führte diesen Sachverhalt im Rahmen seiner Ausarbeitung „Zusammenstellung und Bewertung tatsächlicher Anhaltspunkte für den Verdacht verfassungsfeindlicher, hier: rechtsextremistischer Bestrebungen in der Partei 'Die Republikaner' (REP)“ in das beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg (Berufungsinstanz) anhängige Verwaltungsstreitverfahren ein, das die REP gegen eine Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln angestrengt hatten. Nach der Offenlegung dieser Zusammenar-

**DIE
REPUBLIKANER**



Arbeitslos Obdachlos Hoffnungslos

Die Altparteien kümmern sich um alles in der
Welt - nur nicht um die

Not in Deutschland !

Unverschuldet in Not geratene **Deutsche** schämen sich
häufig, berechnete Sozialhilfe anzunehmen, und verzichten.

Scheinasylanten haben da keine Probleme.

So kann es nicht weitergehen!

Wir *REPUBLIKANER* sagen:

Schluß damit!

Sach- statt Geldleistung für Asylbewerber!

beit von REP und NPD gegenüber dem OVG Lüneburg mit Schreiben vom 08. 07.1996 wurde der REP-Funktionär KÖNIG, der auch Mitglied des REP-Bezirksvorstandes Lüneburg war, mit sofortiger Wirkung aller Parteiämter enthoben und Antrag auf Ausschluß gestellt. Das REP-Landesschiedsgericht Niedersachsen bestätigte am 09. 10. 1996 diese Entscheidung und schloß ihn mit sofortiger Wirkung aus der Partei aus. Am 10. 12. 1996 hob das REP-Bundesschiedsgericht den Beschluß des Landesschiedsgerichts und den Beschluß des REP-Landespräsidiums auf. Die Entscheidung wurde damit begründet, daß der REP-Funktionär KÖNIG den „Ruhstorfer Beschluß“ zur Abgrenzung der REP von (anderen) extremistischen und verfassungseindlichen Organisationen nicht gekannt und ebenso wie das Bundesschiedsgericht auch auf Anforderung bei dem REP-Landesverband nicht erhalten habe. Soweit der „Ruhstorfer Beschluß“ vom 08. 07. 1990 dem Bundesschiedsgericht durch ein anderes Verfahren bekanntgeworden sei, betreffe er lediglich REP-Funktionäre, die vorher in (anderen) verfassungseindlichen Organisationen tätig gewesen seien. Weiter heißt es in der Entscheidung des Bundesschiedsgerichts der REP:

„Der Berufungsbeklagte behauptet ein Wählerbündnis mit aktiven NPD-Mitgliedern hinter dem Rücken des Landesvorstands. Selbst der Schröder/ Glogowskische „Verfassungsschutzbericht“ spricht dagegen nur von dem NPD-Kreisvorsitzenden. Ganz „hinter dem Rücken des Landesvorstands“ hat sich die Wählergemeinschaft „Bündnis Rechte“ offenbar auch nicht bewegt, denn sie wurde – unwidersprochen seitens des Landesvorstands – sogar auf dem Landesparteitag unter den Augen des Bundesvorsitzenden Dr. Schlierer vorgestellt. . . ., kennzeichnet den politischen Sumpf, in dem sich die heutige SPD-Administration in Verfassungsfragen bewegt. Die hier zu vermutenden Machenschaften aufzuklären, hat das Bundesschiedsgericht nicht die Mittel; innerhalb seiner Zuständigkeit kann und muß es aber die Partei vor derartigen Zersetzungsintrigen der Etablierten bewahren. . . . Die niedersächsischen „Verfassungsschützer“ sprechen am Schluß ihrer Ermittlungen zur Volksaufklärung die Erwartung aus, die Republikaner würden – gewissermaßen wie er-tappte Sünder – nach dieser Verfassungsschutzarbeit eine „parteitaktische Bereinigung“ vornehmen. Demgegenüber ist es nach den obigen Ausführungen für jedermann offenkundig, daß „Bereinigungen“ zuallererst und in erster Linie beim „Verfassungsschutz“ selbst und seiner politischen Führung erforderlich sind. Die Herren werden zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Republikaner Parteiausschlüsse nicht aufgrund von „Dokumentationen“ parteipolitisch mißbrauchter „Verfassungsschutzämter“ vornehmen, sondern nur aufgrund der eigenen satzungsmäßigen Grundlagen.“

Mit seiner Entscheidung sanktioniert das REP-Bundesschiedsgericht die erste regionale Zusammenarbeit von REP-Funktionären mit Vertretern der rechtsextremistischen NPD in einer gemeinsamen Wählergemeinschaft. In diesem Zusammenhang beinhaltet die Bewertung des „Ruhstorfer (Abgrenzungs-) Beschlusses“ durch das oberste Parteigericht der REP eine indirekte Distanzierung von der taktischen Linie der REP-Bundesführung.

Am 18. Mai fand in Emstek der Landesparteitag statt. An der Veranstaltung nahmen rd. 90 Personen teil, unter ihnen der Bundesvorsitzende Dr. Rolf SCHLIERER und seine Stellvertreterin Uschi WINKELSETT. Zum neuen Landesvorsitzenden wurde der Oberstudienrat und bisherige Beisitzer im Landesvorstand, Peter LAUER, gewählt. LAUER war nach eigenen Angaben von 1965 bis 1974 Mitglied der rechtsextremistischen NPD, davon 1966 bis 1971 Mitglied des NPD-Bundesvorstandes.

Nach ausführlicher mündlicher Verhandlung hat am 26. Juni 1997 der 13. Senat des OVG Lüneburg im Hauptsacheverfahren entschieden, die Klage der REP gegen eine Beobachtung mit (bestimmten) nachrichtendienstlichen Mitteln ab dem Tag des Inkrafttretens der Novellierung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes (08. 04. 1995) abzuweisen. ³/₄ der Kosten des Gerichtsverfahrens haben die REP zu tragen. Vom OVG Lüneburg wurde für dieses Urteil die Revision zugelassen. Der REP-Landesverband Niedersachsen teilte in seiner Presseerklärung Nr. 347 vom 27. 06. 1997 mit: „Nach Entscheidung der Bundespartei wird gegen das Urteil Revision eingelegt werden.“

Mit dem Urteil hat das Niedersächsische Innenministerium die bundesweit erste Hauptsacheentscheidung eines Oberverwaltungsgerichts erstritten, mit der die Beobachtung der rechtsextremistischen REP durch die Niedersächsische Verfassungsschutzbehörde mit nachrichtendienstlichen Mitteln grundsätzlich für zulässig und rechtlich begründet beurteilt wird.

Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

Sitz	
Bund:	Villingen-Schwenningen
Niedersachsen:	Braunschweig
Vorsitzende	
Bund:	Harald NEUBAUER, Jürgen SCHÜTZINGER, Ingo STAWITZ
Niedersachsen:	Bernd Louis HEID
Mitglieder	1995 1996
Bund:	900 800
Niedersachsen:	20 20
Publikationen	
Bund:	Nation und Europa – Deutsche Rundschau (erscheint monatlich und fungiert als publizistisches Sprachrohr der DLVH, Auflage: 15.000)
Land:	Die NORDLICHTER – Norddeutsche Rundschau (Informationsblatt für die Landesverbände Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt)

Die Deutsche Liga, 1991 als „Sammelpartei der nationalen Rechten“ gegründet, hat sich schon 1996 wieder von ihrem Parteistatus verabschiedet. Auf dem Bundesparteitag am 19. Oktober in Pfofeld/Bayern, an dem 135 Personen teilnahmen, wurde beschlossen, die Rechtsform eines Vereins anzunehmen. Laut Vereinssatzung werden Organisationsbezeichnung und -struktur sowie der derzeitige Bundesvorstand beibehalten. Mit der Umwandlung in einen Verein soll den Mitgliedern der DLVH ermöglicht werden, sich ohne Konflikte mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen anderer rechtsextremistischen Parteien anzuschließen, mit dem Ziel, die Einheit der Rechten herbeizuführen^[21].

Entscheidend für die Umwandlung dürften jedoch finanzielle Gründe gewesen sein, da die DLVH nicht mehr über genügend Geldmittel verfügt, um

die mit dem Parteistatus verbundenen notwendigen Ausgaben zu decken.

Die Mitgliederzahl der DLVH, die am 03. 10.1991 in Villingen-Schwenningen gegründet worden war, belief sich 1996 bundesweit auf 800 Personen, in Niedersachsen auf 20. Die nationalistische völkisch-kollektivistisch ausgerichtete Partei verstand sich von Anfang an als „Sammelbewegung demokratischer Patrioten“. Seit 1994 trat sie in verschiedenen Bundesländern als Initiatorin „Runder Tische“ in Erscheinung, ohne daß diesen Bemühungen ein nachhaltiger Erfolg beschieden war. Insbesondere die Republikaner widersetzten sich den Einigungsbemühungen der DLVH.

^[21] Einer der drei gleichberechtigten Bundesvorsitzenden ist inzwischen in die NPD eingetreten.

Am 20. Oktober fand – im Anschluß an den Bundesparteitag – ein von der DLVH organisierter Kongreß in Bayern statt, an dem rund 350 Personen teilnahmen. Hauptredner der Veranstaltung war der ehemalige REP-Bundesvorsitzende Franz SCHÖNHUBER. Dieser bewertete die Umwandlung der Deutschen Liga in einen Verein positiv und als richtigen Schritt zur Einigung

der Rechten über bestehende Parteigrenzen hinweg.

Der Landesverband der DLVH in Niedersachsen hat auch 1996 keine nennenswerten Aktivitäten entfaltet. In einigen Untergliederungen versuchte man, mit „Runden Tischen“ Angehörige anderer rechtsextremistischer Organisationen für gemeinsame Aktivitäten zu gewinnen.

Film

Linksextremismus

Überblick

Alle Linksextremisten verfolgen trotz unterschiedlicher ideologischer und theoretischer Positionen das Ziel, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen. Während terroristische und militant-autonome Bestrebungen offen die Zerschlagung des staatlichen Systems proklamieren, rufen andere Gruppen und Parteien zum Klassenkampf nach marxistisch-leninistischem Vorbild auf.

Im deutschen Linksextremismus sind marxistisch-leninistische, maoistische und anarchistische Ansätze vorhanden, terroristische Gruppierungen sind in ihrer Bedeutung im Gegensatz zu den 70er und 80er Jahren zurückgegangen. Zwischen den Bereichen, die sich durch zahlreiche Varianten und Mischformen auszeichnen, gibt es vielfache Kontakte.

Der Marxismus-Leninismus war die herrschende Lehre in der früheren Sowjetunion und damit auch verbindlich für alle Bruderparteien der KPdSU. Hervorgegangen aus den Schriften von Marx, Engels und Lenin, angereichert um Ausführungen beispielsweise von Stalin und weiteren kommunistischen Herrschern und Vordenkern, beansprucht diese Politikrichtung, ein für alle Zeiten gültiges, wissenschaftliches System zu sein. Nach den Gesetzmäßigkeiten dieser Ideologie ist der Sozialismus die überlegene Gesellschaftsform. Der Sozialismus werde den Kapitalismus, unter den die westlichen Demokratien subsumiert werden, nach der Revolution beseitigen. Träger dieser Entwicklung sei die Arbeiterklasse

unter Führung der kommunistischen Partei.

In der Bundesrepublik hat sich auf die Lehren des Marxismus-Leninismus die Deutsche Kommunistische Partei mit ihren zahlreichen Neben- und beeinflussten Organisationen berufen. Sie wurde angeleitet von der SED der DDR. Mit der friedlichen Revolution in der DDR hat die DKP ihre Bedeutung im deutschen Linksextremismus verloren. Viele Mitglieder haben ihr den Rücken gekehrt, manche haben sich der PDS angeschlossen.

Die Kommunistische Plattform der PDS, die KPF, wird erstmalig im niedersächsischen Verfassungsschutzbericht dargestellt: Die Prüfung auf tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen hat im letzten Jahr ergeben, daß der niedersächsische Landesverband dieser Organisation linksextremistische, insbesondere marxistisch-leninistische Bestrebungen verfolgt. Die KPF will, ähnlich wie die DKP, die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik Deutschland beseitigen und Staat und Gesellschaft revolutionär umgestalten.

Der Maoismus spielte vor allem in den 70er Jahren im deutschen Linksextremismus eine bedeutende Rolle. Ausgehend von den Lehren Mao Tse-tungs (1893 – 1976) bekannten sich Gruppierungen wie der Kommunistische Bund Westdeutschland zur revolutionären Umgestaltung der Bundesrepublik und machten deutlich, daß Gewalt als Mittel der Politik von ihnen befürwortet

wird. Von den Bestrebungen der 70er Jahre sind heute nur noch Klein- und Kleinstgruppen übrig geblieben, die teilweise heftig untereinander zerstritten sind.

Im Gegensatz zum Marxismus-Leninismus propagieren Anarchisten keine bestimmte Klasse als Träger der Revolution. Sie gehen vielmehr von der Gemeinsamkeit aller Menschen aus, die sich von der Herrschaft der bürgerlichen Staats- und Gesellschaftsordnung befreien wollen. Wie der Weg zu dieser Befreiung aussehen soll, wird von den verschiedenen anarchistischen Strömungen unterschiedlich beantwortet. Sowohl gewaltbefürwortende als auch gewaltfreie Positionen sind vorhanden. Dabei schließt der „gewaltfreie“ Anarchist keinesfalls Gewalt als Mittel der Politik aus: Sabotage und Gewalt gegen Sachen wird befürwortet, gegen Personen wird sie abgelehnt, weil diese im Gegensatz zu Sachen „Schmerz empfinden“. Anarchistische Bestrebungen wollen sich „Freiräume“ erobern und dort selbstbestimmt, „autonom“ leben. An die Stelle staatlicher Verwaltung sollen in diesen Freiräumen „Selbstverwaltungen“ treten.

Unter linksterroristischen Bestrebungen werden die Gruppen verstanden, die ihre politischen Ziele mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie im Paragraphen 129a des Strafgesetzbuches genannt sind (z.B. Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff), durchsetzen wollen. In den Erklärungen deutscher Linksterroristen sind mehrere Ideologieansätze erkennbar. Sie reichen von den Lehren Marx', Engels' und Lenins über Thesen südamerikanischer Befreiungskämpfer bis hin zu Auffassungen Mao Tse-tungs.

In den vergangenen Jahren war der „Antifaschismuskampf“ ein zentrales, organisationsübergreifendes Thema unter Linksextremisten; seit 1995 hat sich das Themenfeld „Anti-Atom-Kampf“ in den Vordergrund geschoben. Autonome hoffen, durch militante Angriffe im Zusammenhang mit dem weit überwiegend friedlichen, legitimen Protest gegen die CASTOR-Transporte in das Zwischenlager in Gorleben zu Erfolgen bei ihren Bündnisbemühungen zu kommen.

Terroristische Aktivitäten, wie sie früher von Angehörigen der Roten Armee Fraktion, der Revolutionären Zellen, der Roten Zora oder der Anti-imperialistischen Zelle ausgingen, sind zum Erliegen gekommen. Zwar gibt es Hinweise auf weiterhin bestehende Strukturen in diesen Bereichen, es muß allerdings bezweifelt werden, ob dieser linksextremistische Terrorismus noch einmal zu einer zentralen Bedrohung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland werden kann.

Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund

Auch 1996 verübten Linksextremisten schwerste Straftaten, um ihre politischen Ziele durchzusetzen: Sprengstoff- und Brandanschläge sowie Sachbeschädigungen mit Millionenschäden.

Die Zahl der Aktionen mit Gesetzesverletzungen, bei denen Linksextremisten als Täter oder Tatbeteiligte bekannt geworden sind oder nach den Tatumständen in Betracht kommen, ist 1996 im Bundesgebiet geringfügig auf 932 zurückgegangen (1995: 965). Auf 654 gestiegen ist die Zahl der dar-

Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund^[22]

	1995 ^[23]	1996
Tötungsdelikte	—	—
Versuchte Tötungsdelikte	—	2
Schuwaffenanschläge	1	—
Sprengstoffanschläge	8	11
Brandanschläge ^[24]	86	93
Landfriedensbrüche	76 ^[25]	83 ^[26]
Körperverletzungen	35	30
Widerstandshandlungen	23	23
Raubüberfälle	5	2
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft- oder Straßenverkehr	114	154
Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung	224	256
Gewalttaten insgesamt	572	654
Gewaltandrohungen	137	111
Sonstige Gesetzesverletzungen	256	167
Gesamt:	965	932

^[22] Aus statistischen Gründen wurde jede Gewalttat bzw. sonstige Gesetzesverletzung nur einmal gezählt, auch wenn sie aus mehreren Einzeltaten bestand oder von mehreren Tätern gemeinsam begangen wurde. Wurden mehrere Straftatbestände durch eine Handlung verwirklicht, so wird ausschließlich der schwerer wiegende Verstoß gezählt. Die Übersicht enthält ausgeführte und versuchte Aktionen. Gewaltandrohungen sind gesondert aufgeführt. Geringfügige Straftaten sind nicht enthalten. Die Zahlenübersicht basiert auf dem Datenmaterial, das dem Bundesamt für Verfassungsschutz übermittelt und von ihm bewertet wurde.

^[23] Sofern die Vergleichszahlen für 1995 von früheren Statistiken abweichen, beruhen die jetzigen Angaben auf einem aktuelleren Erkenntnisstand.

^[24] Umfaßt Brandstiftungen und alle Sachbeschädigungen unter Einsatz von Brandmitteln.

^[25] Darunter 47 Fälle mit Körperverletzung

^[26] Darunter 40 Fälle mit Körperverletzung

in enthaltenen Gewalttaten (1995: 572).

Signifikant ist die weitere Zunahme der Gewalttaten im Rahmen der Kampagne gegen Atommülltransporte auf 291 (1995: 158). Die Kampagne ist für viele militante Linksextremisten inzwischen zu einem herausragenden Aktionsfeld geworden.

Die Zahl der militanten Aktionen gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten ist mit 83 etwa gleichgeblieben.

Die nachfolgende Übersicht gibt das tatsächliche Ausmaß linksextremistischer Gewalt nur unvollkommen wieder; ein Vergleich mit den Gesetzesverletzungen im Bereich des Rechtsextremismus ist wegen der oftmals ungleichen Ausprägung der Gewalt – linksextremistische Straßenmilitanz, rechtsextremistische Angriffe vielfach auf Einzelpersonen – nur bedingt möglich. Auch existieren für den Bereich des Linksextremismus keine ebenso weitgehenden Strafvorschriften wie gegen Propagandadelikte mit neonazistischem Bezug.

Rote Armee Fraktion (RAF)

Die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) hat sich 1996 offenbar endgültig vom Konzept des revolutionären Kampfes mit tödlichen Aktionen gegen Menschenleben verabschiedet. Zwar lassen die Erklärungen von RAF-Anhängern vom Ende des Jahres 1996 auf weiterhin bestehende Strukturen dieser terroristischen Vereinigung schließen, eine Bedrohung für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland aber, wie sie in den 70er und 80er Jahren bestanden hatte, geht von der RAF nicht mehr aus. Viele RAF-Anhänger haben offenbar die Sinnlosigkeit des sogenannten bewaffneten Kampfes inzwischen erkannt. Den Erklärungen vorangegangen war die Selbstgestellung Christoph SEIDLERS am 22. November, der seit 1984 als Angehöriger der RAF galt. Zudem standen die Aufforderungen von Helmut POHL und Birgit HOGEFELD an die RAF im Raum, sich aufzulösen.

Die Zeitschrift „Konkret“ veröffentlichte im Juni ein Interview mit dem in der JVA Schwalmstadt/Hessen einsitzenden RAF-Angehörigen Helmut POHL, der u.a. sagte:

„Es kann für uns nur darum gehen, wieder auf die politische Tagesordnung zu setzen, daß wir raus müssen. Nach wie vor ist das eine politische und keine juristische Frage. Wir müssen anfangen können, Grundlagen zu bauen dafür, wie wir anschließend leben wollen. Es muß Kommunikation und Arbeitsprojekte geben können. Wir haben ja derzeit fast keine Kontakte nach draußen.“

Die Aktionen der RAF, insbesondere in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, seien nach seiner Ansicht nur noch eine Aneinanderreihung von Erschießungen gewesen.

Auch wenn er keine eindeutige Absage an den bewaffneten Kampf formulierte, widersprach POHL doch einer Reduzierung der Politik der RAF auf dieses Konzept:

„Immer wieder wird die Politik der RAF mit dem bewaffneten Kampf gleichgesetzt. Das war aber nie so gedacht, das sollte nie so sein und wo es doch so war, war es ein Fehler.“

Das Bestreben POHLs scheint es zu sein, die Chancen auf eine vorzeitige Haftentlassung zu verbessern. In dieser Hinsicht ist die von ihm formulierte Forderung an die RAF, sich aufzulösen, konsequent:

„In diesem Zusammenhang, finde ich es auch nötig, daß die Illegalen ihre Auflösung als RAF erklären. Das wollen auch andere Gefangene ausdrücklich, daß es hier gesagt wird.“

Die frühere RAF-Angehörige Birgit HOGEFELD, die seit dem 15. November 1994 in Frankfurt vor Gericht stand, wurde am 5. November zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Wie schon in früheren Erklärungen, die sie während des laufenden Prozesses abgegeben hatte, setzte sie sich auch in ihrer Abschlusßerklärung am 30. Oktober kritisch mit der Geschichte der RAF und ihrer eigenen Person auseinander. Insbesondere die Erschießung des US-Soldaten Edward Pimental im August 1985 sehe sie heute als Beispiel dafür,

„daß vieles in unserer Geschichte als Irrweg anzusehen ist. Da kam es sehr schnell zu Verselbständigungen und einer Eskalation des Militärischen.“

Schließlich forderte sie in ihrer Erklärung von den im Untergrund lebenden RAF-Mitgliedern:

„Deshalb finde ich die Aufforderung von Helmut POHL an die Illegalen, ihre Auflösung als RAF zu erklären, richtig – dieser Schritt ist lange überfällig.“

Neue Erklärungen der RAF

Im Dezember wurden drei Erklärungen der RAF bekannt. Auslösendes Ereignis war die Selbstgestaltung Christoph SEIDLERS am 22. November.

In ihrer ersten Erklärung, vom 29. November, gingen die Verfasser weder auf die Auflösungs-Aufforderung noch auf die Urteilsverkündung im Prozeß gegen Birgit HOGEFELD ein. Vielmehr appellierten sie an Gesinnungsgenossen, keine Aussagen gegenüber dem „Staatsschutz“ über „illegale Strukturen und geheime Orte des Exils“ zu machen. Aussteigerprogramme wurden strikt abgelehnt, da sie „auf die prinzipielle Denunziation linker militanter Politik“ zielten.

Die Erklärung enthält kaum Aussagen zur politischen Neuorientierung der RAF. Die Verfasser betonten jedoch, die Absage Einzelner an den „radikalen Kampf gegen das System“ führe weder dazu, „...“, daß der revolutionäre Kampf gleich ganz abgeblasen wird – noch dazu, daß in der zukünftigen Linken nicht wieder illegale Kampfstrukturen gebraucht werden.“

In einer weiteren Erklärung vom 9. Dezember wird festgestellt:

„Das RAF-Konzept ist überholt. Das ist objektiv so. Dabei bleibt es also auch. Alles andere würde völlig an der politischen Situation insgesamt – und unserer speziellen erst recht vorbeigehen. Es kann auch keine modifizierte Neuauflage des Alten geben. Wenn wir auch keine Beschäftigung für die nächsten 100 Jahre darin sehen, wollen wir dazu beitragen, ein kollektives Bewußtsein über unsere Geschichte zu ermöglichen – mit dem Sinn, daraus Erkenntnisse zu gewinnen, die uns allen etwas für eine bessere, freiere, starke und emanzipative Politik für die Umwälzung der Verhältnisse in die Hand gibt.“

Ein Diskussionsprozeß mit der „Linken“ zur Neuentwicklung revolutionärer Konzepte wäre erstrebenswert, hätte sich jedoch als „sehr langwieriges Projekt“ herausgestellt:

„Wir wollten zusammen mit anderen GenossInnen, die nicht in der RAF organisiert sind, ein Resümee der Geschichte der Linken – und in ihr der RAF – ziehen und Schlußfolgerungen für die Zukunft ableiten. Das fänden wir zwar immer noch am besten und zeitgemäß, es hat sich aber als sehr langwieriges Projekt herausgestellt. Deshalb werden wir es demnächst doch unabhängig davon und doch wieder nur als RAF machen.“

Die Tatsache, daß sich die RAF nach über zwei Jahren mit einer Erklärung erstmals wieder an die Öffentlichkeit wandte, zeigt, daß nach wie vor Strukturen vorhanden sind. Künftige Aktionen können deshalb nicht ausgeschlossen werden. Nicht widerrufen worden ist bisher die Deeskalationserklärung vom April 1992, die den Verzicht auf Personenanschläge beinhaltete. Die letzte Aktion der RAF war ein Sprengstoffanschlag auf den noch nicht bezogenen Neubau der Justizvollzugsanstalt Darmstadt-Weiterstadt im März 1993. Mit solchen gegen Symbole des Staates gerichteten Aktionen könnte die RAF in der linksextremistischen Szene Resonanz finden. Inwieweit sie hierzu derzeit gewillt und in der Lage ist, bleibt auch nach den Erklärungen offen.

Antiiperialistische Zelle (AIZ)

Nach der Festnahme der mutmaßlichen Mitglieder der „Antiiperialistische Zelle“ (AIZ), Bernhard FALK und Michael STEINAU, am 25. Februar ist diese terroristische Gruppierung weder mit Anschlägen noch mit schriftlichen Äußerungen in Erscheinung getreten. Mit dieser Festnahme ist offenkundig die Struktur der AIZ zerschlagen. Im Mai und im Juni wurden in linksextremistischen Schriften^[27] Grußadressen der in der JVA Köln Einsitzenden veröffentlicht, in denen sich beide als „muslimische politische Gefangene“ bezeichnen. In der linksextremistischen Szene wurde diese Hinwendung zum Islam kritisch gesehen. Unter der Überschrift „Von der Schönheit des Islam – Einige Anmerkungen zu den willentlichen oder unwillentlichen Irrungen der AIZ“ hieß es in der radikal (Nr. 154 vom Juni 1996) u.a.:

^[27] Zeck (Hamburg) Nr. 50 vom Mai 1996, Interrim (Berlin) Nr. 381 vom 21. Juni 1996.

„Da die AIZ an dieser Politik Gefallen findet, dürfte es wohl kaum möglich sein, sie weiter im Bereich der Linken zu orten. Die deutliche Bezugnahme auf die Politik der Islamisten demaskiert die rudimentären Emanzipationsvorstellungen der AIZ als hohles Gewäsch. . . .

Zu einer Gruppe, die den Einsatz von selbstgebauten Splitterbomben auf belebten Straßen gutheißt, darf es kein solidarisches Verhältnis geben.“

Die AIZ hatte in einer Selbstbezeichnung zu dem Anschlag am 23. Dezember 1995 auf einen Bürokomplex in Düsseldorf u. a. erklärt:

„wir haben den islam als revolutionäre waffe in voller schärfe und schönheit kennenlernen dürfen. . . . die antiimperialistische zelle wird in zukunft ihre aktivitäten verstärkt in den zusammenhang derjenigen stellen, die in militanter form auf revolutionär-islamischer grundlage den imperialismus herausfordern.“

Bereits Anfang des Jahres 1996 hatten sich Linksextremisten in scharfer Form gegen die AIZ ausgesprochen. So erklärten die Herausgeber des Berliner autonomen Szeneblattes „INTERIM“ in der Ausgabe vom 11. Januar, daß sie AIZ-Papiere bis auf weiteres nicht mehr veröffentlichen wollen:

„. . . in eurer 24seitigen Erklärung . . . bleiben Fragen über Fragen: Was heißt es konkret, wenn ihr schreibt, ihr hättet ‘den Islam als revolutionäre Waffe in voller Schärfe und Schönheit kennenlernen dürfen’? . . . Die Iranische Revolution, die ihr immer wieder anführt, . . . steht auch dafür, wie eine revolutionäre Massenbewegung in ihrem eigenen Blut ertränkt wurde ... Wie emanzipatorisch ist der ‘islamische Widerstand ... von Tadschikistan bis zu den Philippinen’ tatsächlich? Auf wen waren die Nagelbomben gerichtet, die in Pariser U-Bahn-Eingängen

‘den Imperialismus herausgefordert’ haben? Wir finden, die Undifferenziertheit (nicht nur) in euren Erklärungen stinkt zum Himmel! Aus diesem Grund wollen wir eure Erklärungen vorerst nicht mehr abdrucken. ‘Inschallah’“

Bis 1995 galt die AIZ als aktivste linksterroristische Organisation in der Bundesrepublik Deutschland. Auf ihr Konto gingen 1995 vier Sprengstoffanschläge gegen Personen aus Politik und Wirtschaft, darunter ein Anschlag auf das Wohnhaus des ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit Dr. Köhler in Wolfsburg. 1996 waren keine Aktivitäten dieser Gruppierung mehr feststellbar.

Die Resonanz in der linksextremistischen Szene auf die Festnahme der beiden mutmaßlichen AIZ-Mitglieder war gering. Ausschlaggebend für diese Zurückhaltung ist das kaum vermittelbare Konzept der AIZ.

Militante Linksextremisten – Autonome

Anhänger	1995	1996
Bund:	6.000	7.000
Niedersachsen:	550	560
Publikationen:		
Bund		
„INTERIM“, Berlin		(erscheint wöchentlich)
„radikal“		(erscheint unregelmäßig)
Niedersachsen		
„RAZZ“, Hannover		(erscheint monatlich)
„EinSatz“, Göttingen		(erscheint monatlich)
„göttinger Drucksache“, Göttingen		(erscheint wöchentlich)
„Alhambra-Zeitung“, Oldenburg		(erscheint monatlich)

Das gewaltbereite linksextremistische Spektrum in der Bundesrepublik Deutschland besteht ganz überwiegend aus den anarchistisch oder anarcho-kommunistisch orientierten Autonomen. Auf ihr Konto gingen auch 1996 wieder die meisten der tatsächlich oder mutmaßlich linksextremistisch motivierten Gewalttaten. Rund 7.000 Personen (1995: 6.000) werden ihnen bundesweit zugerechnet. In Niedersachsen sind sie in allen größeren Städten vertreten, unter ihnen besitzt die Göttinger Autonome Antifa (M) noch immer eine bundesweite Bedeutung.



Autonome verfügen nicht über ein einheitliches ideologisches Konzept. Sie folgen anarchistischen, bisweilen auch kommunistischen Vorstellungen. Ihre Forderungen zielen in der Regel nicht auf Veränderungen zum Nutzen der Gesellschaft insgesamt, sondern auf die eigene, selbständige („autonome“) Entfaltung der Persönlichkeit. Selbstbestimmtes Leben beschreiben Autonome u. a. als Freiheit von Lohnarbeit, von sozialen Zwängen und Rücksichtnahme. Einigendes Band aller Autonomen ist der Haß auf Staat und Gesellschaft und ihre Bereitschaft, Gewalt bei der Bekämpfung angeblicher repressiver Strukturen anzuwenden.

Die Göttinger Gruppierung „Autonome Antifa (M)“ veröffentlichte im Oktober 1995 ein Flugblatt, dessen Text inzwischen auch ins Internet eingestellt worden ist, mit dem Titel „Was ist autonomer Antifaschismus?! – Zur Geschichte einer Bewegung und ihren politischen Inhalten“. Darin heißt es u. a.: Seit Ende der 70er Jahre habe sich eine autonome Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland herausgebildet. In ihr habe sich zunächst das radikale, aktivistische Potential aus den zerfallenden kommunistischen Organisationen der „Neuen Linken“, aus dem Widerstand gegen Großprojekte wie

Atomkraftwerke und aus politisierten Jugendlichen der Null-Bock-Generation gesammelt. In der Masse von jugendlichen Aktivisten getragen, seien Autonome in revolutionärer Geschwindigkeit zu einer breiten Bewegung geworden:

„Ab 1980 entstanden überall in der BRD Gruppen und Zirkel ohne festgelegtes Konzept, ohne einheitlichen ideologischen Überbau, einig jedoch in der radikalen Ablehnung des imperialistischen Systems und entschlossen zum Kampf gegen die herrschende Ordnung. (...) Ob in der Anti-AKW-Bewegung oder im Häuserkampf, die Konfrontation mit der Staatsmacht blieb unausweichlich. Der Schwarze Block und militante Auseinandersetzungen, vor allem mit der Polizei, wurden prägend für Demonstrationen und das öffentliche Bild von den Autonomen. Militanz als politisches Mittel gehörte zum autonomen Selbstverständnis wie die Ablehnung hierarchischer Strukturen.“

Ab Mitte der 80er Jahre sei die autonome Bewegung zusehends zerfallen. Atomkraftwerke, andere Großprojekte und die „NATO-Aufrüstung“ seien trotz heftigen Widerstandes mit polizeistaatlichen Mitteln durchgesetzt, die besetzten Zentren und Häuser geräumt oder mit Nutzungsverträgen „eingekauft“ worden. In dieser Situation sei das Fehlen verbindlicher Strukturen, die grundlegend seien für Aktionsfähigkeit und die Entwicklung weitergehender Perspektiven, auf die Autonomen zurückgefallen.

Eine Renaissance, so heißt es weiter, habe die autonome Bewegung in der Übergangsphase zwischen Auflösung und Anschluß der DDR an die BRD erlebt. Die Hausbesetzerbewegung sei kurzfristig wiederaufgelebt, die Gegenwehr gegen den sich formierenden Neofaschismus habe überall autonome

Gruppen entstehen lassen. Parallel dazu hätten autonome Antifaschisten begonnen, neue politische Konzepte zu entwickeln, um einen Ausweg aus dem vorherrschenden „puren Aktionismus“ zu finden. Die von vielen autonomen Zusammenschlüssen lange Zeit verfolgte Politik der gesellschaftlichen Freiräume oder Nischen, die über besetzte Häuser oder Zentren erkämpft werden sollten, sei verworfen worden. In dieser Situation habe die „Autonome Antifa (M)“ eine „Organisierungsdebatte“ begonnen. Wesentliches Ergebnis sei die im Sommer 1992 in Wuppertal ins Leben gerufene „Antifaschistische Aktion / Bundesweite Organisation“ (AA/BO).

Diesem Zusammenschluß gehörten Ende 1996 noch zehn Gruppen aus acht Städten an. Gegenüber 1995, als noch ein Zuwachs festgestellt worden war, zeigten sich 1996 aber eher Abwanderungstendenzen, die zum Teil mit massiver Kritik an dem Organisationsansatz der „AA/BO“ einhergingen. So begründete beispielsweise die Berliner Gruppierung „F.e.I.S.“ („Für eine linke Strömung“) ihren Austritt aus der „AA/BO“ damit, daß dort keine inhaltlichen Diskussionen mehr stattfänden. Der Zusammenschluß sei zu stark fixiert auf das Thema Antifaschismus, der „Schwarze Block“ lediglich eine „sinnentleerte Weiterführung des autonomen Militanzfetisch“.

In einem Interview mit der Göttinger Zeitschrift „Charakter“ betonte



**Hoch die internationale Solidarität!
Solidarität mit der PKK, ERNK, ARGK!
Offene Grenzen und Bleiberecht für alle!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Krieg dem imperialistischen Krieg!**

Kampagne Philipp Müller

Antifaschistisches Plenum &
Jugend Antifa Aktion (JAA)

organisiert in der



ein führendes Mitglied der „Autonomen Antifa (M)“ im November 1995, der „Schwarze Block“ sei ein herausstechendes Merkmal der „Politik“ der „Autonomen Antifa (M)“:

*„Bei Demonstrationen gegen Nazi-Treffen soll er eine entschlossene militante Kraft symbolisieren, die das Treiben der Faschisten nicht einfach so hinnehmen wird. Darüber hinaus erfüllt er die Funktion, eventuellen Angriffen von Faschisten und Angriffen der Polizei nicht schutzlos ausgeliefert zu sein. Zum anderen soll durch den gesamten Demonstrationenaufbau klar werden, daß die verschiedenen Teile des antifaschistischen Spektrums zusammenwirken. Was auch die Akzeptanz des militanten Widerstandes bedeutet, den der Schwarze Block symbolisiert. (. . .)
Wir sagen, Militanz ist – neben einer ganzen Reihe von anderen – ein politisches Mittel unserer Politik“.*

Im August bekräftigte ein Vertreter der „Autonomen Antifa (M)“, daß der „Schwarze Block“ als

„. . . Symbol für radikale Gruppierungen steht, für militanten Antifaschismus. Politik, die das Gewaltmonopol des Staates nicht anerkennt.“

Weiter führte er aus:

„Linke und AntifaschistInnen haben viele Mittel der Auseinandersetzung, Militanz ist eines von vielen. Darüber hinaus ist Militanz kein blindes Umsichschlagen, sondern richtet sich gegen VerursacherInnen von Unter-

drückung und ihre Strukturen. Also entweder gegen FaschistInnen, deren Strukturen oder gegen staatliche und wirtschaftliche Einrichtungen, die verantwortlich sind für Völkermord, Kriegseinsätze, Waffenlieferungen, Abschiebungen oder den Bau von Atomkraftwerken.“

(Aus einem Interview mit einem Vertreter der „Autonomen Antifa (M)“, erschienen im „Antifa Jugendinfo – Passau“, ca. August 1996)

Zur Frage der Gewalt bei der Bekämpfung dieses „imperialistischen Systems“ gibt es unterschiedliche Aussagen, es überwiegen jedoch eindeutig gewaltbejahende Positionen:

„Wir denken, daß militante Aktionen ein notwendiges Mittel sind, um in diesem Staat grundsätzliche Veränderungen zu erkämpfen. Mehr noch, die Bereitschaft zu militanter Aktion ist Voraussetzung, die eigene Würde zu wahren. Mit militanter Aktion meinen wir aber nicht nur die zerstörende Sabotage, sondern jede Handlung, der eine entschiedene systemablehnende und zugleich menschliche Haltung zugrunde liegt.“

(Aus einem „Kommuniqué autonomer Gruppen – Für einen lebendigen und militanten Widerstand gegen den Castor im Wendland ...“, erschienen in der „INTERIM“ Nr. 392 vom 11. 10. 1996)

Kommunikationsnetze

Linksextremisten aller Richtungen, darunter besonders Anhänger der autonomen / antiimperialistischen Szene, nutzen verstärkt Mailboxen, um die Kommunikation und den Organisationsprozeß in der Szene voranzubringen. Der Zugang zu den Nachrichten ist hierarchisch geregelt. Den Mailboxbetreibern nicht näher bekannte Per-

sonen können nur eingeschränkt als „Gast“ Nachrichten lesen. Weitere Zugangsmöglichkeiten hängen insbesondere vom Grad der aktiven Mitarbeit in politischen Gruppen ab und sind zusätzlich mit Paß-Wörtern gesichert. Außerdem werden immer häufiger Verschlüsselungsprogramme angewendet.

Weitere Kommunikationsmöglichkeiten nutzen Autonome über Szenenzeitschriften mit bundesweiter (z.B. „INTERIM“, Berlin) oder regionaler (z.B. „RAZZ“, Hannover) Verbreitung. Darüber hinaus gibt es Info-Telefone, mit denen aktuelle Informationen schnell übermittelt werden und zu spontanen Aktionen und Demonstrationen mobilisiert wird. In Niedersachsen hatte das Delmenhorster Info-Telefon bundesweite Bedeutung; es hat allerdings seit einiger Zeit seinen Betrieb eingestellt. In Hannover gibt es in einem Jugendzentrum das „Info-Telefon Kornstraße“.

Autonome Info-Läden erfüllen als „Netzknoten“ vielfältige Funktionen. Sie sind Anlauf- und Kontaktstellen für Personen des autonomen Spektrums. Die Läden spielen auch bei Planung und Vorbereitung von Aktionen und Demonstrationen eine wichtige Rolle. Autonome Info-Läden werden bevorzugt in Räumlichkeiten eingerichtet, die neben einem Verkaufslokal auch Platz für Treffen und Versammlungen der Szene und sonstiger Gruppen bieten. Die Verkaufs- und Versammlungsstätten werden in der Regel von einer aus der Szene zusammengesetzten

Dezember 96 Nr 85

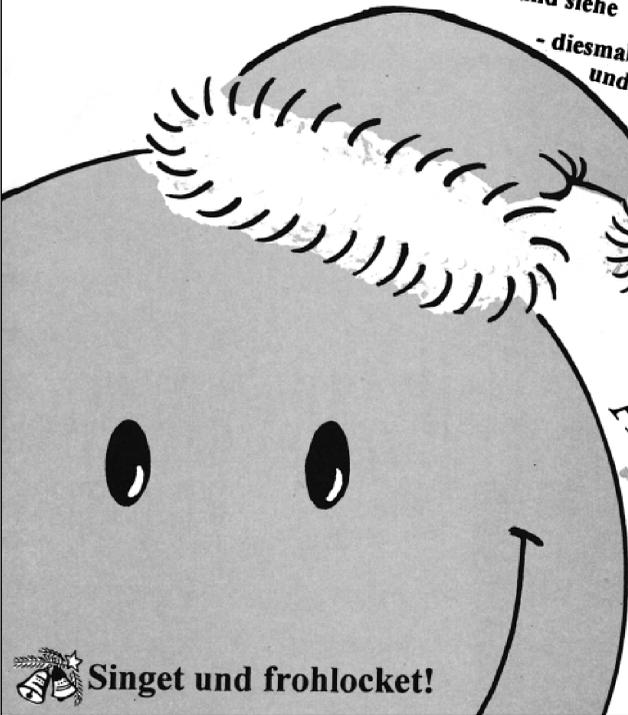


Zeitung für ein radikales Hannover

KAZZ

... und es begab sich zu der Zeit, da die Nächte länger und kälter wurden, im Lande die Wohnungen teurer und der Armut mehr und mehr, da er fürchtete der Gürtel nicht enger geschnallt sondern gleich miteingespart wurde, da erschien der Stern der Erleuchtung über der Stadt und der eilige Geist der Vernunft - er hatte es so eilig, kam über die Landesregierung wieder einmal zu spät zu kommen - kam über unsäglich bedrückenden Veranstaltung, die da Weltausstellung genannt ward, verantwortungsloser Unsinn wäre und sie faßte sich an den Kopf und siehe ein Wunder geschah - diesmal war es nicht vergebens und sie hub an zu verkünden die frohe Botschaft:

**EXPO
ABGESAGT**



Singet und frohlocket!

„Laden-Gruppe“ geleitet. Beispielhaft sind das Unabhängige Jugendzentrum Kornstraße in Hannover und der Buchladen Rote Straße in Göttingen zu nennen.

Verfahren gegen die „Autonome Antifa (M)“

Vor der 1. großen Strafkammer des Landgerichts Lüneburg war 1996 ein Verfahren gegen 17 mutmaßliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M) wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und anderer Straftaten anhängig. Dieses Verfahren wurde gegen Auflagen am 12. 07. vorläufig und am 16. 09. von der Strafkammer des Landgerichts Lüneburg mit der Zustimmung der Generalstaatsanwaltschaft in Celle endgültig eingestellt. Jeder Angeklagte zahlte eine Geldauflage von 3.000 DM (Gesamtsumme: 51.000 DM) zugunsten der KZ-Gedenkstätte „Mittelbau Dora“ in Nordhausen. Die endgültige Einstellung erfolgte, nachdem die Angeklagten erklärt hatten, die Bestimmungen des Versammlungsrechts zukünftig zu „berücksichtigen“. Die Strafkammer hat diese Formulierung i.S. der ursprünglich geforderten Erklärung verstanden, daß die Angeklagten diese Vorschriften künftig beachten und einhalten werden.

In ihrer Agitation machte sich die „Autonome Antifa (M)“ die mögliche „Interpretationsbreite“ des Wortes „berücksichtigen“ zunutze. Die Zeitschrift „EinSatz“, ein Sprachrohr der Gruppe, bezeichnete die Lüneburger Richter als „Gesetzesmarionetten“. Zur Illustration der Interpretation des Wortes „berücksichtigen“ veröffentlichte sie u.a.

- das Bild eines „Schwarzen Blockes“ mit dem Zusatz: *Hier wurde das Versammlungsgesetz „berücksichtigt“,*

- das Bild des von einem RAF-Kommando gesprengten Neubaus der JVA Weiterstadt mit dem Zusatz: *Hier wurde das Sprengstoffgesetz „berücksichtigt“,*
- das Bild einer Gruppe z.T. vermummter Gewalttäter, die ein Polizeifahrzeug umstürzen, mit dem Zusatz: *DemonstrantInnen „berücksichtigen“ die Straßenverkehrsordnung.*

Bemerkenswert war auch die Prozeßvorbereitung der „AA(M)“, die im Bemühen, die Einstellung des Verfahrens zu erreichen, sowohl auf massive Öffentlichkeitsarbeit als auch auf bündnispolitische Bemühungen bis ins bürgerliche Spektrum setzte. Vertreter der „AA(M)“ betonen, daß eine Öffentlichkeit notwendig sei, „die über die linksradikale Szene hinausgeht“. Man müsse versuchen, „die Öffentlichkeit immer wieder als Druckmittel oder gar Kontrolle zu benutzen“. Erfolgreicher Ausdruck dieser Strategie war die überregionale Veröffentlichung der „Göttinger Resolution zur Unterstützung der 17 Angeklagten im Verfahren gegen die Autonome Antifa (M)“.

Insgesamt läßt sich nach der Verfahrenseinstellung bisher eine positive Reaktion auf die deutlich gewordene Wahrnehmung des gesetzlichen Auftrages von Staatsanwaltschaft und Polizei zur Strafverfolgung festzustellen.

Vergleicht man z.B. die Internetseiten der AA (M) der Jahre 1996 und 1997, so fällt in der aktuellen Ausgabe die Betonung des „legalen“ Konzeptes auf:

Die Autonome Antifa (M) gründete sich 1990 aus der niedergehenden Autonomen Bewegung mit einem

EinSatz!

Zeitung für autonome Politik · Göttingen · Mai '96

Gericht und GSA bieten Einstellung des Verfahrens an

Autonome Antifa (M) lehnt Distanzierung ab



Göttingen/Edersheim. Nachdem in den letzten Monaten die Staatschutzkammer am Landgericht Lüneburg ihren Dienst damit verrichtet hat, die umfangreichen Vernehmungen im Prozess gegen die Autonome Antifa (M) zu treffen, ist nach den Entscheidungen im letzten Jahr durch das Oberlandesgericht Celle und den Berufungsgericht jetzt wieder Bewegung in das Verfahren gekommen. Offensichtlich suchen sowohl die Staatskammer als auch die Generalstaatsanwaltschaft (GSA) Celle einen Weg, um den Prozess tatsächlich nach abzuwenden, ohne daß sie dabei ihr Gesicht verlieren.

Denn das Verfahren soll nach dem Willen des Gerichts und der GSA unter erheblichen Auflagen und Bedingungen eingestellt werden. Voraussetzung gemäß dem Verstoß des Gerichts ist allerdings, daß jeder und jede einzelne Angeklagte ein Schuldeingeständnis im Sinne der Anklageschrift abgibt. Außerdem sollen sich die Angeklagten von der Politik der Autonomen Antifa (M) distanzieren – insbe-

sondere vom schwarzen Block – und für die Zukunft „Besserung“ gebeten. In einer vom Gericht vorbereiteten Erklärung, die die Angeklagten unterschreiben sollen, heißt es: „Jede ich habe als Angehöriger der Autonomen Antifablocke (M) an einem Teil dieser Demonstrationen teilgenommen. Weiter angegeben.“ Und weiter: „Ich erkläre daher, in Zukunft keine strafbaren Handlungen zu begehen.“ So sollen die Angeklagten der Öffentlichkeit als reinge Kriminelle vorgeführt werden können.

Denn die Höhe der Geldstrafe als einer weiteren Bedingung für die Einstellung bestehen zwischen Gericht und GSA Differenzen. Während das Gericht jetzt von 2000- bis 3000,- DM pro Angeklagten, zahlbar für die geschichtsrevisionistische Umgestaltung der Göttinger Biederwald, spricht, fordert die GSA Celle insgesamt 100.000,- DM. Als quasi zusätzliche finanzielle Strafe soll auf die Herabsetzung der bei den Hausdurchsuchungen vom 5. und 6. Juli 1994 beschlagnahmten Gegenstände zugunsten des Landesministeriums verpackt werden. Darüber befinden sich Computeranlagen im Wert von mehreren zehntausend DM.

Welche Ziele die staatlichen Stellen mit diesem „Angebot“ verfolgen wird deutlich, wenn man die Aussagen der GSA betrachtet. Die kann sich auch bei einer Auflösung der Autonomen Antifa (M) eine Einstellung des Verfahrens vorstellen. Grundlage einer solchen Einstellung wäre der § 153a der Strafprozessordnung.

„Angebot“ abgelehnt

Das „Angebot“ vom Gericht und Generalstaatsanwaltschaft wird von der Autonomen Antifa (M) zurückgewiesen. Eine Distanzierung von der strafrechtlichen antisemitischen Politik der Staatsmacht wird von der Autonomen Antifa (M) abgelehnt“, heißt es in einer Prozessklärung der Gruppe. Nach ihrer Einschätzung sollen durch die ungewöhnlich hoch angesetzten Rahmenbedingungen des Prozesses – drei Gerichtstage pro Woche, stundenlange Anhörungszeiten, 120 Verhandlungstermine im ersten Jahr – die Angeklagten demoralisiert unter Druck gesetzt werden, daß sie bereit sind, ihre politische Geschichte zu verlegen. Das Vorgehen des Gerichts erinnert die Autonome Antifa (M) an die Agitprop-

- Untersuchung verhindert - Verfahren wegen Minderjährige eingestuft
- Die Kunst geht weiter - 10 Jahre Kunst und Kampf
- Atomkraftgegnerinnen stellen sich quer - Castel Transport
- Der 1. Mai lebt - 70 Jahre Revolutionären 1. Mai Berlin
- Polizei setzt sich ein - Berufungsschlichtung



Unentschieden?

„Am Zwickel und Zwickel“ sollen schließlich abgegrenzt zur Klare gebracht werden, bei denen die herkömmlichen Merkmale staatlicher Disziplinierung scheitern. Das bezieht sich auf die verschiedenen Abglieder der Autonomen Antifa (M). Denn nur „Zwickel“ kann auf sich gepöbeln werden.

Einer der mit dem Hintergrund der Expansion, über diese Defizite aber nicht gebildet werden sollte, nicht ergründet werden. Allen Likelihood zum Trotz ist bis jetzt das Ziel der staatlichen Organe gewesen, eine funktionale politische Linie zu entwickeln, um sich mit der Antifa (M) in Göttingen einzuordnen. Definitiv soll niemand erzwungen oder terrorisiert werden; aber Antifasisten sollten zur Analyse nicht. Es sind neben der Form auch die Aussagen der Politik dieser Gruppe, die dem im Auge des Staatschutzes sind. Das aber die Konfrontation mit der Sprache bildet, ist so lange selbstverständlich, als Staat und Politik in diesem Format existieren und gesellschaftlich relevanten Auseinandersetzungen nur auf der Ebene des Öffentlichen, also des Staats, zulassen.

In Göttingen waren es ganz spezifische Dispositionen, die hier nicht noch einmal erwähnt werden, die aber diese Verfahren Vorgängen mit anderen Prozessen, insbesondere gegen PartikularistenInnen oder gegen illegale langjährige Gruppen, unterscheiden.

Genau diese in den letzten 7 Jahren entstandenen besonderen Situation bedingt auch, daß die Karten jetzt gut gemischt sind, der Ausgang des Verfahrens ungewiss bleibt.

Es ist ein Zeichen der Schwäche, wenn jetzt die Staatschutzkammer die Einstellung „lehnt“ und sich tatsächlich bezüglich der gebildeten +7



von Göttingen, 27.97

legal angelegten Konzept. Von Beginn an war ein zentrales Mittel ihrer Politik die Öffentlichkeitsarbeit, d.h. auf der einen Seite öffentlich für alle Personen ansprechbar zu sein und auf der anderen Seite die Möglichkeiten antikapitalistische und antifaschistische Positionen auch über die hiesigen Medien in die gesellschaftliche Diskussion zu bringen, zu nutzen. Sie versucht darüber hinaus mit Bündisdemonstrationen, AgitProp-Aktionen und politischen sowie kulturellen Veranstaltungen breite interessierte Kreise in der Bevölkerung zu erreichen“.

Ein weiteres Element der Bündnisarbeit war die – erfolglose – Kandidatur einiger Angeklagter bei der Kommunalwahl 1996 auf den Listen der „Linken Liste Göttingen“ (LLG) und der „Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)/Linke Liste (LL)“. Dazu heißt es in einer Presseerklärung von „LLG“ und „PDS/LL“:

„Nach einhelliger Meinung beider Wahlkreisversammlungen stellt dies nicht nur einen konkreten Beitrag zur Solidarität in diesem politischen Verfahren dar, sondern verdeutlicht auch die antifaschistische Haltung der Kandidaturen.“

Die AA(M) sieht sich „weiterhin der Bekämpfung der Wurzeln des Faschismus verpflichtet“. Sie werde auch in Zukunft „adäquate Mittel in der politischen Auseinandersetzung anwenden“. Daß sie tatsächlich weiterhin handlungsfähig ist, bewies die AA(M) mit der Demonstration am 2. Oktober in Göttingen unter dem Motto „Kapitalismus abschaffen! Zusammen kämpfen gegen Polizeistaat und Sozialabbau!“. Zu dieser „Agitprop-Aktion“ kamen 750 Personen, überwiegend Autonome, zusammen. Im Gegensatz zu den Vorjahren, bei denen es teilweise zu erheblichen Ausschreitungen

gekommen war, verlief diese Demonstration allerdings friedlich.

Der Neubau eines Polizeidienstgebäudes in Göttingen wurde von Autonomen ebenfalls thematisiert. Am 13. September wurde die Grundsteinlegung von einem Aufzug Autonome begleitet. Am 7. Dezember kam es zu Anschlägen gegen Firmen, die an dem Bau des Gebäudes beteiligt sind. In der Tatbekennung einer „Autonomen Gruppe, AG ‘Einstürzende Neubauten’“ wurde geschrieben:

„Göttingen, Bullenstadt, wir haben Dich zum Kotzen satt!

Während in immer mehr sozialen Bereichen bis zum finanziellen Ausgekürzt wird, ist für eine neue Bullenwache ... genug Geld da.

Während die Stadt und das Land lamentieren, mehr Bullen bedeuten mehr Sicherheit, geht es doch nur um verstärkte Repression, um Göttingen ‘ruhig und sauber’ halten zu können. . . .

EXPO angreifen, Staat abschaffen.

Das war nicht alle Tage, wir kommen wieder – keine Frage.“

Ein Satz!

Zeitung für autonome Politik · Göttingen · Januar '97

17

Nach den Anschlägen auf ein Bau beteiligte Firmen

Polizeibau findet weiterstadt



Göttingen. Es herrscht ungebetene Besatzung auf Göttingens größter Baustelle. Tagelöhner und Freiberger sind zahlreich versammelt, und auch das Göttinger Tagelöhnerkollektiv ist schon zu berichten, daß 3.000 Tonnen Beton im Boden versenkt wurden. Nachts erhebt großes Licht die Betonarbeiten an Fundament und den weitläufigen Unterkellernagen der neuen Polizeikaserne an der Groner Landstraße. Doch nicht nur auf der Baustelle tut sich einiges, auch um das Gelände herum wird gearbeitet. Besondere des Zivilen Streifenkommandos (ZSK) lagern sich regelmäßig auf die Lärmschutzwälle an, um alle diejenigen zu kontrollieren, die sich zu nahe an dem Baureis herumwagen. Begründung für die polizeiliche Massnahmen: „Die Ereignisse der letzten Zeit“.

Denn es hat gekracht, und scheint interessant zu doch, aus welchem Grund über 37 Millionen Deutsche Mark an der Ibringebau verschwunden worden seien. In der Nacht vom 6. zum 7. November letzten Jahres wurde an vier Orten zeitgleich ungeschilderte lokale Demonstrationen des Betonstreifenkommandos auf Seite 2).

Die Anschlagserie, zu der sich das autonome Kommando AG Eisenstraße/Neubaustrasse in Verbindung gebracht, waren die seit einigen Jahren ersten radikalen Aktionen in Göttingen. Unsozialistischer war, daß es anfangs keinerlei Berichterstattung über die Anschläge in den bürgerlichen Medien gab. In einem Interview Wochen später sollen der Göttinger Polizeichef Klaus Müde zu den Anschlügen Stellung: „Sollt die von uns, selbst und keiner sonst“ hören“, habe die Demo-Op am 8. Dezember. Doch „Lernen soll's können“ sollte es wohl eher heißen. So Müde im Interview: „Mit und I“ nicht interessiert, sollte Verfalls an die große Glocke zu

klagen sind die Täter noch eine Fiktion zu hören“. Denn die Inhalte und Kritikpunkte die über eine Flaklinie via bürgerliche Medien zur Veröffentlichung gelangen könnten, geben als alles andere als populär. Wo es zu recht fertigen gibt, daß angesichts fallender Absätze im Landeshaushalt eine gigantische Summe in einen Polizeibau fließen soll, stellt sich via Erklärungsanstand ein. Das Bauverfahren kann dann auch als eine Antwort auf die ökonomische Krise und die politische Entwicklung für Göttingen angesehen werden. In dem Maße, in dem der Sozialstaat abgebaut wird, werden und kulturellen Initiativen und Einrichtungen öffentliche Gelder gestrichen werden, wird der Polizeibau aufgeführt. Während bei den Anschlägen, Arsen, Kanaken und Pfingstbärtigen der Botschaft angepasst wird, werden die Polizeibauwerke der Lärmschutzwälle und des Baureis eingeleitet. Der Polizeibau rückt immer mehr ins Zentrum der Konfliktbewältigungen die Ökonomie vorstößt die Politik. Müde beklagt dies auch, nicht zuletzt angesichts seiner sozialdemokratisch geprägten Haltung, die heutige Funktion und Rolle der Polizei: „Wir sind die Fremden, egal ob sie sich an polizeiliche oder soziale Probleme knüpfen“.

Der alte Erdkrümmungsstand führt außerdem dazu, daß für Verhältnisse geschaffen werden muß. Denn man hat das gegliedert: „Als ich Maßnahme, die sich gegen die haben, bringen sie nur einander, sind die Beteiligten auf allen Seiten. Unmöglich dafür aufzugeben.“ So werden auch öffentlich Fehler eingestanden, um der unter reinen Kriminalitätsangelegenheiten, vorwiegend Ruhe in der Stadt eine schichtbarer Kriminalität anzuschließen. Auch die Pö-

11.11.11 - Abschlusstag
Gebt acht
Eure Stimme!

ANTIFASCHISTISCHE
LISTE
Liste 8



Veranstaltung zum Lübecker Prozeß

Lübeck/Göttingen. Der Geschichtsverein in dem Lübecker Flüchtlingsheim im Januar 1996, als bei einem Brand 10 Menschen starben, werden öffentlich vor Gericht „aufgeklärt“, werden öffentlich nach laufendem Prozeß gegen den angeblichen Brandstifter und ehemaligen Bewohner des Hauses Selver. Es gibt sich die Staatsanwaltschaft und das Gericht die Mühe, den Verlesenen gegenüber Währungsbindung zu führen. Siehe auch Interview mit Verteidigerin Barbara Klauter in **Ein Satz!** Nr. 16)

Die Fehler der Ermittlungen sind nicht wiederholenswert, so daß auch bei einem Teilpublikum abzuwarten ist, daß die Brandstifter im Ungewissen bleiben wird. Im öffentlichen Gedächtnis wird sich jedoch festsetzen, daß möglicherweise eine der Opfer selbst der Täter war. Das allgemeine unterschwellige Aufsehen nach der Präsentation des Täters über seine Bestrafung gefunden eine ethische Katastrophe, die aber nicht Deutschland, nicht deutschen Tätern an Leid fällt.

Die ständigen abgeklungene Erprobung und angeregten Geschwindigkeit gegenüber dem internationalen Faschismus der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts zeigt sich auch in der Reaktion auf einen Brandanschlag am 23.

Dezember auf ein Überwiegend von Flüchtlingen bewohntes Haus in Kiel. Obwohl selbst die Polizei „autonome politische“ in Kontakt



Demonstration der autonomen politischen Polizei

Linksextremistische Bestrebungen gegen den Castor-Transport

Am Rande des friedlichen, legitimen Protestes gegen die Castor-Transporte nach Gorleben haben auch gewalttätige Linksextremisten seit geraumer Zeit gegen den Transport abgebrannter Brennelemente in das Zwischenlager mobilisiert. Diese sehen in ihrer Beteiligung an der Kampagne einen geeigneten Ansatzpunkt für ihre eigenständigen verfassungsfeindlichen Ziele.

In der Agitation anarchistischer, insbesondere autonomer Gruppierungen ist die zivile Nutzung der Kernenergie Ausdruck einer bestimmten Staatsraison – eines staatlichen Systems, das einzig darauf aus sei, Menschen zu beherrschen und auszubeuten.

Diese Linksextremisten sprechen daher u.a. vom Kampf gegen den „Atomstaat“ und das „Atomprogramm“. Wenn es gelinge, Teile des „Atomprogramms“ zu verhindern, sei – so verkünden sie – ein Schritt zur Zerschlagung „des Systems“ getan, ein Schritt auf dem Weg zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft.

Im Zusammenhang mit dem Anfang Mai 1996 durchgeführten Castor-Transport hat es wieder zahlreiche Gewaltaktionen von Linksextremisten gegeben – nach Gefährlichkeit und Höhe der Sachschäden – gravierender als bei dem Castor-Transport 1995. Bahn-schwellen wurden durchgesägt, Gleiskörper unterhöhlt, Signalkabel durchtrennt und Oberleitungen mit Wurfankern zerstört; zwei Sprengstoffanschläge wurden verübt.

Da Rücktransporte aus ausländischen Aufbereitungsanlagen nach Gorleben auf Jahre hinaus geplant sind, hat sich die Kampagne gegen Castor-Transporte zu einem ständigen Thema entwickelt.

Linksextremistische Atomkraftgegner streben verstärkt eine räumliche Ausweitung und Intensivierung ihrer militanten Aktionen an. Ihr taktisches Ziel ist es, den finanziellen Aufwand für Schutz- und Sicherungsmaßnahmen bei der Durchführung von Castor-Transporten in eine wirtschaftlich nicht mehr vertretbare Höhe zu treiben, die letztlich politisch nicht zu rechtfertigen wäre. Die verantwortlichen Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft sollen genötigt werden, aus der Atomtechnologie auszusteigen.

Regionaler Aktionsschwerpunkt ist seit dem ersten Castor-Transport am 24./25. April 1995 das Wendland. An den Aktionen beteiligen sich sowohl in der Region lebende als auch zugereiste Personen und Gruppen.

Wenn auch das Zwischenlager in Gorleben mittlerweile einen besonderen „Stellenwert“ im „Anti-AKW-Kampf“ einnimmt, bedeutet dies nicht, daß sich Aktionen vornehmlich oder gar ausschließlich gegen dieses Lager richten bzw. in dieser Region verübt werden. Vielmehr gehen militante Atomkraftgegner bundesweit gegen eine Vielzahl unterschiedlicher Zielobjekte vor; dazu zählen insbesondere

- die Standorte von Atomkraftwerken,
- die Standorte von Zwischen- oder Endlagern für nukleare Brennelemente,
- die Verkehrswege zwischen Atomkraftwerken und Zwischen- oder Endlagern.

SCHAFFT ZWEI, DREI, VIELE GORLEBEN !

Es gilt, den Castor im Vorfeld zu verhindern! Darum ist es notwendig, den erforderlichen Aktivitäten der nächsten Wochen und Monate eine gemeinsame Richtung zu geben. Dann die Vielfalt und Breite der Bewegung kann sich nicht allein auf Aktionen gründen, die lediglich von einzelnen Strömungen oder Kleingruppen getragen werden. Es bedarf eines gemeinsamen Zieles: Dies sehen wir in der Bahnstrecke Uelzen-Dahlemburg. Diese Strecke, über die ja die beiden ersten Transporte ins Wendland gelangten, ist zwischenzeitlich für jedweden Zugverkehr stillgelegt. Damit ist eine Situation gegeben, wie sie auch auf den letzten Metern vor dem Verladekran gegeben ist: Die Gleise dienen nur noch zum möglichen Transport von Atommüll. Folglich ist es nur konsequent, den Aktionsradius auf die gesamte Strecke auszudehnen. Das Ziel dieser gemeinsamen Aktivitäten besteht in einer Aneignung der Strecke. Diese kann auf sehr unterschiedliche Art und Weise erfolgen. Von regelmäßigen Bahnspaziergängen über die Umnutzung des Gleiskörpers bis hin zu dessen völliger Demontage kann die Palette reichen. Öffentliches Zersägen der Gleise kann hier genauso erfolgen wie das teilweise schon erfolgte nächtliche. Keine Bahn zum Castor-Kran heißt an dieser Stelle, daß die Strecke für den nächsten Transport nicht zur Verfügung steht und kurzfristig dafür auch nicht wieder hergerichtet werden kann. Hier kann also praktisch demonstriert werden, daß die Bewegung sich nicht spalten läßt und nach wie vor zum gemeinsamen, zielgerichteten Handeln bereit und in der Lage ist.

Doch es gilt auch, daß sich die Anti-AKW-Bewegung im Abwehrkampf gegen den Castor nicht erschöpft. Es wird zunehmend dringender darüber hinausgehende Impulse zu setzen, ohne die bisherigen Orientierungen aufzugeben. Angriffe auf die Bahn oder andere vom Atomgeschäft profitierenden Firmen können auch im Zusammenhang mit anderen Transporten erfolgen. Überdies sollten alle anderen Atomtransporte unsere verstärkte Aufmerksamkeit finden. Denn sie stellen den Lebensnerv dieser menschenverachtenden Technologie dar. Ohne sie wäre keine einzige Atomanlage in Betrieb. Darum rufen wir dazu auf, wo immer es möglich ist, diese ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren und mit den bewährten Mitteln, in dem von uns anerkannten Rahmen, keine Menschen zu gefährden, anzugreifen. Wir halten es dabei für unerheblich, ob es sich dabei um Transporte von Uranerz, -hexafluorid, unbestrahlten Brennelementen oder um sog. Castor-Transporte handelt. Genausowenig spielt dabei eine Rolle ob es sich um nationale oder internationale, um Transporte von oder zu einer bestimmten Atomanlage handelt. Wenn Staat und Atomwirtschaft nicht mehr wissen, ob es besser ist diesen oder jenen Transport zu schützen, dann wird dies auch konkrete Auswirkungen auf den Standort Gorleben haben. Hier ist ein Kristallisationspunkt, diesen sollten wir nutzen, nicht um hier die unmögliche Entscheidungsschlacht gegen die Nutzung der Atomenergie zu schlagen, sondern um uns von hier aus auf den Weg zu machen...Schritt für Schritt ins Paradies!...



AGIERT UND AGIERT !

**UND NICHT VERGESSEN !!!
DEMONSTRIEREN
BLOCKIEREN
SABOTIEREN**

gez.: Untergrundamt und Verkehrsausschuß
der Freien Republik Wendland
Gorleben im Dezember 1996

In Betracht kommen auch militante Aktionen gegen Firmen bzw. Institutionen, die Atomkraftwerke herstellen (z.B. Fa. Siemens), betreiben oder im Bereich Atomforschung/-technologie wirtschaftlich aktiv sind.

Ein sich selbst als „Ökolinker“ bezeichnender Linksextremist beschreibt in einem Beitrag unter der Überschrift „CASTOR-NIX – Was heißt das nun alles für linksradikalen, antikapitalistischen Widerstand?“ („INTERIM“, Nr. 386 vom 23. August) die Atomenergie als „Teil des patriarchalisch-kapitalistischen Systems“, das nur durch den „Prozeß der Sozialen Revolution“ zu beseitigen sei. Der „Anti-AKW-Kampf“ müsse in den Zusammenhang eines „generellen revolutionären Kampfes gesetzt werden“. Die gesamte „Struktur des Atomprogramms“ müsse zum „Angriffspunkt“ gemacht werden. Die „Atommafia“ sei überall präsent und somit auch angreifbar. Als mögliche Aktionsform wird vom Verfasser eine Anti-„Siemens-Kampagne“ vorgeschlagen:

„Wie wäre es z.B. mit einer ‘Zerschlagen wir Siemens’-Kampagne statt einem ‘Siemens-Boycott’? . . . mit dementsprechenden militanten Aktionen. Generell sind die Firmen ausfindig zu machen, die HandlangerInnen des Atomkapitals, etc. (sind). Ideen und Phantasie haben wir genug.“

Zwischen Februar und Mai führte die Gruppe „Hau weg den Scheiss“ mehrere Anschläge gegen Strommasten in Brandenburg durch. Es entstand jeweils erheblicher Sachschaden. In der Szeneschrift „INTERIM“ (Nr. 375 vom 9. Mai) veröffentlichte die Gruppe eine Taterklärung. Danach seien in den letzten Wochen an mehreren Strommasten insgesamt 72 Schrauben entfernt worden. Die Täter kündigten an:

*„1000 Schrauben werden knallen
100 Masten werden fallen . . . bis es
keine Atomkraft mehr wird geben.“*

Am 20. Februar beschädigten unbekannte Täter durch Wurfanker die Oberleitungen der Bahnstrecken

- Magdeburg – Berlin,
- Stralsund – Berlin und
- Schwedt – Berlin.

Zu den Anschlägen bekannten sich „Autonome Gruppen“ und riefen zu weiteren Aktionen auf:

„dies ist eine Aufforderung an alle aktionsbereiten Zusammenhänge im Rahmen des nächsten Castor-Transports nach Gorleben auf der militanten Ebene aktiv zu werden.“

Eine linksextremistische Gruppierung im Raum Oldenburg mit dem Namen „Eure Gruppe Wechselstrom“ bezichtigte sich gefährlicher Eingriffe in den Bahnverkehr in der Nacht zum 2. Mai auf den Strecken Oldenburg-Bremen, Oldenburg-Osnabrück, Oldenburg-Leer und Oldenburg-Wilhelmshaven; die Täter kündigten an:

„Mit ihren Transporten ist die Bahn maßgeblich beteiligt am Atomgeschäft. Solange dies nicht aufhört, wird sie weiterhin Ziel von Sabotageaktionen bleiben. Wir fordern die Bahn auf, jegliche Atomtransporte auf der Schiene zu boykottieren.“

Autonome aus Berlin mit dem Namen „A.U.T.O.N.O.M.E. G.R.U.P.P.E.N.“ erklärten, am 3. Mai mit Wurfankern Oberleitungen auf den Bahnstrecken Berlin-Leipzig und Berlin-Hannover beschädigt zu haben. Sie drohten an, solange die Deutsche Bahn AG als unersetzliches Glied in der Entsorgungskette der Atomindustrie Atom Müll

transportiere, werde sie sabotiert werden. Der breite lokale Widerstand gegen den Castor-Transport habe zu einem „Comeback des Anti-AKW-Widerstands“ geführt. Die Atomindustrie und ihre Helfershelfer seien wieder angreifbar. Der Kampf gegen das Atomprogramm sei ein Kampf gegen das kapitalistische System und den Staat. Hier sei momentan die einzige Chance, punktuell die Machtfrage zu stellen und zu gewinnen:

„Wir rufen alle militanten Zusammenhänge auf, zumindest einen Teil ihrer subversiven Energie auf den Widerstand gegen das Atomprogramm zu konzentrieren. Durch die Verzahnung des Widerstandes von FlugblattverteilerInnen bis zu Mast-sägerInnen ist erstmals seit Jahren wieder in einem Teilbereichskampf ein Sieg möglich.“

Für eine koordinierte Anschlagsaktion auf den Bahnverkehr in der Nacht zum 7. Oktober übernahmen „Autonome Gruppen“ die Verantwortung: In den Bundesländern Niedersachsen, Berlin, Brandenburg und Baden-Württemberg kam es zu 13 Fällen von gefährlichen Eingriffen in den Bahnverkehr, indem unbekannte Täter Hakenkrallen in die Oberleitungen von Bahnlinien hängten. Neben erheblichen Sachschäden entstanden gravierende Verspätungen des Zugverkehrs im gesamten Bundesgebiet.

In einem fünfseitigen, an die Presseagenturen adn und ap in Magdeburg gerichteten „Kommunique“, das mit „Stop die Bahn – Stop den Castor!“

und „Für einen lebendigen und militanten Widerstand gegen den Castor“ überschrieben ist, führen die unbekannteren Verfasser aus: Es gehe ihnen darum, „den Druck so zu verstärken, daß die Herrschenden froh wären, mit einer Schließung von ‘Gorleben’ davonzukommen“.

Gleichzeitig sei dies, so die Autoren, ein „offener Brief“ an die „gewaltfreie“ Anti-AKW-Bewegung. Diese wollten sie hiermit – aus mehreren Gründen – zu einer öffentlichen Diskussion einladen. So könne es nicht nur – wie die bisherige Forderung der Anti-AKW-Bewegung laute – „um die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen gehen“, sondern um eine Überwindung des globalen Kapitalismus und der patriarchalen Herrschaftsverhältnisse. Sie selbst sähen derzeit reale Chancen, der „Atommafia kräftig in die Suppe zu spucken“.

Der Anti-AKW-Bewegung schlagen sie daher vor, gemeinsam

„... in nächster Zeit nach einem eigenen Rhythmus die Sabotage auf die Bahn zu konzentrieren, um damit im Vorfeld die Mobilisierung zum Tag X gegen den Castor im Wendland zu unterstützen und am Castor die Atomfrage zuzuspitzen.“

Anfang November erschien in Göttingen die zweite Ausgabe der „neuen antifaschistischen Jugendinformation“ „BRAST“. Im Mittelpunkt des acht Seiten umfassenden, kostenlos verteilten Heftes steht ein Artikel zum „Anti-CASTOR-Widerstand“. Unter der Überschrift „Wie können wir diesen Wahnsinn stoppen?“ führen die Autoren aus:

„Die letzten beiden Transporte haben wir nicht gestoppt . . . und da eine Revolution zunächst nicht in Sicht ist, die der Atomindustrie und dem kapitalistischen Profitdenken, das dahinter steht, ein Ende setzen könnte, müssen wir unseren konkre-

1.10.1996

Nr. 392

INTERVIEW

ABWAGEN
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2⁵⁰ DM

Heute:

Sabotage

Oberleitungen nicht mehr oben

Verfassungsschutz

braucht Hilfe

Wer will AIZ-Mitglied werden?

Randale

In der Friedrichstraße

Terror in Aue

und vieles mehr



ten Forderungen etwas mehr Nachdruck verleihen.“

Im Hinblick auf den dritten Castor-transport im März 1997 heißt es in einem Anfang des Jahres in Hannover festgestellten Flugblatt mit dem Titel „Es ist wieder soweit“:

„Es ist diese Dreistigkeit dieser Menschen, die ihre kapitalistischen Interessen gegen den Willen der Bevölkerung unter allen Umständen durchsetzen wollen! ... Nun liegt es an uns, diesem Filz zu zeigen, daß wir das so nicht hinnehmen wollen und auch nicht werden!! Hakenkrallen, durchgesägte Bahnschienen und umgekippte Strommasten können erst ein Anfang sein, um zu zeigen, wie wir uns einen militanten Widerstand vorstellen.“

Diesen Ausführungen schließen sich Anleitungen darüber an, wie Kabelkästen neben Bahnlinien und Glasfaserkabel neben ICE-Strecken zu zerstören sind. Das Szeneblatt INTERIM hatte bereits in seiner Ausgabe Nr. 399 vom 28. November eine Bauanleitung zur Herstellung eines zeitverzögerten Brandsatzes mit detaillierten Skizzen und einer Materialliste veröffentlicht.

Am 16. Januar 1997 veröffentlichte das Blatt einen Aufruf der „Republik Freies Wendland“ zu Aktionen auf der Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg. In der Annahme, daß diese Strecke für den nächsten CASTOR-Transport genutzt werden könnte, erklären die Verfasser unter der Überschrift „DEN CASTOR VERHINDERN, BEVOR ER LOSFÄHRT“, es sei keine Zeit zu verlieren,

„wir müssen die Initiative ergreifen“, denn

„Solange die Strecke noch nicht zurückgebaut und entwidmet ist, kann sie mit Einzelgenehmigung des Eisenbahnbundesamtes für Transporte genutzt werden“.

Es müßten daher konkret jene Schritte, die einzelne Gruppen in Richtung auf eine „Entwidmung“ unternommen hätten, fortgesetzt werden:

„Darunter muß nicht nur eine Demontage des Gleiskörpers verstanden werden, sondern diese Entwidmung kann auf ganz unterschiedliche Art und Weise erfolgen. . . . Hütten können entstehen und so ganze Widerstandsnester aufgebaut werden. Daneben fehlt immer wieder hier und dort ein Stück Gleis; ist der Bahndamm abgetragen, sind Gleise unterhöhlt, . . .“

Aktivitäten von Linksextremisten gegen den 3. CASTOR-Transport (1997)

Militante Linksextremisten verübten im Zusammenhang mit dem 3. CASTOR-Transport nach Gorleben/Niedersachsen (3. bis 5. März 1997) Anschläge gegen die Deutsche Bahn AG, zerstörten mögliche Transportstrecken und griffen die Polizei gewalttätig an. In der „heißen Phase“ registrierte die Polizei insgesamt 659 Straftaten. 77 Beamte wurden u.a. durch Steine, Stahlkugeln und Knüppelschläge verletzt, zwei von ihnen schwer. Es entstanden Sachschäden in Millionenhöhe.

Bereits im Vorfeld kam es abseits der vorgesehenen Transportstrecken zu zahlreichen Gewalttaten, u. a.:

- In der Nacht zum 25. Februar verübten Unbekannte mit sog. Hakenkrallen Anschläge auf die Bahnstrecken Berlin–Dresden, Berlin–Leipzig und Berlin–Magdeburg.

- Der Taten bezichtigten sich „AUTO-NOME GRUPPEN“. Sie betonten in Schreiben, die am 26. Februar bei der Presseagentur dpa und der Redaktion der „Frankfurter Rundschau“ in Berlin eingingen, ihr Ziel sei es, den „politischen Preis für die Staatsmacht weiter zu erhöhen“. Es komme darauf an, am Tag X „mit allen der Anti-AKW-Bewegung zur Verfügung stehenden Mitteln Widerstand zu leisten“. Der Kampf gegen Atomanlagen habe mittlerweile die Qualität einer „punktuellen Gegenmacht von unten“ erreicht: *„Es zeigt sich, daß in der Breite und Verzahnung des Widerstands seine Stärke liegt. Distanzierungen oder Spaltungsversuche in 'Militante' oder 'Gewaltfreie', Einheimische oder Auswärtige usw. nützen nur der Gegenseite. Und politisch gesagt: da das Atomprogramm alle bedroht, hat auch keine Gruppe aus dem Widerstand ein Definitionsmonopol darüber, welche Aktionen legitim sind und welche nicht – vom umfassenden Konsens darüber hinaus, keine Menschenleben zu gefährden, einmal abgesehen. (. . .) Wir brauchen einen langen Atem – wenn der Castor durchkommt, muß X hoch viel noch teurer werden.“*
- Am 27. Februar verübten Unbekannte Anschläge auf Stromverteiler für Signaleinrichtungen auf der Bahnstrecke Hamburg–Ahrensburg–Lübeck. Sie trennten Kabel durch und führten Kurzschlüsse herbei. Der Taten bezichtigte sich eine „Revolutionäre Gruppe Wasserkante“. In einem Schreiben, das am 28. Februar bei dpa und der Redaktion des „Hamburger Abendblatts“ einging, rechtfertigte sie die Sabotageaktion als „Teil der Mobilisierung gegen den dritten Castortransport“. Wörtlich heißt es weiter:

„Auch wenn wir uns heute auf die DB als Angriffsziel beschränkt haben, begrüßen wir doch die sich im letzten Jahr verstärkt abzeichnende Tendenz, den Kampf über das Problem der Lagerung und des Transports von Atommüll hinaus auszuweiten und andere Facetten des Atomprogramms zu thematisieren und anzugreifen, was sich z.B. in der Demonstration und den Aktionen gegen das Firmenjubiläum von Siemens ausdrückte“.

- Am 2. März, gegen 21.32 Uhr, explodierte in einer Bahnunterführung in Hanau-Steinheim eine mit Metallteilen gefüllte Rohrbombe. Wenige Minuten zuvor hatte ein Güterzug mit Tiefladern für den CASTOR-Transport die Anschlagstelle passiert. Personen wurden nicht verletzt. Ebenfalls am 2. März, gegen 23.08 Uhr, wurde am Hauptbahnhof in Marburg ein mit Holz gefüllter Karton in Brand gesetzt. Eine unmittelbar neben dem Karton abgelegte Gaskartusche explodierte nicht. Der Schwerpunkt direkter Aktionen gegen den Transport lag in Niedersachsen:
 - Am 3. März besetzten Kernkraftgegner im Raum Göttingen mehrfach die Gleise der Nord-Süd-Strecke. Um das Ausrücken von Polizeifahrzeugen zu behindern, legten Unbekannte vor der Göttinger Polizeieinsatzzentrale „Krähenfüße“ ab. An der ICE-Strecke Hannover–Göttingen wurde eine Bombenattrappe sicher gestellt. Der Zugverkehr mußte bei

Bovenden (Kreis Göttingen) für 40 Minuten gestoppt werden.

- Am selben Tag errichteten militante Atomkraftgegner bei Quickborn auf einer Länge von 50 Metern aus Baumstämmen eine Straßenblockade. Bei Splietau wurde die Straße an mehreren Stellen unterhöhlt und unpassierbar gemacht.
- In den Wäldern um Dannenberg spannten linksextremistische Straftäter zwischen Baumstämmen z.T. in Kopfhöhe dünne Drähte, um Einsätze der Polizei, insbesondere bei Dunkelheit, zu verhindern.
- Kurz vor Ankunft des Transportzuges an der Verladestation in Dannenberg, in der Nacht zum 4. März, kam es aus einer Menge von etwa 1.000 Personen zu Angriffen auf die Polizei. Am selben Tag führten mit Knüppeln bewaffnete Autonome u.a. in den Bereichen Lüchow, Ranzau und Siemen sowie in der Nähe des Camps Gusborn mit etwa 30 Fahrzeugen, deren Kennzeichen geschwärzt waren, „Fahrzeugkontrollen“ gegen vermutete Pkw von Zivilpolizisten durch.
- In der Nacht zum 5. März versammelten sich vor dem Verladebahnhof in Dannenberg etwa 4.500 Atomkraftgegner – darunter auch zahlreiche Linksextremisten – und blockierten die Zufahrtsstraße. Der Transport zum Zwischenlager Gorleben verzögerte sich um mehrere Stunden. In der Nähe von Seybruch kam es zu erneuten Angriffen auf die Polizei. Aus einer Menge von etwa 500 militanten Atomkraftgegnern wurden Beamte mit Zwillen und Leuchtpurmunition beschossen und mit Steinen und Flaschen beworfen. Ein Einsatzfahrzeug wurde durch einen Molotow-Cocktail in Brand gesetzt.

Mit ihren gewaltsamen Aktionen haben militante Atomkraftgegner eines

ihrer Nahziele, „den Preis der CASTOR-Transporte in die Höhe zu treiben“, erreicht. Dabei geben sie unverhohlen zu erkennen, daß die Kampagne gegen Atommülltransporte für sie nur ein Ansatzpunkt und Vehikel für ihre weitergehenden – verfassungsfeindlichen – Ziele ist. So heißt es in der Taterklärung der „AUTONOMEN GRUPPEN“ zu Hakenkrallenanschlägen in der Nacht zum 25. Februar 1997:

„Wenn wir den Transport verhindern können, wäre dies ein großer Sieg für uns. Dennoch wird dann der Widerstand gegen das herrschende System selbstverständlich auf anderen Ebenen weitergehen, bis zur völligen Zerschlagung sämtlicher Strukturen von Macht, Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung.“

Graswurzelrevolution

Für die in der anarchistischen Graswurzelrevolution zusammengeschlossenen Gruppen ist der „massenhafte zivile Ungehorsam“ die „spezifische Waffe“ gegen den demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland. Zu diesem zivilen Ungehorsam gehören nach ihrer Ansicht „Boykottaktionen, massenhafter Bruch von Gesetzen, Sabotage, Massenstreiks bis zum Generalstreik, Kriegsdienstverweigerung mit dem Ziel der Zersetzung der Machtzentren, insbesondere der bewaffneten Streitkräfte“^[28]. Statt des „Zwangsaparates Staat“, dem vorgeworfen wird, „sämtliche Lebensbereiche zum Gegenstand seiner Eingriffe“ zu machen und der „zu bürokratisch-industriellen Formen der Massenvernichtung fähig“ sei, wollen die Anhänger der Graswurzelrevolution „Eigentumsmonopole und Nationalstaaten durch die Selbstorganisation der Gesellschaft und föderalistische Organisationen ersetzen.“

Ein der Graswurzelbewegung zuzurechnender Autor äußerte sich in der Zeitschrift „anti atom aktuell – Zeitung für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen“ (Nr. 67, Februar 1996) zur Gewaltfrage im Zusammenhang mit den Castor-Transporten wie folgt:

„Ich habe absolut nichts gegen Aktionen, die verdeckt vorbereitet und/oder durchgeführt werden. (. . .) Daß sich Menschen, die z. B. bei Nacht und Nebel den Dannenberger Verladekran beschädigt haben, sehr gründlich vor polizeilichen Ermittlungen schützen müssen, ist ja wohl selbstverständlich.“

Im Gegensatz z.B. zu orthodox kommunistischen Organisationen verfügen anarchistische Zusammenschlüsse, so auch die Gruppen der Graswurzelrevolution, über kein geschlossenes Weltbild. Ideengeschichtlich hat es z. T. stark differierende Denkansätze mit unterschiedlichen Einstellungen zur Frage der Gewalt, der revolutionären Umwälzung und der Gestaltung des künftigen gesellschaftlichen Zusammenlebens gegeben. Als mehr oder weniger kennzeichnend für alle anarchistischen Strömungen können folgende Ziele gelten: die Schaffung einer herrschaftsfreien Gesellschaft; die Beseitigung jedweden überflüssigen institutionellen Überbaus; eine emanzipierte „libertäre“ Gesellschaft, die die Bedürfnisse ihrer Mitglieder ohne Staat zufriedenstellt; internationaler Zusammenschluß Gleichgesinnter anstelle der aufgelösten Nationalstaaten.^[29] Aus diesen Zielsetzungen ergibt sich eine prinzipielle Ablehnung des Systems der parlamentarischen Demokratie.

Die Gruppen der Graswurzelrevolution arbeiten seit 1980 in der „Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen“ (FÖGA) zusammen, als Koordinierungs- und Informationsstelle betreiben sie die Graswurzelwerkstatt in Köln. Die von ihnen herausgegebene Zeitschrift „graswurzelrevolution – monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft“ hat ihren Redaktionssitz in Oldenburg, der Verlag befindet sich in Bremen. Diese Zeitschrift wird seit 1996 auch über das Internet verbreitet; anfangs geschah das über einen Rechner der Universität

^[28] Alle Zitate aus: *Thesen über Staatlichkeit und Anarchie heute*, veröffentlicht im Internet 1996.

^[29] vgl. *Diefenbacher, Hans (Hrsg.): Anarchismus. Zur Geschichte und Idee der herrschaftsfreien Gesellschaft. Darmstadt 1996, S. 10 f.*

Oldenburg, inzwischen wird das – auch von anderen Linksextremisten frequentierte – Verbundsystem „comlink“ genutzt.

Neben den Themen „Antimilitarismus“ und „Anti-AKW“ (besonders „Anti-CASTOR“) ist die „Anti-Gentechnik-Kampagne“ ein wesentliches Aktionsfeld sogenannter gewaltfreier Anarchisten der Graswurzelrevolution. Ihre gleichnamige Zeitschrift veröffentlichte in der September-Ausgabe einen Artikel zu den „Perspektiven einer radikalen Anti-Gentechnik-Bewegung“ und kündigte einen „heißen Gentechnik-Herbst“ an. Ausdrücklich begrüßt der Autor dieses Beitrages, daß sich der Widerstand gegen Freisetzungsversuche gentechnisch veränderter Organismen nicht auf „legale“ Protestformen beschränke, sondern sich auch „direkter gewaltfreier Aktionen“ – gemeint sind Ackerbesetzungen und die Zerstörung von Versuchsfeldern – bediene. Nach dem Motto „Irgendwo wird es schon klappen“ – so der Autor weiter – beantrage die Gentechnik-Industrie zahlreiche Versuchsflächen.

Durch den Widerstand von Gentechnik-Gegnern seien die Versuche in Hohlstedt (Thüringen) und Oberboyen (Niedersachsen) inzwischen gestoppt worden. Ähnlich sehe es bei den Versuchsflächen der Hoechst-Tochter „AgrEvo“ aus (Rapsversuche in Gaußig/Sachsen, Bockelwitz/Sachsen, Böttmersdorf/Sachsen-Anhalt, Schönfeld/Brandenburg, Johannisdorf/Schleswig-Holstein, Wipplingen/Baden-Württemberg): „Hier liegen Berichte über Besetzungen und/oder Zerstörungen nur von einem Teil der Standorte vor.“

Ein Problem der Anti-Gentechnik-Bewegung, klagt der Autor, sei der fehlende „Kristallisationspunkt“ und die unzureichende „Vernetzung“ der örtlichen Initiativen. Außerdem mange es an einer Strategie,

„die nicht nur bei den Versuchsfeldern ansetzt, sondern ebenfalls die Industrie ... in den Blick rückt. Wie kann der ländliche Widerstand auf den Feldern mit einem städtischen Widerstand an den Konzernzentralen ... verbunden werden? Wie können die 'TäterInnen' benannt und öffentlich gemacht werden, und zwar so, daß sie um ihren Ruf und um ihre Umsätze fürchten müssen?“

Die Zeitschrift „graswurzelrevolution“ setzte sich bereits früher mit Fragen des Kampfes gegen Gentechnik auseinander. So veröffentlichte sie in der Ausgabe Nr. 207/April 1996 eine Übersichtskarte „Widerstand gegen Gentechnik – Ein Überblick über Freisetzungen gentechnisch veränderter Organismen in Deutschland“.

Aus dem Kampf gegen die „staatliche Repression“ abgeleitete Aktionsfelder der RH sind Antifaschismus, Antirassismus, Antimilitarismus, Antikapitalismus und Antiimperialismus. Im Mittelpunkt der antiimperialistischen Politik der RH steht dabei die Unterstützung der PKK. Prozeßkostenhilfe wurde 1996 in erster Linie autonomen Gruppen zuteil. Die Selbsteinschätzung und die Aktionsfelder bringen die Ablehnung des als repressiv bewerteten politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck.

Rote Hilfe e.V. (RH)

Sitz		
Bund:	Kiel	
	1995	1996
Mitglieder:	1.400	2.300
Publikation:	Die Rote Hilfe	
	(Auflage 3.000 Exemplare vierteljährlich)	

Die Rote Hilfe e.V. (bis 1986 Rote Hilfe Deutschland – RHD) versteht sich als Rechts- und Hafthilfeorganisation in der Tradition einer gleichnamigen, kommunistisch dominierten Gruppierung der Weimarer Republik. Eigenen Angaben zufolge hatte die RH Mitte 1996 bundesweit etwa 2.300 Mitglieder, die in ca. 30 Orts- und Regionalgruppen bzw. über Kontaktadressen organisiert sind. Zur RH gehören u.a. sogenannte Knast-Gruppen sowie autonome Gruppen. Bis Mitte der achtziger Jahre war die RH stark von der ehemaligen KPD/ML beeinflusst.

Der Bundesvorstand der RH hat seinen Sitz in Kiel. In Niedersachsen existieren Ortsgruppen in Braunschweig, Göttingen, Harburg-Land und Lingen/Nordhorn. Kontaktadressen gibt es in Hannover und Wolfsburg. Organ der RH ist die Mitgliederzeitung „Rote Hilfe“, die vierteljährlich in einer Auflage von 3.000 Exemplaren herausgegeben wird.

Die RH verbindet mit ihrem Engagement den Kampf gegen „staatliche Repression“. Der Bundesvorstand äußerte sich hierzu in der 1996 herausgegebenen Jubiläumsschrift wie folgt:

„Die Rote Hilfe wird auch in Zukunft (. . .) denjenigen unsere Solidarität entgegenbringen und sie nach Kräften unterstützen, die für ihre politische Arbeit und Überzeugung von Repression betroffen sind. Dies sind Grundsätze, die auch in Zukunft unsere Politik prägen werden. Die Rote Hilfe ist dabei nicht unpolitisch, son-

dern leistet auf ihre Weise politische Arbeit im Kampf gegen staatliche Repression. (. . .) So ist wohl die wichtigste Aufgabe der Roten Hilfe die konkrete finanzielle Unterstützung bei Anklagen und Prozessen. Unsere Mitgliedsbeiträge verwenden wir zum allergrößten Teil für die Übernahme von Prozeß- und Anwaltskosten.“

Aus dem Kampf gegen die „staatliche Repression“ abgeleitete Aktionsfelder der RH sind Antifaschismus, Antirassismus, Antimilitarismus, Antikapitalismus und Antiimperialismus. Im Mittelpunkt der antiimperialistischen Politik der RH steht dabei die Unterstützung der PKK. Prozeßkostenhilfe wurde 1996 in erster Linie autonomen Gruppen zuteil. Die Selbsteinschätzung und die Aktionsfelder bringen die Ablehnung des als repressiv bewerteten politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Gründung:	1968	
Sitz		
Bund:	Essen	
Niedersachsen:	Hannover	
Vorsitzende:		
Bund:	Heinz STEHR	
Niedersachsen:	Peter DÜRRBECK	
Mitglieder	1995	1996
Bund:	6.100	6.250
Niedersachsen:	420	420
Publikationen:		
Bund:	Unsere Zeit (UZ) erscheint seit Juli 1996 wöchentlich (zuvor: vierzehntäglich) Auflage: 10.000	
Niedersachsen:	Verschiedene lokale Blätter wie „Hannoversches Volksblatt“ oder „Die rote Spindel“	

Die DKP bekennt sich weiterhin zum Marxismus-Leninismus und versteht sich als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse. Sie propagiert die revolutionäre Überwindung des kapitalistischen Systems. In einem auf dem 13. Parteitag in Dortmund (3. und 4. Februar) beschlossenen Aktionsprogramm verneint die DKP ausdrücklich die Möglichkeit, eine sozialistische Gesellschaft auf reformerischem Wege herbeizuführen. Einem orthodox-marxistischen gesellschaftlichen Entwicklungsmodell folgend werden als Voraussetzungen hierfür die „Dominanz gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln und die hierauf gegründete politische Macht der Arbeiterklasse“ betrachtet.

Die grundsätzlichen theoretischen Aussagen zeigen eine Nähe zum Gesellschaftssystem der DDR. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das starke Engagement der DKP für verurteilte Mitglieder des ehemaligen „Nationalen Verteidigungsrates der DDR“. In einem Beschluß des DKP-Bundesvorstandes vom Dezember heißt es hierzu:

„. . . das ‘Hauptverbrechen’ derer, die den ersten Versuch einer sozialistischen Gesellschaft unternahmen, bestand . . . in der Tatsache, daß in der DDR das Eigentum an den Produktionsmitteln der Banken und Großkonzerne, das Land der Junker und Großagrarier vergesellschaftet wurde. Das für den Kapitalismus schlimmste aller ‘Verbrechen’.“

Weitere Aktionsfelder der DKP sind eine gemeinsam mit anderen kommunistischen Parteien gestartete Kampagne gegen den Maastrichter Vertrag und die Internationalismusarbeit, in deren Mittelpunkt weiterhin Kuba steht.



Nach eigenen Angaben sind in der DKP 6.250 Mitglieder (1995: 6.100 Mitglieder) in rund 220 Gruppen organisiert. In Niedersachsen blieb die Mitgliederzahl mit rund 420 konstant. Die

DKP ist nach dem Zusammenschluß der beiden Bezirksorganisationen Berlin-West und Berlin-Ost im Oktober 1995 in 13 Bezirksorganisationen gegliedert, davon 12 in den alten Bundesländern. Der 13. Parteitag der DKP in Dortmund wählte Heinz STEHR zum Vorsitzenden und bestimmte zwei Stellvertreter. Damit wurde das 1990 eingeführte –Modell mehrerer gleichberechtigter Sprecher wieder aufgegeben.

Die DKP-Bezirksorganisation Niedersachsen führte am 16. November ihre Mitgliederversammlung durch. Bei der Neuwahl des 17köpfigen Vorstands gab es kaum personelle Veränderungen.

Das Zentralorgan der Partei, „Unsere Zeit“ (UZ), das zuvor zweiwöchentlich erschien, wird seit Mitte des Jahres wöchentlich in einer Auflagenhöhe von 10.000 Exemplaren verbreitet.

**Sechs Jahre
Einverleibung
der DDR**

*Einheitsopfer und
Einheitsprofiteure*



Diskussionsveranstaltung

Sarah Wagenknecht
Kommunistische Plattform der PDS, Berlin

und Jakob Moneta
Ehem. Chefredakteur der Gewerkschaftszeitung **metall**, Frankfurt/Main

3. Okt. 18³⁰ Uhr

Gewerkschaftshaus Schwanthalerstraße 64

Veranstalter: Partei des Demokratischen Sozialismus, PDS, München
Deutsche Kommunistische Partei, DKP, München
Revolutionär-Sozialistischer Bund, RSB, IV, Internationale
Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung, KAZ, München

Zwischen Funktionären der DKP und der PDS fanden auch 1996 trotz ideologischer Differenzen Gespräche auf verschiedenen Parteiebenen statt; übereinstimmende Anliegen führten zu gemeinsamen Aktionen und Veranstal-

tungen. Gute Kontakte bestehen zu Repräsentanten der „Kommunistischen Plattform der PDS“ (KPF). So traten z.B. bei öffentlichen Veranstaltungen der DKP in Osnabrück und Hannover die KPF-Mitglieder Sarah WAGENKNECHT und Rolf KÖHNE auf.

Bei den niedersächsischen Kommunalwahlen am 15. September kandidierte die DKP mit offenen Listen zu den Räten in Delmenhorst, Osnabrück und Nordhorn sowie zum Kreistag der Grafschaft Bentheim. Lediglich in Nordhorn konnte sie mit 3068 Stimmen ein Mandat erlangen. Bei den Kommunalwahlen 1991 waren es noch zwei Mandate gewesen. In anderen nieder-

sächsischen Städten – Hannover, Braunschweig, Göttingen, Oldenburg, Emden – beteiligte sich die DKP an Kandidaturen „Linker Listen“ bzw. „Linker Internationaler Listen“.

Kommunistische Plattform der PDS (KPF)

Gründung:	Dezember 1989	
Sitz		
Bund:	Berlin	
Niedersachsen:	Braunschweig	
Bundessprecher:	Ellen BROMBACHER, Thomas HECKER, Heinz MAROHN, Friedrich RABE	
Mitglieder	1995	1996
Bund:	5.000	5.000
Niedersachsen:	25	25
Publikation:	Mitteilungen der KPF der PDS erscheinen monatlich, Auflage: 17.000	

Die KPF wurde am 30. Dezember 1989 von Kommunisten innerhalb der damaligen SED-PDS (seit 16./17. Dezember 1989) und späteren PDS (seit 24./25. Februar 1990) als eigenständiger Zusammenschluß gegründet. Die Konstituierung erfolgte unter Beachtung des Parteistatuts, nachdem innerhalb der PDS Zusammenschlüsse gebildet werden können, die die programmatische Arbeit der Partei und ihre Strukturen unterstützen. Die KPF verfügt entsprechend ihrer Satzung über einen Bundeskoordinierungsrat und einen Sprecherrat sowie Gliederungen auf

Orts-, Kreis-, Landes- und Bundesebene mit eigenen Organen. Nach eigenen Angaben zählt die KPF 5000 Mitglieder.

Seit November 1995 verfügt die KPF über einen Landesverband in Niedersachsen. Hier war die KPF seit Dezember 1993 zunächst in Form einer sog. Initiativgruppe organisiert; am 11. 11. 1995 hat sie sich als „Kommunistische Plattform der PDS Niedersachsen“ konstituiert. Über eine organisatorische Basis verfügt die KPF in den Städten Hannover, Göttingen und Braunschweig. Die KPF Niedersachsen ist

auch im Bundeskoordinierungsrat (Vorstand) der KPF vertreten. Auf der 7. Bundeskonferenz der KPF der PDS am 23. März 1996 in Berlin wurden zwei Mitglieder in dieses Gremium gewählt, darunter ein niedersächsischer Bundestagsabgeordneter.

Die Landeskonferenz des KPF-Landesverbandes Niedersachsen wählte am 1. Juni 1996 in Braunschweig einen fünfköpfigen Sprecherrat aus jeweils einem Delegierten der Städte Göttingen, Delmenhorst und Braunschweig und zwei Delegierten aus Hannover. Als neue Adresse für den KPF-Landesverband wurde das Gemeinschaftsbüro der DKP, PDS und „Linken Liste Braunschweig“ in Braunschweig festgelegt.

Obwohl der KPF Niedersachsen schätzungsweise nur etwa 25 Mitglieder angehören, ist sie nicht ohne Einfluß auf den PDS-Landesverband, in dem etwa 250 Parteimitglieder organisiert sind. So wurden im Juni 1996 KPF-Mitglieder in den fünfköpfigen PDS-Landesvorstand gewählt, und auch die vom PDS-Landesverband Niedersachsen zu stellenden zwei Vertreter für den Bundesparteirat gehören der KPF an.

Innerhalb der PDS reklamiert die KPF die Rolle eines kommunistischen Korrektivs für sich. In der Gründungs- erklärung der Ortsgruppe Göttingen der KPF wird hierzu ausgeführt:

„Es haben sich in Teilen der Partei sozialdemokratische, staatsfixierte, theoriefeindliche und/oder anti- emanzipatorische Positionen entwickelt . . . Diese Positionen gilt es zu bekämpfen, um aus der PDS eine konsequent antikapitalistische, d.h. an den objektiven Interessen der Lohnabhängigen ausgerichtete Partei zu machen.“

(offen-siv 11/95, S. 53)^[30]

Die Ideologie der KPF basiert auf einer orthodoxen Auslegung des Marxismus. Ausgangspunkt ist ein lineares Fortschrittsdenken. Dem zufolge gibt es eine wissenschaftlich prognostizierbare Abfolge gesellschaftlicher Formationen. Wenn es daher heißt, daß das kapitalistische System grundsätzlich abzulehnen sei und ein revolutionärer Bruch mit den herrschenden Verhältnissen angestrebt wird, so bezieht sich dies sowohl auf das Wirtschafts- als auch auf das politische System. Da dem kapitalistischen System in diesem Fortschrittsmodell der Stellenwert einer notwendigen gesellschaftlichen Durchgangsformation auf dem Weg zum Sozialismus zukommt, ist das Verhältnis der KPF hierzu ein in zweierlei Hinsicht taktisches: einerseits gilt es als fortschrittlich verstandene Errungenschaften zu verteidigen, parallel dazu sollen andererseits gesellschaftliche Widersprüche aufgezeigt und gefördert werden, um einen revolutionären Bruch mit den Verhältnissen herbeizuführen.

Es zeugt von einer grundsätzlichen Opposition zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, wenn der Staat, d.h. das politische und gesellschaftliche System, in Analysen der KPF als ein den

^[30] Die Monatsschrift „offensiv – Sozialistisches Monatsblatt der PDS Göttingen und Hannover“ wird von Funktionären der KPF herausgegeben, so daß KPF-Standpunkte in besonderer Weise reflektiert werden. Daneben widmet „offensiv“ der programmatischen Diskussion innerhalb der DKP viel Raum.

„Verwertungsinteressen des Kapitals“ unterworfenen „Unterdrückungsapparat“ dargestellt wird. In der Gründungserklärung der Ortsgruppe Göttingen der KPF heißt es z.B.:

„Der Staat spielt sein gesamtes juristisches Instrumentarium aus, um jeglichen bedeutenden Widerstand im Innern zu brechen. Gleichzeitig wird der staatliche Unterdrückungsapparat ausgebaut, um die herrschenden Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse zu zementieren.“

(offen-siv 11/95, S. 52)

Die Ortsgruppe Göttingen der KPF folgert daraus für sich: „Oppositionspolitik heißt daher für uns, sich nicht (nur) in Opposition zu den herrschenden Klassen zu stellen, sondern vielmehr, das kapitalistische System als solches abzulehnen und für einen revolutionären Bruch mit den herrschenden Verhältnissen einzutreten.“

(offen-siv 11/95, S. 53)

In einer von der KPF Hannover der PDS mitgetragenen Analyse zum 50. Jahrestag des Kriegsendes am 8.5.1995 wird festgestellt:

„Der deutsche Imperialismus befindet sich heute schon ökonomisch und politisch in einer Position, die der auf dem Höhepunkt des Faschismus sehr nahe kommt.“

(offen-siv Extra „8. Mai 1945 – 8. Mai 1995“, S. 9)

In Hinsicht auf eine revolutionäre Perspektive wird der Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Bewegungen eine entscheidende Bedeutung zugesprochen, z. B. in den Bereichen Antifaschismus und Internationalismus. Äußerungen führender KPF-Vertreter verdeutlichen, daß außerparlamentarische Oppositionsarbeit eindeutigen Vorrang vor der Mitarbeit in den Parlamenten hat. Letzterer wird lediglich eine unterstützende Funktion für

außerparlamentarische Aktivitäten zugewiesen. Heinz MAROHN, Sprecher des Bundeskoordinierungsrates der KPF, erläutert das Verhältnis zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition wie folgt:

„Das unablässige Ringen einer linken sozialistischen Partei um die Verbreiterung und Intensivierung außerparlamentarischer Bewegungen und die Herstellung entsprechender Bündnisbeziehungen sind wesentliche Gewähr für Unangepaßtheit im parlamentarischen Raum. . . . Jedes Aufgeben von Kampf um außerparlamentarische Opposition, mag sie gegenwärtig noch so schwach sein, ist Einordnung in den bürgerlichen Parlamentsbetrieb.“

(Wortmeldungen der Kommunistischen Plattform der PDS / 3. Sonderheft der Mitteilungen der KPF, S. 39 f.)

Die DKP wird von der KPF als natürlicher Bündnispartner betrachtet. Ellen BROMBACHER, Sprecherin des Bundeskoordinierungsrates der KPF, führt zum Verhältnis DKP-KPF grundsätzlich aus:

„Wir lehnen jeden Streit darüber ab, welches in der heutigen Zeit der bessere Politikansatz für Kommunisten sei und sind froh darüber, daß zum Beispiel die GenossInnen der DKP ihrerseits eine solche Auseinandersetzung ebenso für müßig halten. Unsere Zusammenarbeit ist offen und solidarisch.“

(Wortmeldungen der Kommunistischen Plattform / 3. Sonderheft, S. 9)

Führende Vertreter der KPF nahmen an Veranstaltungen der DKP teil, z.B. Ellen BROMBACHER am 13. Parteitag der DKP in Dortmund, Rolf KÖHNE an der Bezirksmitgliederversammlung der DKP Hannover und Sahra WAGEN-KNECHT an einer Diskussionsveranstaltung der DKP in Osnabrück.

Im Vorfeld des 5. PDS-Parteitages in Schwerin im Januar 1997 hatte innerparteilich eine heftige Kontroverse über die künftige politische Linie stattgefunden. Während reformorientierte Kräfte Regierungsbeteiligungen nicht ausschließen wollten, lehnten maßgebliche KPF-Vertreter eine solche Entwicklung als Anpassung an das System ab. Michael BENJAMIN, Mitglied des Bundeskoordinierungsrates, äußerte sich in diesem Zusammenhang grundlegend in den „Mitteilungen“ der KPF der PDS (Heft 1/1997):

„Gesellschaftliche Reformprojekte, die diesen Namen verdienen, ja auch nur die Bewahrung dessen, was in 40 Jahren BRD erkämpft wurde (nicht ohne Wirkung der Existenz der DDR), sind für einen überschaubaren Zeitraum, wenn überhaupt, nur außerparlamentarisch zu erkämpfen, wobei eine starke parlamentarische Opposition eine entscheidende Unterstützung und Triebkraft sein kann.“

(Mitteilungen der KPF der PDS, Nr. 1/97, S. 24)

Ein Gradmesser für die innerparteiliche Verankerung der KPF war daher die Abstimmung über eine Statutenänderung. Einem Statutenantrag zufolge sollte politisch-ideologischen Zusammenschlüssen wie der KPF im Gegensatz zu themenbezogenen Arbeits- und Interessengemeinschaften keine zusätzlichen Parteitagsmandate mehr zuerkannt werden. Der Antrag erhielt nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit. Die KPF wird nach diesem Abstimmungsergebnis auch weiterhin

als eine von vielen gleichberechtigten PDS-Gliederungen behandelt. Die relative Stärke der KPF dokumentiert sich auch darin, daß Michael BENJAMIN als Vertreter der KPF bei der Vorstandswahl immerhin 38 % der Stimmen erhielt.

Ausländerextremismus

Überblick

Der Begriff Ausländerextremismus bezeichnet Bestrebungen von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik gefährden. Er erfasst aber auch Bestrebungen von ausländischen Organisationen, die unmittelbar gegen die Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – wie z.B. die Menschenwürde – oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung bzw. das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Ausländerextremismus stellt für die Verfassungsschutzbehörden eine äußerst vielschichtige und komplizierte Thematik dar, weil sich Ursachen, Motive, Ziele und Ideologien oft nur schwer erschließen. Sie sind – anders als bei Erscheinungsformen des deutschen Extremismus – in der Regel nicht Reaktion auf die hiesigen gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern stellen eine spiegelbildliche bzw. Fernwirkung von Konflikten im jeweiligen Heimatland dar.

Ungeachtet der gestiegenen Zahl ausländischer Extremisten ist ihr Anteil an der Gesamtzahl der ausländischen Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin gering. Die islamistisch-extremistischen Gruppen verfügten auch 1996 über die größte Anhängerschaft und können zu einem Bedrohungspotential für westliche Demokratien werden. Die Arbeiterpartei Kurdistans, die PKK, ist die größte linksextremistische Organisation. Obwohl seit 1993 in der Bundesrepublik

Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegt, hat sich die Zahl ihrer Mitglieder wiederum erhöht. Den Sicherheitsbehörden ist es auch aufgrund zahlreicher Strafverfahren gelungen, ein sehr deutliches Bild über die Organisation und Arbeitsweise, aber auch über das Personal der PKK zu gewinnen. Ob der von dem Vorsitzenden ÖCALAN mehrfach angekündigte friedliche Politikkurs tatsächlich von den Aktivisten der Partei auf Dauer beachtet wird, bleibt abzuwarten.

Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund

Die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland war auch 1996 durch Gewalttaten ausländischer Extremisten und Terroristen wie Mord, Brandstiftung, Körperverletzung und Landfriedensbruch beeinträchtigt. Die Gesamtzahl dieser Gewalttaten, die in den Jahren 1993 bis 1995 stetig angewachsen war, ging 1996 erstmals wieder leicht zurück auf jetzt 269 (1995: 283). Rückläufig waren besonders Gewaltaktionen von Anhängern der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK).

Dagegen hat die Militanz türkischer Linksextremisten zugenommen. Sie waren für die überwiegende Zahl der verübten Gewalttaten verantwortlich.

Rivalitäten unter türkischen Linksextremisten forderten wiederum ein Todesopfer. Am 27. August wurde in Duisburg ein Mitglied der türkischen „Kommunistischen Partei – Aufbauorganisation“ (KP-IÖ) erschossen. Die „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP) hat sich zu der Tat bekannt.

Die Mehrzahl der Brandanschläge und sonstigen Zerstörungsaktionen ausländischer Extremisten und Terroristen richtete sich, wie in den Vorjahren, nicht gegen deutsche Einrichtungen. Vielmehr wurden überwiegend Objekte stellvertretend für öffentliche Einrichtungen im Heimatland angegriffen, wie ausländische Banken, islamische Zentren, Kulturvereine, Reisebüros und Ladengeschäfte.

Die Gewalttaten erreichten in den Monaten Januar, März und Juli Höhepunkte: Türkische Linksextremisten verübten im Januar als Reaktion auf gewaltsam verlaufene Häftlingsrevolten in der Türkei im Rahmen einer bundesweiten Protestwelle u.a. zahlreiche Brandanschläge auf türkische Einrichtungen wie Reisebüros und Kulturver-

eine. Im Zusammenhang mit Demonstrationen kam es am 9. März in Bonn anlässlich des internationalen Frauentages und am 16. März in Dortmund anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes zu schweren Ausschreitungen von PKK-Anhängern und nachfolgenden einzelnen Brandanschlägen auch auf deutsche Einrichtungen.

Im Juli verübten Anhänger türkischer linksextremistischer Gruppen anlässlich eines Hungerstreiks in der Türkei inhaftierter Gesinnungsgenossen u.a. mehr als

50 Brandanschläge auf zumeist Versammlungsräume, Ladengeschäfte und Restaurants von Türken im Bundesgebiet.

Die PKK erklärte im Juli ihre Solidarität mit dem Hungerstreik. Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß einige der Brandanschläge PKK-Anhängern zuzurechnen sind.

Die Zahl strafbarer Aktionen insgesamt sank auf 544 (1995: 590). Bei den in der nachfolgenden Übersicht aufgeführten „Sonstigen Gesetzesverletzungen“ handelt es sich wie im Vorjahr zum großen Teil um Straftaten von Anhängern verbotener kurdischer und türkischer Gruppen gegen das Vereinsgesetz.

Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund^[31]

	1995	1996
Tötungsdelikte	1	1
Versuchte Tötungsdelikte	–	1
Sprengstoffanschläge	1	2
Brandanschläge ^[32]	188	120
Landfriedensbrüche ^[33]	15	27
Körperverletzungen	19	23
Raub/Erpressungen ^[34]	13	44
Freiheitsberaubungen	4	13
Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung	30	24
Nötigungen	12	14
Gewalttaten insgesamt	283	269
Gewaltandrohungen	31	15
Sonstige Gesetzesverletzungen ^[35]	276	260
Gesamt:	590	544

^[31] Aus statistischen Gründen wurde jede Gewalttat bzw. sonstige Gesetzesverletzung nur einmal gezählt, auch wenn sie aus mehreren Einzeltaten bestand oder von mehreren Tätern gemeinsam begangen wurde. Wurden mehrere Straftatbestände durch eine Handlung verwirklicht, so wird ausschließlich der schwerer wiegende Verstoß gezählt. Die Übersicht enthält ausgeführte und versuchte Aktionen. Gewaltandrohungen sind gesondert aufgeführt. Geringfügige Straftaten sind in der Übersicht nicht enthalten. Die Zahlenübersicht basiert auf dem Datenmaterial, das dem Bundesamt für Verfassungsschutz übermittelt wurde.

^[32] Umfaßt Brandstiftungen und alle Sachbeschädigungen unter Einsatz von Brandmitteln.

^[33] 1996: davon mindestens 9 Landfriedensbrüche mit Körperverletzungen
1995: davon mindestens 7 Landfriedensbrüche mit Körperverletzungen und ein Landfriedensbruch mit Tötungsversuch.

^[34] Im Bereich von Spendengelderpressungen muß von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden. Zahlreiche Spendengelderpressungsversuche sind verbunden mit z. T. schweren Körperverletzungen.

^[35] Sonstige Gesetzesverletzungen in diesem Sinne sind Verstöße gegen Straf- und Bußgeldvorschriften in erkennbarem Zusammenhang mit politisch extremistischer Tätigkeit (z. B. Verstöße gegen das Versammlungs- oder das Vereinsgesetz, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigungen).

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Sitz:	Damaskus	
Generalvorsitzender:	Abdullah ÖCALAN	
Mitglieder	1995	1996
nd	8.900	10.000
Niedersachsen:	1.400	1.600
Publikationen:		
Monatlich:	„Serxwebun“ („Unabhängigkeit)	
Zweimonatlich:	„Kurdistan-Report“	
	Weitere zahlreiche Publikationen der Teil- und Nebenorganisationen wie z.B.:	
	„Zülfikar“	
	„Jina Serbilind“ („Die stolze Frau“)	
	„Sterka Ciwan“ („Stern der Jugend“)	

Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die seit dem 26. November 1993 durch den Bundesinnenminister mit einem Betätigungsverbot belegt ist, ist nach wie vor die mit Abstand aktivste extremistische Organisation unter Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland. Auch 1996 hielt der Mitgliederzuwachs bei der linksextremistischen, nach marxistisch-leninistischem Vorbild aufgebauten PKK an: Bundesweit wurde eine Steigerung von 8.900 auf 10.000 Aktivisten festgestellt, in Niedersachsen von 1.400 auf 1.600. Während im Frühjahr PKK-Aktivisten bundesweit mit militanten Aktionen auffielen, hat sich seitdem – nach entsprechenden Aufrufen und Ankündigungen des Parteivorsitzenden Abdullah ÖCALAN – der Kurs der Partei offenkundig geändert: Der Phase erhöhter Aktivitäten ist eine Zeit relativer Ruhe gefolgt.

Die PKK verfolgte weiterhin ihr Ziel, den Befreiungskampf in der Heimat mit verschiedenen Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland zu unterstützen. Die bedeutendsten Aktionen fanden anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes Newroz im März statt. Im Vorfeld richtete ÖCALAN Drohungen an die Adresse der Bundesrepublik Deutschland. In Interviews mit dem der PKK nahestehenden Fernsehsender MED-TV kündigte ÖCALAN am 25. und 28. Januar unkontrollierte Ausschreitungen an, wenn der von ihm verkündete einseitige Waffenstillstand keine positive Antwort in Deutschland erfahren sollte:

„Wir haben den Waffenstillstand nicht nur für die Türkei verkündet, sondern auch für Deutschland. Wird in Kürze unsere Initiative nicht positiv beantwortet, dann werden die Kampfhandlungen wieder aufgenommen. ... wird es in Europa eine Massenerhebung geben, in der ersten Linie in Deutschland. Es werden dabei Hunderte von Menschen sterben. Dafür werde ich keine Verantwortung tragen. Die kommenden Tage werden gefährlich. Ich sage dies besonders bewußt. . . . Wenn morgen 50 deutsche Touristenlei-

chen in Deutschland ankommen, dürfen die Verantwortlichen nicht überrascht sein. Auch wenn in Deutschland unkontrollierte Ausschreitungen stattfinden sollten, sollten sie sich ebenfalls nicht wundern. ...“

Die ERNK, Nationale Befreiungsfront der PKK, forderte in einem Flugblatt am 5. Februar dazu auf, gegen die von Deutschland betriebene Diskreditierung des „nationalen Befreiungskampfes“ der PKK vorzugehen. Am 11. März warnte ÖCALAN Touristen vor einem Besuch in der Türkei. In einem Land, das Krieg führe, habe Tourismus keinen Platz.

Anlässlich des Newroz-Festes fanden zahlreiche Feiern, Aktionen und Demonstrationen statt. Zentrale Veranstaltung war eine Zusammenkunft in Dortmund am 16. März, die die PKK trotz gerichtlich bestätigten Verbots durchführte. Sie suchte die gezielte Konfrontation mit den Ordnungskräften. Es kam zu Übergriffen gegen Polizeibeamte und zu Brandanschlägen. An der Demonstration beteiligten sich ca. 2.000 Personen, darunter auch zahlreiche Demonstranten aus Niedersachsen. Den kurdischen Frauen, die in Bonn am 9. März an einer gewaltsam verlaufenen Demonstration teilgenommen hatten, wurde in MED-TV bescheinigt, sie seien der Mission der Guerilla der „Volksbefreiungsarmee Kurdistans“ (ARGK), die als militärischer Arm der PKK gilt, vollständig gerecht geworden.

Für den Abend des 20. März waren bundesweit etwa 25 Demonstrationen angemeldet worden (auch in Hannover und Osnabrück), die jedoch bis auf wenige Ausnahmen verboten und auch aufgelöst wurden.

Nachdem ÖCALAN Ende März noch einmal unmißverständliche Drohungen gegen Deutschland ausgesprochen und Selbstmordanschläge nicht ausge-

schlossen hatte, schwenkte er in Interviews mit dem ZDF (5. Mai) und der Tageszeitung „Die Welt“ (20. Mai) auf eine friedliche Linie um. Er kündigte an, seine Organisation werde in Zukunft jegliche Gewaltanwendung in Deutschland unterlassen und stellte fest, daß auch Kurden sich an deutsche Gesetze zu halten hätten. Selbstkritisch stellte er fest, daß Gewaltaktionen seiner Organisation und eigene Äußerungen der Vergangenheit falsch gewesen seien und kündigte an:

„Ich will einen politischen Dialog mit der Bundesrepublik Deutschland und eine politische Lösung. In der Bundesrepublik Deutschland wird es keine Gewaltaktion von seiten der PKK mehr geben. Die PKK wird einen friedlichen Weg verfolgen. Ich werde sicherstellen, daß sich Gewaltaktionen nicht wiederholen werden.“

Im September unterstrich er diese Linie gegenüber dem deutschen Fernsehen ein weiteres Mal. Grund für diesen Meinungswandel ÖCALANs dürfte auch Kritik unter Sympathisanten seiner Partei an gewaltsamen Aktionen von Aktivisten, wie sie im März in Nordrhein-Westfalen passiert waren, gewesen sein.

Die friedliche Linie kennzeichnete die Aktionen der PKK in der zweiten Jahreshälfte. Das Verbot einer Demonstration aus Anlaß des 2. Todestages von Halim Dener in Hannover wurde befolgt. Auch bei einem „Friedensfestival Kurdistan“, an dem sich am 21. September im Müngersdorfer Stadion in

Köln 60.000 Personen beteiligten, kam es zu keinen Ausschreitungen. Die Veranstaltung in Köln machte gleichwohl deutlich, daß es nach wie vor zur Strategie der PKK gehört, Präsenz zu zeigen und die Fähigkeit zur militanten Aktion zu demonstrieren. Während die behördlichen Auflagen im Außenbereich des Stadions strikt befolgt wurden, wurden im Stadioninneren verbotene Symbole gezeigt. Außerdem erfolgte die Liveübertragung einer Rede ÖCALANs. Der Aufmarsch von ca. 100 Personen in der „Guerillauniform der ARGK“ fand großen Beifall.

Mitveranstalter des Friedensfestivals war ein Angehöriger der Kurdistan Solidarität aus Braunschweig.

Hervorzuheben ist, daß bei der Veranstaltung kurdische Jugendliche wieder angetroffen wurden, die zuvor, z.B. in Ulm, als vermißt gemeldet worden waren.

Die PKK bildet Kinder und Jugendliche aus der Bundesrepublik in den westlichen Nachbarländern (etwa Belgien, Niederlande) in speziellen Lagern als Kaderpersonal bzw. für den Einsatz im Bürgerkrieg in Kurdistan aus.

Gegen Ende des Jahres setzte ÖCALAN seine Friedensoffensive fort. In MED-TV unterbreitete er der türkischen Regierung ein umfassendes Friedensangebot. Er unterstrich den Verzicht auf kurdische Eigenstaatlichkeit und bot an, daß die PKK die Waffen niederlegen würde, wenn sich die türkische Regierung Verhandlungen nicht länger verschlüsse. Vom türkischen

Generalstab wurde dieses Angebot jedoch rigoros abgelehnt.

Ein Interview ÖCALANs mit dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ vom 25. November zeigt die ambivalente Haltung des PKK-Chefs: Einerseits betonte er, daß sich die PKK künftig friedlich verhalten werde, andererseits drohte er mit Aktionen gegen den Tourismus und mit der Fähigkeit zur militanten Aktion:

„Meine Leute wären jederzeit bereit, für mich zu sterben, wenn ich den Befehl geben würde. Natürlich hatte ich mit den Aktionen zu tun, aber ich habe sie nicht geschürt. Viele Dinge bei der PKK in Deutschland waren ungeordnet.“

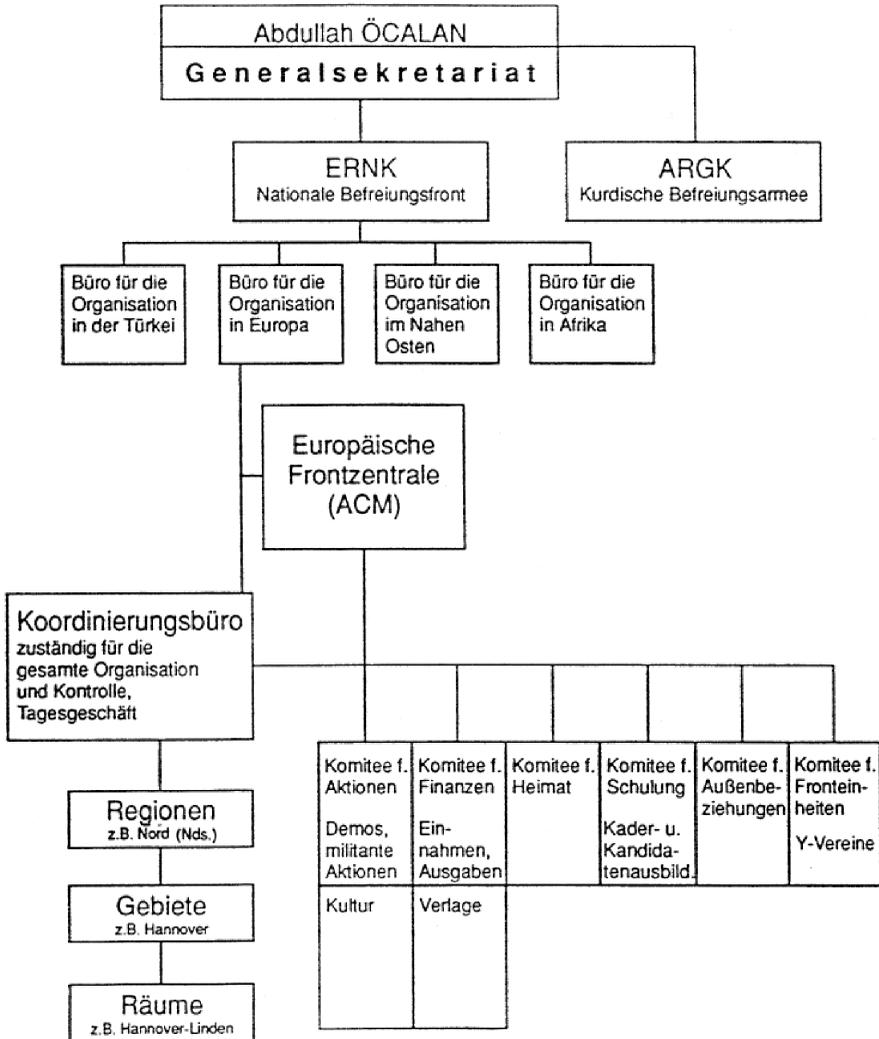
Entstehung und Entwicklung der PKK

Offiziell wurde die PKK am 27. 11. 1978 von Abdullah ÖCALAN, damals Student an der Politikwissenschaftlichen Fakultät in Ankara, gegründet. ÖCALAN, 1949 als Sohn eines Landarbeiters in Anatolien geboren und von seinen Anhängern „Apo“ genannt, ist seitdem der alleinige Führer^[36] der PKK, zunächst als ihr Generalsekretär, dann als ihr Generalvorsitzender. Er leitet das höchste Parteiorgan, das Zentral-

^[36] Ob ÖCALAN seine Organisation auch 1996 unumstritten führte, erscheint zweifelhaft. So wurde nach Pressemeldungen auf ihn am 7. Mai in seiner Wohnung in Damaskus ein Bombenattentat verübt. Da er sich zum Zeitpunkt der Explosion nicht in diesen Räumen aufhielt, blieb er unverletzt.

Am 12. Mai erklärte ÖCALAN in dem Fernsehsender MED-TV, er schicke Friedens-, Freundschafts- und Kooperationsbotschaften an die „Kemalisten“ und erhalte seinerseits ein Sprengstoffpaket. Öffentlich wurde vermutet, daß das Attentat von PKK-Angehörigen durchgeführt worden sein könnte. Grund dafür ist die Erklärung ÖCALANs in MED-TV, bei der er es vermied, das türkische Militär bzw. den türkischen Geheimdienst MIT als Urheber des Anschlages zu bezichtigen.

Struktur der PKK



komitee mit Sitz in Damaskus. Die PKK ist eine straff organisierte Kaderpartei, die auf der ideologischen Grundlage des Marxismus-Leninismus eine kurdisch-nationalistische Politik betreibt. Das von ÖCALAN lange Zeit propagierte Ziel, zu dem er im Verlaufe des Jahres 1996 auf Distanz ging, war die Errichtung eines kurdischen Nationalstaates in den kurdisch besiedelten Gebieten der Türkei, Irans, Syriens, Iraks und Armeniens.

Seit 1984 führt die PKK einen Guerillakrieg im Südosten der Türkei. Zu ihren Mitteln gehören auch Anschläge gegen Zivilisten in der Türkei und im Ausland. Nachdem der Terror der PKK und die Gegenmaßnahmen des türkischen Sicherheitsapparates Anfang der neunziger Jahre eskaliert waren, entfaltete die PKK zunehmend politische Aktivitäten in Westeuropa. Seither verfolgt sie in der Bundesrepublik Deutschland eine Doppelstrategie: einerseits wendet sie sich mit politischen Forderungen propagandistisch an die Öffentlichkeit, andererseits betont sie ihre Organisationsfähigkeit und Kampfkraft durch Demonstrationen und militante Aktionen. Derzeit stehen die politischen Aktivitäten im Vordergrund. Gegenüber den Vorjahren ist im Jahr 1996 eine deutliche Abnahme von gewalttätigen Aktionen festzustellen. Anschlagswellen wie noch 1995 gab es nicht mehr.

Organisationsstrukturen in Europa

Die oberste Führungsebene in Europa ist die „Europäische Frontzentrale“ (Avrupa Cebne Merkezi – ACM). Auf Länderebene gliedert sich die PKK in Regionen (= Eyalat), Gebiete (= Bölge), Räume (= Alan) sowie Städte mit Stadt- und Stadtteilkomitees mit entsprechenden jeweils verantwortlichen Führungskadern bis hinunter zu Ortsverantwortlichen.

Tarn- und Hilfsorganisationen der PKK

Zum Erreichen ihrer Ziele bedient sich die PKK im Bundesgebiet einer Vielzahl von Tarn- und Hilfsorganisationen. Die Partei hatte bereits 1986 beschlossen, unter dem Dach der Nationalen Befreiungsfront, der ERNK, Massenorganisationen, die Y-Gruppen^[37], zu gründen. Ziel dieser ebenfalls vom Betätigungsverbot der PKK/ERNK erfaßten Organisationen ist es, den Einfluß der PKK auf möglichst viele soziale Gruppen und Lebensbereiche der in Deutschland wohnhaften Kurden auszuweiten, um sie im Sinne der PKK zu organisieren. Außerdem sollen gemäßigtere, mit der PKK konkurrierende Organisationen, wie die KOMKAR, verdrängt werden. Eigene Organisationen gibt es z. B. für Arbeiter, Studenten, Lehrer, Aleviten und Yeziden. 1996 hat es folgende drei Neugründungen gegeben:

- Union der Journalisten Kurdistans (YRK), 17./18. Februar in Köln;

^[37] Der Begriff Y-Gruppen ist erwachsen aus der mit einem Y (für Yekitiya = Union oder Vereinigung) beginnenden Abkürzung des jeweiligen Organisationsnamens. Wegen der Umbenennung einzelner Organisationen trifft dies heute nur noch bedingt zu.

- Union der Juristen Kurdistans (Kürdistan Hukukcular Birliği – KHB), 2./3. März im niedersächsischen Melle;
- Union der Schriftsteller Kurdistans (Yekitiya Niviskaren Kurdistan – YNK), 12. Oktober in Köln.

Die Nähe zur PKK wurde dadurch dokumentiert, daß auf allen Veranstaltungen Grußbotschaften ÖCALANs vorgetragen wurden. Mit den genannten Organisationen hat die PKK zwar kleine, aber aufgrund ihrer Multiplikatorenstellung durchaus wichtige Gruppen erfaßt. Die bedeutendsten „Y-Gruppen“ sind nach wie vor der „Freie Frauenverband Kurdistans“ (Yekitiya Avrupa Jine Kurdistan – YAJK) und die „Union der Jugendlichen aus Kurdistan“ (Yekitiya Ciwanan Kurdistan – YCK).



Fahne der YCK

Die YAJK beteiligte sich am 9. März anlässlich des „Internationalen Frauentages“ an einer Demonstration mit

bundesweiter Beteiligung in Bonn. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Internationaler Frauen-Lesben-Kampftag – für einen weltweiten Frauen-Lesben-Befreiungskampf“. Während der Demonstration kam es zu gewaltsamen Ausschreitungen, als Polizeibeamte Symbole und Fahnen der verbotenen PKK/ERNK beschlagnahmen wollten. 25 Polizeibeamte und zahlreiche Demonstranten wurden zum Teil erheblich verletzt. In Niedersachsen fanden friedlich verlaufene Veranstaltungen mit Beteiligung der YAJK im Januar und Mai in Hannover statt.

Kurdisches Exilparlament

Am 12. April 1995 wurde in Den Haag das „Kurdische Exilparlament“ gegründet. Ihm gehören 65 Abgeordnete an, unter ihnen viele Anhänger der PKK und deren Teil- und Nebenorganisationen. Das Parlament soll den nationalen Befreiungskampf unterstützen und für die Akzeptanz eines unabhängigen Kurdistans unter Führung der PKK werben. In diesem Sinne hat das Parlament nach Berichten des kurdischen Fernsehsenders „MED-TV“ und der Tageszeitung „Özgür Politika“ mit der Einrichtung eines Komitees aus Akademikern und Wissenschaftlern begonnen, das eine Verfassung für ganz Kurdistan ausarbeiten soll.

In einer Diskussionsveranstaltung, die MED-TV zum einjährigen Bestehen des Exilparlamentes am 12. April aus-

strahlte, brachte ein Vertreter der ERNK zum Ausdruck, daß die PKK bzw. die ERNK die Vorherrschaft in diesem Gremium für sich beanspruche. Kritikern, die das Fehlen diverser kurdischer Organisationen im Parlament monierten, entgegnete er:

„Die Rolle der ERNK bei dem Parlament ist ausschlaggebend, was sowohl dem Feind als auch Freunden bekannt ist. Die ERNK hat diese Grundlagen sowohl im Inland als auch im Ausland geschaffen und hat ihm diese Möglichkeit geboten. Außerdem ist sie im Parlament stark vertreten. Aber trotzdem hat die ERNK nicht darauf bestanden, dies allein zu bilden und zu führen. Sie hat gesagt, daß das eine nationale Institution ist und daß alle ihren Platz darin einnehmen können.“

Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (Yekitiya Komele – YEK-KOM)

Die am 27.3.1994 in Bochum wahrscheinlich als Nachfolgeorganisation der verbotenen „Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigung aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland“ (Feyka Kurdistan) gegründete YEK-KOM fungiert als Dachverband der PKK nahestehender Vereine und ist eingebunden in die Öffentlichkeitsarbeit der PKK. Unter anderem trat sie als Anmelderin von PKK-gesteuerten Demonstrationen in Erscheinung. Mittlerweile sind der YEK-KOM Vereine in über 30 deutschen Städten angeschlossen, in Niedersachsen sind dies z.B.:

- Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein Hannover e.V.,

- Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein e.V. in Celle,
- Deutsch Kurdischer Freundschaftsverein – Musa Anter e.V. in Braunschweig,
- Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein Salzgitter e.V.

Unter den Vorstandsmitgliedern dieser Vereine sind zahlreiche Angehörige der deutschen linksextremistischen Szene aktiv.

Am 21. Februar eröffnete die YEK-KOM eine bundesweite Kampagne, um die deutsche Öffentlichkeit „objektiv“ über die Situation der Kurden in Kurdistan und Deutschland zu informieren. In einem Flugblatt hieß es u.a., daß seit längerer Zeit bereits polizeiliche Übergriffe auf friedliche kurdische Demonstranten, zum Teil willkürlich anmutende Durchsuchungen von Vereinen und Privatwohnungen sowie Verbote von jeglichen Veranstaltungen, mit denen sich Kurden artikulieren möchten, zum traurigen Alltag geworden seien.

MED-TV

Der von Brüssel aus betriebene und der PKK nahestehende kurdische Sender MED-TV, der seit Mitte 1995 seine Sendungen über Satellit nach Europa und in den Nahen Osten ausstrahlt, dient der PKK zur Verbreitung ihrer Propaganda. Im Verlaufe des Jahres wurde der Sendebetrieb aufgrund von Schwierigkeiten mit den französischen bzw. englischen Satellitenbetrieberfirmen kurzzeitig eingestellt. Inzwischen sendet MED-TV wieder über den amerikanischen Satellitenbetreiber Intelsat.

Unter Druck geriet MED-TV im September, als im Zuge eines Ermittlungsverfahrens wegen Geldwäsche zahlrei-

che Objekte in Belgien, Großbritannien und Deutschland (u.a. in Celle) durchsucht wurden, von denen die meisten im Zusammenhang mit dem Fernsehsender MED-TV standen. „Özgür Politika“, die der PKK nahestehende Tageszeitung, veröffentlichte am 25. September eine Protesterklärung, in der die Durchsuchungsaktion als „Zugeständnis an die Türkei“ bewertet wurde.

Finanzierung

Für die Ausrüstung und Versorgung ihrer Guerilla-Kämpfer im Osten der Türkei benötigt die PKK umfangreiche Finanzmittel. Außerdem müssen ihre europaweit angelegte Propagandatätigkeit finanziert und die Stützpunkte im Nahen Osten (Syrien, Libanon, Iran und Irak) unterhalten werden. Hinzu kommen Ausgaben für den hauptamtlichen Funktionsapparat. Die PKK ist deshalb auf die erfolgreiche Durchführung regelmäßiger Spendenkampagnen angewiesen. Die von ihr beauftragten Spendensammler üben dabei teilweise nicht nur massiven Druck auf zahlungsunwillige Landsleute aus, sondern gehen auch mit erheblicher Gewalt gegen sie vor. Körperverletzungen werden bundesweit regelmäßig festgestellt. In den vergangenen Jahren kamen bei diesen Spendengeldsammlungen bis zu 30 Millionen DM zusammen; ob dieser Betrag bei der Kampagne 1996/97 ebenfalls erreicht werden konnte, erscheint allerdings zweifelhaft.

Die PKK wird immer wieder verdächtigt, durch Aktivitäten in internationalen Rauschgiftgeschäften hohe Gewinne abzuschöpfen. Die deutschen

Sicherheitsbehörden konnten keinen Nachweis führen, daß die PKK bzw. ihre Mitglieder auf Weisung der Führung mit Drogen handelt. Nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden erhebt die PKK allerdings von ihr bekannten kurdischen Rauschgifthändlern erhöhte „Beiträge“ und wartet nicht nur passiv darauf, daß kurdische Drogendealer Gewinne spenden.

Ermittlungserfolge

Am 4. Januar wurde im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens nach § 129 a StGB (Bildung einer terroristischen Vereinigung) auf Anordnung des Generalbundesanwalts der Gebietsverantwortliche für Hannover durch Beamte des LKA Niedersachsen festgenommen. Ihm wurde u.a. die Beteiligung an zwei Brandanschlägen in Hannover vorgeworfen.

Am 16. Juni wurde in Celle der mutmaßliche Führungsfunktionär der PKK, Murat EKINCI, festgenommen. Ihm wird zur Last gelegt, seit spätestens Mai 1995 die „Europäische Frontzentrale“ (ACM) der PKK geleitet zu haben. Die ACM soll für Brandanschläge gegen türkische Einrichtungen, sogenannte „aktionistische Aktivitäten“, und ab Mai 1994 auch für sogenannte Bestrafungsaktionen bis hin zum Mord an „Abweichlern“ verantwortlich sein.



ERNK



1996 Eylül
September

Duym Monday Pazartesi	Salen Tuesday Salı	Çarşen Wednesday Çarşamba	Pencem Thursday Perşembe	İn Friday Cuma	Şen Saturday Cumartesi	Yekem Sunday Pazar
						1
2	3	4	5	6	7	8
9	10	11	12	13	14	15
16	17	18	19	20	21	22
23/30	24	25	26	27	28	29

Derzeit scheint PKK-Chef ÖCALAN die Tragfähigkeit einer friedlichen Linie ausloten zu wollen. Vor dem Hintergrund der innenpolitischen Krisensituation und dem Erstarken islamistischer Kräfte in der Türkei verspricht er sich mit dieser Taktik vermutlich größere Resonanz in der deutschen Öffentlichkeit. Andererseits ist nicht zu erwarten, daß die Verantwortlichen in der Türkei, insbesondere das Militär, ÖCALAN als Gesprächspartner akzeptieren. Den Verlautbarungen der Militärs ist zu entnehmen, daß diese nach wie vor auf eine gewaltsame Lösung setzen.

ÖCALAN selbst hat militante Aktionen auch nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Die Selbstmordanschläge von PKK-Kämpferinnen in Adana, Sivas und Tunceli im Juni und Oktober, denen zahlreiche Menschen zum Opfer fielen, bezeichnete er am 3. November in einem Gespräch mit MED-TV als nicht weisungsgebundene Aktionen. Gleichwohl hätten diese Aktionen symbolischen Charakter. Die Entschlossenheit der Attentäterinnen zeige, welche Wege geöffnet werden könnten. Solche indirekten Drohungen spiegeln die Erkenntnis wieder, daß die PKK ohne die Fähigkeit zu gewalttätigen Aktionen kein ernstzunehmender politischer Faktor ist.

Wenngleich die PKK-Führung derzeit darauf bedacht ist, in Deutschland massive Verstöße gegen das Betätigungsverbot oder aufsehenerregende Gewalttätigkeiten zu vermeiden, bleibt die Bundesrepublik weiterhin ein wichtiges Betätigungsfeld zur Rekrutierung von Aktivisten und Kämpfern sowie zur Beschaffung von Finanzmitteln. Zur Erfüllung des jeweils von der PKK-Führung vorgegebenen Plansolls werden auch Straftaten begangen (Kindesentziehung, Erpressung).

Devrimci Sol

Sitz		
Europazentrale:	Köln	
Zentralkomitee:	Istanbul	
Vorsitzender:	Dursun KARATAS	
Mitglieder	1995	1996
Bund	800	900
Niedersachsen:	110	100
Publikationen:	„Devrimci Sol – Haber Buelteni“ – Dev Sol – Nachrichtenbulletin –	

Die „Devrimci Sol“ (Revolutionäre Linke) wurde 1978 gegründet. Auf der Grundlage einer marxistisch-leninistischen Ideologie strebt sie durch eine bewaffnete Revolution ein sozialistisches Gesellschaftssystem in der Türkei an. Sie unterstützt den kurdischen Befreiungskampf. Nach zahlreichen Terroranschlägen wurde die „Devrimci Sol“ bereits am 12. September 1980 in der Türkei verboten. Unter anderem hatte sie im Mai 1980 den ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten Nihat Erim ermordet. Wegen zahlreicher Brandanschläge, Sachbeschädigungen, Körperverletzungen und Verstößen gegen das Vereinsgesetz erfolgte ein Verbot der „Devrimci Sol“ in Deutschland am 9. Februar 1983.

In der Folgezeit setzte die „Devrimci Sol“ ihre Aktionen konspirativ fort. Jahrelange interne Auseinandersetzungen führten schließlich 1993 zur Spaltung der Organisation in zwei Lager. Der nach dem langjährigen Leiter der „Devrimci Sol“, Dursun KARATAS, benannte „Karatas-Flügel“ gab sich die Bezeichnung „Revolutionäre Volksbefreiungspartei – Front“ (DHKP-C) und beanspruchte die legitime Nachfolge der „Devrimci Sol“. In deren Tradition strebt die DHKP-C die Zerschlagung des türkischen Staates an und verfolgt das Endziel einer klassenlosen Gesellschaft. Die DHKP-C unterteilt sich in der Türkei in einen politischen Arm – „Revolu-

tionäre Volksbefreiungspartei“ (DHKP) – und in einen militärischen Arm unter der Bezeichnung „Revolutionäre Volksbefreiungsfront“ (DHKC).

Der „Yagan-Flügel“, benannt nach dem 1993 getöteten Anführer Bedri YAGAN, weist kaum ideologische Unterschiede zum „Karatas-Flügel“ auf. Dies dokumentiert sich auch in der Selbstbezeichnung „Türkische Volksbefreiungspartei/-front – Revolutionäre Linke“ (THKP-C-Devrimci Sol).

Bereits im Herbst 1995, als bei einem Protest politischer Gefangener in der Türkei gegen die dortigen Haftbedingungen vier Häftlinge getötet worden

IRKÇI-FAŞİST HAREKETLERE KARŞI MÜCADELEYİ YÜKSELTELİM



Laßt uns den Kampf gegen rassistische und
faschistische Bewegungen vorantreiben !

Elevons la lutte contre les
mouvements racistes-fascistes

DEVRİMCİ SOL GÜÇLER

waren, hatten linksextremistische türkische Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland, darunter auch Aktivisten der „Devrimci Sol“, mit gewalttätigen Aktionen reagiert. Vom 27. März bis zum 27. Juli kam es in der Türkei erneut zu Protesten linksextremistischer Organisationen gegen die Haftbedingungen. 1.500 Häftlinge beteiligten sich an einem Hungerstreik, dem zwölf Gefangene zum Opfer fielen, darunter Mitglieder der TKP/ML.

Die Vorgänge in der Türkei führten zu Reaktionen linksextremistischer Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Es kam zu Hungerstreiks, Mahnwachen, Brandanschlägen, Hausbesetzungen und Demonstrationen. „Dev Sol“, ein Presseorgan der „Devrimci Sol“, veröffentlichte in diesem Zusammenhang Anleitungen zum Bau von Bomben. Organisiert wurden die Aktionen, die sich größtenteils gegen türkische Einrichtungen richteten, von einem „Solidaritätskomitee für die politischen Gefangenen in der Türkei“, das nach Anweisungen aus den Parteizentralen in der Türkei handelte.

Die DHKP-C strebt eine engere Zusammenarbeit mit der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) an, um den Krieg in der Türkei mit einer „Front aller linksorientierten Parteien“ zu führen. Am 22. Dezember unterzeichneten die PKK und die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei“ (DHKP), der politische Arm

der DHKP-C, ein gemeinsames Protokoll, in welchem sie sich zum „Aufbau einer revolutionären Front“ verpflichteten und zum „gemeinsamen Kampf gegen das türkische Ausbeutungs- und Unterdrückungsregime“ aufrufen.

Sie finanziert sich über Spenden. Im November startete sie europaweit eine Spendenkampagne, bei der vereinzelt versucht wurde, Spenden unter Androhung von Gewalt einzutreiben. Die Kampagne dürfte nicht zur Zufriedenheit der Parteiführung verlaufen sein, das Spendenziel wurde bei weitem nicht erreicht.

Deutsche Türk-Föderation (ATF) / Konföderation der idealistischen Türken in Europa (AÜTDK) (früher: Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF))

Sitz:	Griesheim bei Frankfurt/Main	
Vorsitzender:	Mehmet ERDOGAN	
Mitglieder	1995	1996
Bund:	6.000	6.900
Niedersachsen:	350	430
Publikationen:	„Ortadogu“ „Türk Federasyon“	

Die 1978 gegründete Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) hat sich am 5. Oktober auf ihrem 19. Bundeskongreß in Essen in die Deutsche Türk-Föderation (Almanya Türk Federasyon – ATF –) umbenannt. Gleichzeitig konstituierte sich die ATF als Teil des neu gegründeten Dachverbandes Konföderation der idealistischen Türken in Europa (Avrupa Ülkücü Türk Demekleri – AÜTDK –). Diesem Verband gehören u.a. die nationalen Föderationen in Deutschland (ATF), Holland (HTF), Österreich (AÜTDF), Frankreich (FÜDF), Belgien (BÜTDF) und der Schweiz (IÜTDF) an. Darüber hinaus gibt es Föderationen in den USA, Australien und Ägypten. Die in Europa und Übersee bestehenden Organisationseinheiten sind seit dem Oktober nicht mehr der ehemaligen ADÜTDF-Zentrale in Frankfurt/Main unterstellt, sondern werden von einem Aufsichtsgremium der AÜTDK kontrolliert. Vorsitzender der AÜTDK ist Prof. Dr. Ömer AKSU. Einer seiner Stellvertreter ist der bisherige ADÜTDF-Vorsitzende Türken ONUR.

Während bei der Organisation in der ersten Phase ihrer Existenz der Pantürkismus eindeutig im Vordergrund stand, haben in den letzten Jahren islamische Positionen ein größeres Gewicht erhalten, so daß von einer politisch-kulturellen Synthese aus Türken-

tum und Islam gesprochen werden kann.

Die ATF/AÜTDK unterstützt die politischen Ziele der nationalistischen türkischen „Partei der nationalen Bewegung“ (MHP) unter dem Vorsitz von Alparslan

TÜRKES^[38]. Die enge Verflechtung wird daran deutlich, daß TÜRKES als Hauptredner auf dem Kongreß in Essen vor rd. 10.000 Personen auftrat. Dort äußerte er sich im pantürkischen Sinne, als er ausführte:

„Die MHP wird eines Tages die Türkei zu einem Superstaat führen, der als achter Staat den bisherigen Wirtschaftsmächten gleichgestellt ist.“

Weiter sagte TÜRKES, daß für die in Deutschland lebenden Türken kulturelles und parteipolitisches Engagement wichtig sei, um Einfluß in deutschen Parteien und Gewerkschaften zu erlangen.

^[38] Türkes ist Anfang April 1997 in der Türkei gestorben.

Die ATF ist im Bundesgebiet in Vereinen organisiert. In Niedersachsen gibt es Mitgliedsvereine u.a. in Hannover, Goslar, Braunschweig, Osnabrück, Salzgitter. Sitz des Landesverbandes Niedersachsen ist Kassel; dort hat der neue Landesvorsitzende seinen Wohnsitz.

Islamistische Extremisten

Die politischen Zielsetzungen islamistischer Organisationen basieren auf den Fundamenten des Islams – Koran und Überlieferung. Man kann von einer rückwärts gewandten Utopie sprechen. Die unter Mohammed in Medina entstandene, auf göttlichem Gesetz basierende Gemeinde gilt als vollkommene Ordnung, als zu schaffender Gottesstaat. Die Identifizierung von Religion und Staat („din wa daula“), von Religionsgesetz und normativem Recht der islamischen Gemeinschaft, ist ein Prinzip der islamischen Glaubens-tradition. Die realen Verhältnisse in der islamischen Welt waren mit diesem Ideal eines religiös-politischen Systems des Islams jedoch niemals deckungsgleich. Deshalb traten bereits sehr früh, etwa im 10. und 11. Jahrhundert, fundamentalistische Strömungen in Erscheinung.

Fundamentalistische Ideologien, so auch der neuzeitliche Islamismus, sind Reaktionen auf Krisensituationen. Derzeit durchlaufen viele islamische Staaten Modernisierungskrisen. Die durch das Erdölzeitalter ausgelöste Industrialisierung hat alte Strukturen zerschlagen, ohne daß die Bevölkerung gleichermaßen an neuem Reichtum partizipiert hätte. Das Bevölkerungswachstum ist hoch, vielen Jugendlichen erscheint die Zukunft perspektivlos. Angesichts der Komplexität der sozialen Entwicklung haben die Islamisten eine einfache, kulturell leicht ver-

mittelbare Lösung anzubieten. Als Ursache für die Mißstände geißeln sie die Dominanz der westlichen Kultur, die den Moslems die ihnen eigene überlegene Kultur geraubt hätte. Die Islamisten halten es deshalb für erforderlich, die Krise der islamischen Welt durch eine Rückbesinnung auf die absolut gesetzten Fundamente der eigenen Religion zu überwinden. Den westlichen Weg, sowohl die Kultur als auch das politische System, lehnen sie kategorisch ab.

Ungeachtet der Differenzen, die zwischen der schiitischen Richtung und der sunnitischen Mehrheitsrichtung des Islam bestehen, hat die Errichtung eines schiitisch-islamischen Staates im Iran nach der Revolution 1979 der Rückbesinnung auf die Fundamente des Islams auch unter Sunniten neue Impulse verliehen. Die islamische Geistlichkeit des Iran ihrerseits leitet aus der erfolgreich durchgeführten Revolution einen Führungsanspruch bei der Reislamisierung der islamischen Welt ab. So unterstützt sie z.B. maßgeblich Organisationen wie die „Hizb Allah“ und die HAMAS. In Deutschland versucht der Iran über schiitische Moslems hinaus auch bei sunnitischen Moslems Einfluß zu gewinnen.

Die Verfassungsschutzbehörden beobachten entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag weder den „Islam“ als Religion, noch den Islamismus als religiöse Bewegung zur „Rückbesinnung“ auf islamische Werte und Inhalte (Fundamentalismus).

Ihr Arbeitsfeld ist vielmehr eine militante Sonderströmung, die islamistische Inhalte zu einer politischen Ideologie instrumentalisiert. Diese Spielart des Islamismus unterfällt dem Beobachtungsauftrag der Verfassungsschutzbehörden, wenn und soweit von ihr politisch bestimmte Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgehen und/oder sie durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bun-

desrepublik Deutschland gefährden. Die Träger dieser Bestrebungen werden begrifflich zur Abgrenzung von anderen islamistischen Varianten als islamistische Extremisten bezeichnet.

Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln (ICCB/A.F.I.D.)

Sitz:	Köln	
Vorsitzender:	Metin KAPLAN	
Mitglieder	1995	1996
Bund	2.900	1.500
Niedersachsen:	500	400
Publikationen:	„ÜMMET-i-MUHAMMED“	

Der „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln“ (ICCB) wurde 1984 von Cemaleddin Kaplan als Abspaltung von der AMGT gegründet. Bundesweit gehören ihm noch 50 bis 60 Mitgliedsvereine an. In Niedersachsen existieren Vereine u.a. in Braunschweig, Göttingen, Stadthagen, Salzgitter und Wunstorf. Das Ziel der Organisation ist eine islamische Revolution und die Errichtung eines islamischen Gottesstaates nach iranischem Vorbild. In diesem Sinne verkündete der Vorsitzende der Organisation, Metin KAPLAN, in einer Grundsatzrede im Februar und auf der Jahreshauptversammlung im Mai in Düsseldorf, der Koran sei das Grundgesetz und das Strafgesetzbuch des Islam. Weltliche Gesetze stünden hierzu in Widerspruch. Ausdrücklich bekannte er sich zur Gewaltanwendung im Namen des Islam.

Mit diesen Äußerungen steht Metin KAPLAN in der Tradition seines Vaters Cemaleddin KAPLAN, der 1992 in Koblenz einen „Föderativen Islamstaat Anatolien“ (A.F.I.D.), einen „heiligen Koranstaat“, proklamiert hatte. Wie sein im Mai 1995 gestorbener Vater hat sich Metin KAPLAN zwar ebenfalls zum Kalifen ausrufen lassen, doch ist er wegen seines überzogenen Führungsanspruchs sehr umstritten. Seine Gegner finden sich einmal in der 1994 abgespaltenen Organisation „Union der Muslimischen Bewegung“ (MCB), die aber wenig Außenwirkung zeigt und nahezu bedeutungslos geworden ist. Hauptkonkurrent ist Dr. Yusuf Ibrahim SOFU aus Berlin, der sich Anfang 1996 ebenfalls zum Kalifen ernannt hat. Hierdurch wird die Autorität Metin KAPLANS in besonderer Weise erschüttert, denn SOFU genoß als Bundesvorsitzender der Jugend-

organisation und loyaler Gefolgsmann Cemaleddin KAPLANS zu dessen Lebzeiten hohes Ansehen innerhalb des ICCB.

Die Auseinandersetzungen zwischen KAPLAN und SOFU – finanzielle Schwierigkeiten kommen hinzu – haben viele Mitglieder des ICCB zur AMGT/IGMG abwandern lassen. Einige Mitgliedsvereine, die der ICCB noch für sich reklamiert, existieren nur noch dem Namen nach oder haben sich inzwischen von der Organisation abgewandt. Einzelne Vereine befinden sich darüber hinaus mit der ICCB-Zentrale in Rechtsstreitigkeiten über Vermögensfragen. Derzeit ist noch nicht abzusehen, in welche Richtung sich diese Vereine orientieren.

Die ehemalige „Vereinigung der Neuen Weltsicht in Europa e.V.“ (AMGT), heute: Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)^[39] die nach dem Vorbild des Iran eine weltweite Islamisierung anstrebt und verstärkt Kontakte zu islamischen Gruppierungen in Nordafrika und dem Nahen Osten sucht, hat demgegenüber weiter an Zulauf gewonnen. In Deutschland existieren zur Zeit ca. 200 Mitgliedsvereine, darunter in Hannover, Braunschweig und Goslar. Bundesweit beträgt die Zahl der Mitglieder/Anhänger 26.500. Zum Bundesvorsitzenden wurde auf der 2. IGMG-Generalversammlung am 1. Juni in Dortmund Ali YÜKSEL gewählt. Die im Frühjahr 1995 vorgenommene Änderung der Organisationsstruktur (siehe Fußnote) hat sich nach Angaben führender Repräsentanten bewährt. Damals war neben der IGMG eine

„Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgesellschaft e.V.“ (EMUG) zur Verwaltung des Immobilienbesitzes im Wert von ca. 80 Mio. DM geschaffen worden. Bei einer Konferenz im Dezember in ihrer Kölner Zentrale haben die IGMG-Landesvorsitzenden die türkischen Geschäftsleute in Deutschland aufgerufen, für die Ziele der IGMG zu spenden und ihre Geschäftsguthaben auf türkische Banken zu transferieren. Nach Schätzungen belaufen sich diese Guthaben auf 95 Milliarden DM.

^[39] Die AMGT hatte sich im Laufe des Jahres 1995 umgegliedert. Nachfolgeorganisation wurde die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG), die – laut Satzung – zur religiösen, kulturellen und sozialen Betreuung der türkischen Staatsangehörigen gegründet wurde. Daneben verfolgt sie die religiös-politischen Ziel der AMGT und der türkischen Refah-Partei.

Weitere islamistische Organisationen

Zu den weiteren islamistischen Organisationen gehören u.a.

Muslimbruderschaft (MB)

Die Organisation mit Zentren in München und Aachen ist weltweit tätig. Sie verfügt über mehrere Untergliederungen wie z. B. die „Islamische Heilsfront“ (FIS) in Algerien, die durch terroristische Aktivitäten bekanntgewordenen ist.

Hizb Allah (Partei Gottes)

Die schiitisch-extremistische libanesische Partei, die sich auch als „Islamischer Widerstand“ bezeichnet, wurde 1982 auf Betreiben des Iran gegründet. Sie entwickelte sich aufgrund massiver iranischer Unterstützung rasch zu einer militanten Sammlungsbewegung libanesischer Schiiten. Die „Hizb-Allah“-Zentrale ist in Münster angesiedelt. Bekannte niedersächsische Vereine befinden sich u.a. in Hannover und Braunschweig.

HAMAS (Islamische Widerstandsbewegung)

Ziel der Organisation ist die Errichtung eines palästinensischen Staates und die Vernichtung Israels. Sie steht in völliger Gegnerschaft zu dem Friedensprozeß im Nahen Osten. In Deutschland ist die Bewegung vor allem in Berlin und München aktiv. In Niedersachsen wohnen lediglich einige Mitglieder bzw. Funktionäre.

Union Islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.)

Mitglieder	1995	1996
Bund	300	300
Niedersachsen:	40	40
Publikationen:	„Quds“ (Jerusalem)	

Für viele außerhalb des Iran lebende Anhänger des Regimes der islamischen Republik Iran ist unverändert die „Union Islamischer Studentenvereine in Europa“ (U.I.S.A.) die Dachorganisation regimetreuer iranischer Studenten im Ausland. Die U.I.S.A. vertritt vehement die Grundsätze der „Islamischen Revolution“. Sie verfügt über Zweigstellen in ganz Europa. Die Aktivitäten werden direkt vom Iran, diplomatischen Vertretungen des Iran im Ausland oder sogar vom iranischen Nachrichtendienst gesteuert. Die schiitisch iranische Organisation „AHL-UL-BEYT“, eine nachgeordnete Organisation der U.I.S.A., verfolgt das Ziel, die Einheit und Solidarität sämtlicher islamischer

Länder zu verwirklichen. Insbesondere setzt sich die U.I.S.A. für die Verbreitung der Revolutionsidee Khomeinis ein und zeichnet verantwortlich für die Ausspähung und ggf. Bestrafung iranischer Oppositioneller. In Niedersachsen befinden sich U.I.S.A.-Vereine in Braunschweig, Göttingen, Delmenhorst, Oldenburg und Clausthal-Zellerfeld. Besondere Aktivitäten entwickelt die U.I.S.A. im „Islamischen Zentrum Hamburg“, das eine Zweigstelle in Niedersachsen unterhält. An der Hauptversammlung vom 13. bis 15. September in Hamburg nahmen ca. 50 Personen teil. Auch Vertreter der iranischen Regierung waren zu der Veranstaltung angereist.

Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)

Die meisten Aktivitäten entfaltet die „Organisation der Volksmodjahedin Iran“ (MEK). Von der MEK beherrscht wird der „Nationale Widerstandsrat Iran“ (NWRI), der sich als einzige legitime Vertretung des demokratischen iranischen Widerstandes darstellt,

obwohl diese Organisation tatsächlich nur einen kleinen Teil der iranischen Opposition repräsentiert. Vom NWRI initiierte Tarnvereine wie die „Flüchtlingshilfe Iran e.V.“ oder der „Verein Iranischer Demokratischer Akademiker e.V.“ traten u.a. als Anmelder für Straßensammlungen auf, die der Geldbeschaffung der MEK dienten.

Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)

Sitz:	Gummersbach	
Vorsitzender:	SIVANESWARAN, Rasiah	
Mitglieder	1995	1996
Bund	600	650
Niedersachsen:	60	60
Publikationen:	„TAMIL-LAND“	

Im Mittelpunkt der politischen Aktivitäten der LTTE steht der Kampf für einen unabhängigen sozialistischen Teilstaat, Tamil Eelam, im Nordosten Sri Lankas. Historischer Hintergrund dieses Kampfes ist der ethnische Konflikt zwischen der politisch dominierenden buddhistischen singhalesischen Bevölkerungsmehrheit Sri Lankas (74 % der Bevölkerung) und der tamilischen Minderheit hinduistischen Glaubens

(18 % der Bevölkerung). Bis 1815 hatten tamilische und singhalesische Teilkönigreiche existiert, die von der britischen Kolonialmacht aufgelöst wurden. Der durch die Unterdrückung der tamilischen Minderheit herbeigeführte ethnische Konflikt eskalierte erstmals in den fünfziger Jahren, als er über 500 Tote forderte.

Im Jahre 1972 wurde die revolutionär marxistische Organisation „Tamil New Tigers“ gegründet, die sich seit 1976 „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ nennt. Die Aktivitäten der LTTE in der Bundesrepublik Deutschland sind darauf gerichtet, den Kampf auf Sri Lanka durch monatliche Spendensammlungen finanziell zu unterstützen. Insgesamt leben in Deutschland ungefähr 40.000 Tamilen, davon ca. 4.000 in Niedersachsen.

Die LTTE führt über Tarnorganisationen wie die „World Tamil Movement“ Kulturveranstaltungen durch, deren eigentlicher Zweck aber ebenfalls in der Sammlung von Spenden zu sehen ist. Politisches Engagement in der Öffent-

lichkeit bildet die Ausnahme. Im Mai 1996 wurde die LTTE wegen der beabsichtigten Abschiebung von Tamilen aus Niedersachsen aktiv, als sie in Braunschweig eine Demonstration gegen die Abschiebung organisierte und durch eine Delegation beim Landtag in Hannover eine entsprechende Petition übergeben ließ. Ausschlaggebend für diese Aktionen dürfte der Druck tamilischer Asylbewerber gewesen sein, dem die LTTE nachgegeben hat, um ihre Legitimation nicht zu verlieren.

Provisorische Irische Republikanische Armee (PIRA)

Die terroristische „Provisional Irish Republican Army“ trat 1996 erstmals wieder mit einem Anschlag auf dem europäischen Festland in Erscheinung: Ein Kampfkommando der PIRA, eine sogenannte ASU (Aktive Service Unit), schoß mit einem selbstgebauten Mörser von der Ladefläche eines gemieteten Kleintransporters in Richtung der Tankanlage der britischen „Quebec-Kaserne“ in Osnabrück. Nur durch glückliche Umstände kam es trotz Anwesenheit zahlreicher Personen nur zu Sachschäden an Gebäuden und Fahrzeugen. Die Polizei konnte ermitteln, daß die zunächst unbekanntesten Täter – drei Männer und zwei Frauen – zuvor vom 15. bis 29. Juni ein Wochenendhaus in Sandhatten bei Oldenburg gemietet hatten.

Ende November wurden zwei der Täter – eine Frau sowie ein Mann – in Nordirland festgenommen.

Trotz erfolgreicher Arbeit der Sicherheitsbehörden kann sich die PIRA wegen ihres Rückhalts in der heimischen Bevölkerung immer wieder regenerieren. Die letzte große Anschlagswelle auf dem europäischen Festland fand in den Jahren 1987 bis 1990 (allein fünf Anschläge in Niedersachsen) statt. Danach waren noch einige blutige Gewaltakte in Nordirland und Großbritannien zu verzeichnen, die in den letzten Jahren zugunsten von Friedensgesprächen abebbten. Am

31.8.1994 veröffentlichte die PIRA eine Gewaltverzichtserklärung mit „der vollständigen Einstellung aller militärischen Operationen“. Dies ebnete den Weg für Friedensverhandlungen zwischen der „Sinn Fein“, dem politischen Flügel der „PIRA“, und der britischen sowie irischen Regierung. Allerdings scheiterten die Gespräche letztlich an der Weigerung, das Waffenarsenal der PIRA zu zerstören oder herauszugeben, so daß diese am 9.2.1996 die Waffenruhe für beendet erklärte.

Spionageabwehr

Überblick

Die Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland durch Spionageaktivitäten von Nachrichtendiensten fremder Staaten hat sich seit Beginn der 90er Jahre erheblich verändert.

Früher bildete der ideologisch geprägte Konflikt zwischen Ost und West die hauptsächliche Basis für Politik-, Wirtschafts-/Wissenschafts- und Militärspionage gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Nach der Auflösung des kommunistischen Blocks sind zunehmend sich abzeichnende und entwickelnde nationale Interessen bestimmend für Spionageaktivitäten fremder Staaten gegen Deutschland. Für die Spionageabwehr im Verfassungsschutz des Bundes und der Länder haben sich zwei Beobachtungsschwerpunkte herausgebildet:

- die Nachrichtendienste der GUS-Länder, insbesondere der Russischen Föderation;
- die Nachrichtendienste der sog. Krisenländer im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika.

Die Spionageabwehr im Verfassungsschutz muß unter den neuen Gegebenheiten verstärkt längerfristig Aufklärungsbemühungen fremder Nachrichtendienste beobachtend begleiten und weit weniger, als in der Vergangenheit praktiziert, vorbereitend auf Maßnahmen der Exekutivbehörden hinarbeiten.

Als Beispiel für diese Beobachtungsaufgabe der Spionageabwehr gilt insbesondere die Aufsplitterung der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten. Während frühere Satellitenstaaten wie z.B. Polen, Ungarn und Tschechien sich

bemühen, an Westeuropa Anschluß zu finden und ihre frühere, aggressive Spionage gegen Deutschland weitgehend reduziert bzw. eingestellt haben, geht die Entwicklung bei den GUS-Ländern, insbesondere der Russischen Föderation, einen anderen Weg. Der frühere sowjetische KGB ist seit 1991 auf dem Territorium Rußlands durch Aufteilungen, Umorganisationen und Umbenennungen mehr als 10mal verändert worden. Dies hat sich zunächst erheblich auf die Wirksamkeit und Kontinuität der Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland ausgewirkt. Inzwischen belegen erste Anzeichen, daß auch bei den russischen Nachrichtendiensten eine Konsolidierungsphase eingetreten ist.

Aus verlässlichen Quellen wurde der Spionageabwehr bekannt, was russische Nachrichtendienste unter „Wirtschaftsspionage“ verstehen:

„Die wissenschaftlich-technische Aufklärung muß in den Bereichen Wissenschaft, Technik und Konversion der militärischen Industrie alle Vorgänge im Ausland aufmerksam verfolgen, die für Rußland vorteilhaft oder aber gefährlich sein könnten. Die Erlangung von Informationen, die zur weiteren Entwicklung der einheimischen Wissenschaft und Technik sowie der Industrie und Streitkräfte beitragen, ... muß mit allen Mitteln ausgebaut und stimuliert werden.“

Der Informationsbedarf der Dienste im Bereich wissenschaftlich technische Aufklärung umfaßt folgende Bereiche:

„Theoretische und angewandte Aspekte des friedlichen und militärischen Einsatzes der Atomenergie; Elektronik (insbesondere EDV, Steuerungssysteme, Automation); Raketen- und Flugzeugbau; Erschließung des Weltraums; Leistungen der organischen und der anorganischen Chemie (besonders hochproduktive, energiesparende, emissionsfreie und ökologisch saubere Verfahren zur Verarbeitung von Naturschätzen und Herstellung synthetischer Produkte), der Biologie, der Medizin u.a.“

Die Aufklärungsbemühungen fremder Nachrichtendienste, zu denen auch solche befreundeter Staaten im Westen zu zählen sind, setzen bevorzugt dort an, wo Informationen in konzentrierter Form und möglichst aus verschiedenen Branchen gleichzeitig vorliegen. Von besonderem Interesse sind daher Zulieferfirmen, Technologie- und Transferzentren, technisch-wissenschaftliche Übersetzungsbüros, Ingenieurbüros für technische Dokumentation, Unternehmensberater, Datenbanken sowie öffentliche Stellen, welche über Zulassung und Beschaffung neuer technischer Verfahren oder Produkte entscheiden

Interessenschwerpunkte sogenannter Krisenländer liegen insbesondere auf den Gebieten Proliferation^[40] und sensitive Exporte.

Die Nachrichtendienste der Russischen Föderation

Am 10. Januar 1996 wurde in Rußland das Bundesgesetz Nr. 5 „Über die Auslandsaufklärung“ durch Staatspräsident Jelzin unterzeichnet. Dieses Gesetz formuliert den Status der Auslandsaufklärung der Russischen Föderation, die Grundzüge ihrer Organisation und Funktionen sowie die Verfahren zur Prüfung und Kontrolle ihrer Arbeit. Es gibt einen deutlichen Beleg für die Breite der russischen Spionagetätigkeit. In § 11 des Gesetzes werden die Aufgabenbereiche der Auslandsaufklärungsorgane aufgeführt. Danach wird

„der Auslandsnachrichtendienst der Russischen Föderation in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Militärstrategie, Wissenschaft, Technik und Umwelt sowie im Interesse der Sicherheit von Einrichtungen der Russischen Föderation außerhalb des Hoheitsgebietes der Russischen Föderation nachrichtenbeschaffend tätig“.

Diese Aufgaben werden vom Auslandsnachrichtendienst SWR wahrgenommen. Der damalige Leiter des SWR und heutige russische Außenminister, Primakov, hatte schon im Mai 1995 öffentlich erklärt, er halte Spionage für unverzichtbar. Spionage sei ein notwendiges Instrument, mit dem eine ganze Reihe wichtiger Aufgaben zu lösen seien. Zu den Arbeitsmethoden der Aufklärung gehört laut Primakov auch

^[40] Hierunter wird das Weiterverbreiten von Techniken und Bestandteilen zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen einschl. des dafür erforderlichen Know-how sowie entsprechender Waffenträgersysteme verstanden. Als sensitive Exporte werden Geschäfte bezeichnet, die gegen Bestimmungen des Außenwirtschaftsgesetzes oder des Kriegswaffenkontrollgesetzes verstoßen, die den Export bestimmter Güter in Krisengebiete untersagen.

die Herstellung vertraulicher Beziehungen. Damit ist die Werbung und Führung von Agenten zur geheimen Nachrichtenbeschaffung gemeint.

Der SWR genießt die Achtung des russischen Präsidenten Jelzin. Dieser hat bei einem Besuch in der SWR-Zentrale die Bedeutung der russischen Aufklärung hervorgehoben und die Mitarbeiter aufgefordert, ihre operativen Möglichkeiten zum Wohle Rußlands zu nutzen. Nach Ansicht des Präsidenten müsse die Nachrichtenbeschaffung im Ausland gesteigert werden. Vor allem zur Durchsetzung russischer Wirtschaftsinteressen sei sowohl die Außenpolitik als auch die Aufklärung gefordert. Den Mitarbeitern versprach Jelzin, daß im Bereich der Aufklärung niemand arbeitslos werde. Die Ernennung des langjährigen Leiters der Auslandsaufklärung Primakov zum russischen Außenminister im Jahre 1996 ist Beleg für den hohen Stellenwert des Dienstes.

Sein Nachfolger Trubnikow hat sich in einem Interview zu der Position des Nachrichtendienstes SWR im politischen Gesamtgefüge Rußlands geäußert. Er sieht den ihm unterstellten Dienst als eine politische Organisation, die neben dem Außenministerium und dem Ministerium für Außenwirtschaftsbeziehungen den außenpolitischen Kurs des Landes sichert. Der politische Einfluß des SWR dürfe jedoch nicht überschätzt werden, da die Aufklärung sich ihre Aufgaben nicht selbst ausdenke und keine politischen Entscheidungen treffe.

Trubnikow glaubt, daß das heutige Rußland auf eine Aufklärung im globalen Maßstab verzichten könne. Die Arbeit der Aufklärung müsse nur dort genutzt werden, wo man ohne sie nicht auskomme. Der Kalte Krieg sei beendet. Der offene Charakter der russischen Gesellschaft und die stark erweiterten kulturellen, wissenschaftli-

chen und gesellschaftlichen Beziehungen sowie die menschlichen Kontakte hätten die neue Welt sicherer und voraussagbarer gemacht. Gleichwohl dürfe man sich nicht der Illusion einer gewaltfreien Welt hingeben. Trubnikow sieht seine Aufgaben darin, der politischen Führung Rußlands Gefahren für die äußere und innere Sicherheit aufzuzeigen und zu beweisen.

Im bereits zitierten § 11 heißt es weiter,

„das Auslandsaufklärungsorgan des Verteidigungsministeriums hat die Aufgaben, im militärischen, militärpolitischen, militär-technischen, militär-wirtschaftlichen und ökologischen Bereich Nachrichten zu beschaffen.“

Diese Aufgaben erfüllt der militärische Nachrichtendienst GRU. Der GRU ist seit der Auflösung der UdSSR nahezu unangetastet geblieben. Das Aufgabenprofil des Dienstes ist in den letzten Jahren sogar erweitert worden. So betätigt sich der GRU in letzter Zeit nicht nur in Bereichen der militär-spezifischen Informationsbeschaffung, sondern versucht auch, in zivile Aufklärungsbereiche vorzudringen. Dabei ist der GRU besonders an wirtschaftlichen sowie wissenschaftlich-technologischen Informationen interessiert. Bevorzugt werden Entwicklungs- und Forschungsdaten sowie Produkte mit zivilen und militärischen Anwendungsmöglichkeiten („dual use products“).

Ebenfalls mit Auslandsaufklärung beschäftigen sich zwei weitere Nachrichtendienste, nämlich FSB und FAPSI.

Außer diesen vier Nachrichtendiensten, die sich schwerpunktmäßig mit der Aufklärung der Bundesrepublik Deutschland befassen, gibt es derzeit mindestens noch zwei weitere Nachrichtendienste in der Russischen Föderation.

Aktivitäten der russischen Nachrichtendienste

Die Bundesrepublik Deutschland unterliegt wegen ihrer zentralen politischen Lage in Europa, wegen ihrer Wirtschaftskraft und ihres wissenschaftlich-technischen Niveaus nach wie vor einem hohen Aufklärungsinteresse der russischen Nachrichtendienste. In der Umbruchphase dieser Dienste war ein Rückgang der klassischen, konspirativen Aufklärungstätigkeit zugunsten der offenen Informationsbeschaffung aus allgemein zugänglichen Quellen festzustellen.

Nachdem nun die Konsolidierungsphase der russischen Nachrichtendienste abgeschlossen zu sein scheint, ist auch wieder eine Verstärkung der klassischen Spionagetätigkeit bis hin zur verdeckten Werbung und Führung von Agenten zu beobachten. Zudem ist ein Rückgriff auf das weit gefächerte Spektrum an typisch nachrichtendienstlichen Mitteln und Methoden zu verzeichnen.

Um die wirtschaftliche Entwicklung in Rußland voranzubringen und die Defizite in Industrie und Forschung auszugleichen, beschaffen die Nachrichtendienste wirtschaftspolitische Basis- und Hintergrundinformationen, aber auch konkrete Produkte, Produktinformationen und Forschungsergebnisse.

Traditionelle Beschaffungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Elektronik, Informations-, Kommunikations- und Sicherheitstechnik. Aber

auch Informationen aus Medizin/Medizintechnik und Biologie/Biologietechnik liegen im nachrichtendienstlichen Interesse.

In den offiziellen diplomatischen und konsularischen Vertretungen Rußlands in der Bundesrepublik Deutschland sind nach wie vor große nachrichtendienstliche Stützpunkte eingerichtet, in denen Nachrichtendienstoffiziere auf getarnten Dienstposten tätig sind (sog. Legalresidenturen).

Die intensiven und nahezu unbelasteten Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland bieten den russischen Nachrichtendiensten zudem die Möglichkeit, Mitarbeiter unter privatwirtschaftlicher Tarnung in Unternehmen einzusetzen – sei es als Beschäftigte, Teilhaber oder gar Gründer einer russischen oder deutsch-russischen Firma bzw. Kapitalgesellschaft.

Derartige Positionen bieten ein weites Feld zur Realisierung operativer Vorhaben; die niedersächsische Spionageabwehr richtet ihr besonderes Augenmerk darauf.

Die Spionageabwehr verfügt darüber hinaus über Erkenntnisse, daß im Osthandel involvierte Firmenvertreter und Geschäftsleute zunehmend auf ihren Reisen oder bei ihren Aufenthalten in Rußland in das Blickfeld der dortigen Nachrichtendienste gelangen.

In einem breit und bundesweit angelegten Sensibilisierungsprogramm werden deshalb auch in der niedersächsischen Wirtschaft Hinweise auf Arbeitsmethoden und Hauptzielrichtungen der russischen Nachrichtendienste gegeben.

Nachrichtendienste der übrigen GUS-Länder und sonstiger osteuropäischer Staaten

Inzwischen haben sich auch in den übrigen GUS-Ländern auf der Basis der früheren KGB-Strukturen Nachrichtendienste herausgebildet. Diese wurden weitgehend mit eigenen Leuten besetzt, um den Einfluß Rußlands zurückzudrängen. Ein nachrichtendienstliches Interesse an der Bundesrepublik Deutschland konnte bisher allerdings nur von den Diensten Kasachstans, der Ukraine, Usbekistans und Weißrußlands registriert werden. Hierbei waren insbesondere Personen betroffen, die früher als Deutschstämmige in den oben erwähnten Staaten gelebt und als Aussiedler nach Deutschland gekommen waren.

Nachrichtendienstlich bedeutsame Aktivitäten der anderen osteuropäischen Staaten wie z.B. Rumänien, Bulgarien oder der Slowakei sind in Niedersachsen 1996 nicht festgestellt worden. Die Entwicklung in Restjugoslawien bleibt abzuwarten.

Die Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas

Die Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens wie z.B. Irak, Iran, Libyen und Syrien sowie Algeriens befinden sich zum Teil seit Jahren im Beobachtungsspektrum der Spionageabwehr. Zielsetzungen dieser Dienste reichen von der Überwachung in der Bundesrepublik lebender oppositioneller Staatsbürger über – in unterschiedlicher Intensität wahrgenommene – Bemühungen, Bestandteile für sensitive Hochtechnologien bzw. Proliferationsgüter zu beschaffen bis hin zum sogenannten Staatsterrorismus.

An erster Stelle und beispielhaft für solche Aktivitäten sind hier die Nachrichtendienste Irans zu nennen:

Die iranischen Nachrichtendienste

Ministerium für Aufklärung und Sicherheit (MOIS)

(Leitung: Minister Ali FALLAHIAN)

Das MOIS ist als kombinierter Inlands- und Auslandsnachrichtendienst der wichtigste iranische Geheimdienst.

Zu den Aufgabenschwerpunkten des MOIS zählt neben der Beschaffung militärischer, politischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Informationen aus dem Ausland die Überwachung und Ausforschung von Regimegegnern im In- und Ausland.

Nachrichtendienst der Revolutionsgarden (RGID)

(Leitung: Morteza REZAI)

Das RGID konzentriert seine Inlandsaktivitäten auf die Spionageabwehr, auf den Personenschutz und auf Repressionsmaßnahmen gegen iranische Bürger, die im Verdacht stehen, von der Lehre des Koran abzuweichen. Es klärt aber auch im Ausland auf und ist für die Beschaffung von Embargogütern zuständig.

Wenngleich sich MOIS und RGID auch gegenseitig überwachen, so zeichnet sich doch bei der Bekämpfung von Regimegegnern eine zunehmend engere Zusammenarbeit ab.

Der militärische Nachrichtendienst (Leitung: Brigadegeneral Abdollah NAJAFI)

Der militärische Nachrichtendienst wurde während des irakisch-iranischen Krieges (1980 – 1988) erheblich ausgebaut. Er besteht aus zwei Abteilungen, die völlig unabhängig voneinander operieren sollen:

- Spionageabwehr/Gegenspionage
- Auslandsaufklärung.

Die Abteilung Auslandsaufklärung befaßt sich mit

- der Beschaffung von militärischen Erkenntnissen im Ausland,
- der Fernmeldeaufklärung (Abhören des nachrichtendienstlichen Verkehrs im Ausland),
- Operationen zur See und in der Luft, vor allem im Persischen Golf, zur Erstellung eines Lagebildes zur Bedrohungsanalyse.

Der militärische Nachrichtendienst ist – wie auch das MOIS und das RGID – für die Beschaffung von Gütern und Know-how zuständig, die der Iran für Rüstungsvorhaben benötigt.

Iranische Beschaffungsaktivitäten

Die Bundesrepublik Deutschland ist unverändert eines der wichtigsten Operationsgebiete des iranischen ND. Die Aufklärungsbemühungen gelten vor allem den ca. 100 000 im Bundesgebiet lebenden Landsleuten.

Außerdem unternimmt der Iran auf dem Rüstungssektor erhebliche Anstrengungen, um sowohl seine Verteidigungskraft zu stärken als auch seine militärpolitische Schlüsselrolle am Golf zu demonstrieren. Trotz angespannter Haushaltsslage werden qualitativ hochwertige Waffensysteme, insbesondere für die Luft- und Seestreitkräfte, importiert.

Bei der Beschaffung von Rüstungsgütern, die nicht legal erworben werden können, dienen zur Verschleierung des Endverbleibs Drittstaaten als Transitländer. Dabei stehen Indonesien, Singapur und Hongkong an erster Stelle.

Nicht zuletzt gilt das Interesse des Iran den Bereichen Nuklear- und Trägertechnologie sowie der Produktion biologischer und chemischer Waffen (Proliferation).

Urteil im „Mykonos“-Prozeß

Das Berliner Kammergericht hat am 10. 04. 1997 im sog. „Mykonos“-Prozeß zwei Angeklagte wegen tateinheitlich begangenen Mordes in vier Fällen zu lebenslanger Freiheitsstrafe und zwei weitere Angeklagte wegen Beihilfe hierzu zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt.

Das Urteil stieß auf weltweites Interesse und führte zu erheblichen Spannungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Iran, da der Leiter des iranischen Nachrichtendienstes MOIS, FALLAHIAN, in der Urteilsbegründung als Verantwortlicher dieser „Operation“ bezeichnet und die Verwicklung iranischer Stellen in den Mordanschlag aufgezeigt wurde.

Zur Verwicklung des Iran in diesen staatsterroristischen Anschlag hat das Kammergericht in der mündlichen Urteilsbegründung ausgeführt:

„Mit diesem Urteil beendet der Senat nach fast 3½ Jahren ein Verfahren, dessen Gegenstand der bewaffnete Anschlag vom 17. September 1992 in dem Lokal Mykonos in Berlin war.

Zu dessen (Anm.: des iranischen Geheimdienstes) wichtigsten Aufklärungsobjekten gehörte die DPK-I, wie sich aus einem Fernsehinterview des iranischen Ministers für Information und Sicherheit Fallahian vom 30. August 1992 ergibt. Um diese Stimme zum Schweigen zu bringen, faßte die politische Führung Irans den Entschluß, die Führung der DPK-I nicht nur politisch zu bekämpfen, sondern sie zu liquidieren.

. . . Die Beweisaufnahme hat einen Einblick in Entscheidungsabläufe der iranischen staatlichen Führungsspitze gegeben, an deren Ende die Liquidierung von Regimegegnern im Ausland steht. Die Beschlußfassung über entsprechende Operationen liegt in den Händen des geheimen und außerhalb der Verfassung stehenden „Komitees für Sonderangelegenheiten“, dem der Staatspräsident, der Minister des Geheimdienstes VEVAK, der für die Außenpolitik zuständige Chef, Vertreter des Sicherheitsapparates und anderer Organisationen sowie der „religiöse Führer“ angehören. . . .

Nachdem Fallahian im „Komitee für Sonderangelegenheiten“ Bericht er-

stattet und dieses die Liquidierung Dr. Sharafkandis beschlossen hatte, wurde er von dem Gremium auch mit der Durchführung der weiteren Operation betraut. . . . Die Tat hatte keinen religiösen Hintergrund. Das gesamte Tatgeschehen bietet keinen Anhaltspunkt dafür, daß für die Tötung religiöse Verfehlungen der Opfer maßgebend waren. Den Opfern war nicht vorgeworfen worden, gegen Regeln des Koran verstoßen oder sonst ein Sakrileg begangen zu haben. Die Gründe, die zu ihrer erbarmungslosen Verfolgung geführt hatten, waren rein machtpolitischer Art. Daß die Regierung eines „Gottesstaates“, wie Iran sich nennt, die Tötung veranlaßt hat, ändert daran nichts. Die religiöse Verbrämung verdeckt nicht, daß es dem herrschenden Regime in Iran allein darauf ankam, die vom Ausland aus wirkende Opposition vernichtend zu schlagen.

. . . Jede andere Bewertung würde der Auffassung Vorschub leisten, daß Nachsicht gegenüber staatsterroristischen Umtrieben geübt werde“.

(Pressemitteilung der Berliner Senatsverwaltung für Justiz vom 10. 04. 1997)

Aktivitäten syrischer Nachrichtendienste in Deutschland

Die in Deutschland festgestellten Aktivitäten der syrischen Nachrichtendienste gehen auch weiterhin zum größten Teil von den syrischen „Legalresidenturen“ in den amtlichen bzw. halbamtlichen Einrichtungen aus. Neben der Beschaffung politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Informationen wird die Ausforschung und Überwachung hier lebender syrischer Oppositioneller betrieben.

Hilfe für Betroffene

Das Strafgesetzbuch enthält Regelungen, die dem von einer nachrichtendienstlichen Ansprache durch einen fremden Geheimdienst betroffenen Bürger eine Hilfe sein können. Schon „geworbene Personen“ haben nach wie vor die Möglichkeit, sich aus der nachrichtendienstlichen Verstrickung zu lösen, indem sie sich einer Behörde offenbaren. Die Gerichte können dann die Strafe mildern oder von einer Bestrafung absehen, wenn ein Betroffener „tätige Reue“ übt. Von einem Anwerbungsversuch fremder Geheimdienste betroffenen Personen – auch denen, die für das frühere MfS tätig waren – wird deshalb geraten, sich vertrauensvoll an die für ihr Bundesland zuständige Spionageabwehrbehörde zu wenden. In Niedersachsen ist dies das

Niedersächsische Landesamt
für Verfassungsschutz
Postfach 44 20
30044 Hannover
Tel.: 05 11 / 6 70 90

Der Verfassungsschutz in Niedersachsen

Bedienstete

Im Haushaltsplan 1996 waren für den Verfassungsschutz 243 Stellen ausgewiesen, von einem Überhang von zwei nicht mehr im NLFV beschäftigten Bediensteten abgesehen. Diese Zahl reduzierte sich Ende 1996 infolge der allgemeinen Sparmaßnahmen der Landesregierung auf 238 Stellen. Darin sind auch die Stellen für Bedienstete enthalten, die nicht mit verfassungsschutzspezifischen Aufgaben betraut sind – sogenanntes Indendanturpersonal. Nach Abzug dieser Funktionen liegt die Zahl der Stellen für originäre Aufgaben des Verfassungsschutzes bei 166.

Haushalt

Der Haushalt des Verfassungsschutzes betrug 1996 im Endergebnis 21.279.520,- DM. Davon entfielen 4.571.920,- DM auf Sachausgaben und 16.707.600,- DM auf Personalausgaben für die Bediensteten des NLFV.

Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)

Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten; sie müssen hierzu auch gemeinsame, automatisierte Dateien unterhalten (§ 6 BVerfSchG). Zu diesem Zweck wurde Anfang der siebziger Jahre das Nachrichtendienstliche Informationssystem – NADIS – als EDV-gestütztes Verbundsystem eingerichtet.

NADIS ist ein elektronisches Aktenregister, das darüber Auskunft gibt, ob dem Verfassungsschutz eine Organisation oder Person bekannt ist und ggf. wo und unter welchem Aktenzeichen die dazu angelegte Akte geführt wird. Das Informationssystem besteht also aus einer Objekt- und einer Personen-datei. Letztere enthält neben dem Namen mehrere zur Identifizierung einer Person erforderliche Angaben (z.B. Wohnanschrift, Kfz). Jede Speicherung enthält das Aktenzeichen, aus dem sich ergibt, welche Verfassungsschutzbehörde für die Speicherung der Information verantwortlich ist und zu welchem Sachgebiet die Speicherung erfolgte.

Inhaltliche Angaben über die in den betreffenden Akten enthaltenen Erkenntnisse sind im NADIS nicht enthalten. Diese müssen bei der aktenführenden Verfassungsschutzbehörde abgefragt und von dort schriftlich mitgeteilt werden. Vor ihrer Übermittlung erfolgt insoweit eine nochmalige Relevanzprüfung.

In den Akten der Verfassungsschutzbehörden, deren Aktenzeichen im NADIS gespeichert sind, werden viele Informationen gespeichert, die nichts mit einer „Observation“ oder „Belastung“ zu tun haben. Beispielsweise werden auch Personen oder Institutio-

nen, die durch Terroristen gefährdet sind, sowie Zielpersonen fremder Nachrichtendienste erfaßt. Auch die Aktenzeichen aller Sicherheitsüberprüfungen – die ganz überwiegend mit dem Ergebnis „kein Sicherheitsrisiko“ enden – sind im NADIS gespeichert.

Zur Verhinderung von unbefugter Nutzung und sonstigen Mißbräuchen des NADIS sind sowohl das System selbst als auch der Zugriff zu den Daten technisch besonders gesichert. Alle Datenverarbeitungsschritte werden aus Sicherheits- und Datenschutzgründen automatisch protokolliert.

Die Speicherungen im NADIS werden zeitlich begrenzt und regelmäßig auf ihre noch bestehende Notwendigkeit überprüft. Das gesamte Verfahren unterliegt in Niedersachsen der Kontrolle durch den behördlichen Datenschutzbeauftragten, das Innenministerium und den Landesbeauftragten für Datenschutz. Das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz legt den Schwerpunkt auf die objekt- und organisationsbezogene Erfassung von Auswertungsergebnissen im Extremismusbereich. Es sollen in der Regel nur noch Organisationsdaten und die erforderlichen Personendaten (z.B. Funktionäre, Aktivisten, bedeutende Geldgeber) erfaßt werden.

Die Zahl der vom Niedersächsischen Verfassungsschutz vorgenommenen personenbezogenen Speicherungen im NADIS belief sich am 31. 12.1996 (Vorjahr in Klammern) auf insgesamt 13.599 (16.336), davon bezogen sich 9.874 (12.634) Speicherungen auf Sicherheitsüberprüfungen; 3.148 (3.126) betrafen die originären Aufgabenbereiche (Rechts- und Linksextremismus, Terrorismus, Ausländerextremismus sowie Spionageabwehr).

Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel

Nach § 3 Abs. 2 des Nds. Verfassungsschutzgesetzes ist die Öffentlichkeit auch über die Anwendung der nachrichtendienstlichen Mittel durch das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz zu unterrichten.

Die nachrichtendienstlichen Mittel, die das Landesamt für Verfassungsschutz einsetzen darf, sind in § 6 Abs. 1 des Gesetzes abschließend geregelt.

Dabei sind wegen des abschließenden Charakters des gesetzlichen Kataloges auch solche nachrichtendienstlichen Mittel aufgeführt, deren Anwendung nach der erklärten Absicht der Landesregierung derzeit nicht beabsichtigt, sondern für besondere Situationen vorbehalten ist. Dazu gehören beispielsweise der Einsatz von verdeckt ermittelnden Beamtinnen und Beamten, das heimliche Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb des Schutzbereiches des Art. 13 GG und die Beobachtung des Funkverkehrs auf

nicht für den allgemeinen Empfang bestimmten Kanälen. Demgemäß wurden im Berichtszeitraum diese nachrichtendienstlichen Mittel nicht angewendet.

Den Vorrang hat grundsätzlich die Informationsbeschaffung mit offenen Mitteln, da eine Informationsbeschaffung mit nachrichtendienstlichen Mitteln nach § 6 Abs. 4 des Nds. Verfassungsschutzgesetzes nur unter bestimmten Bedingungen zulässig ist, die aus dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz folgen. Demgemäß wurden auch 1996 die notwendigen Informationen – soweit wie möglich – ohne Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel beschafft. Wo sich extremistische Organisationen allerdings konspirativ verhalten, so daß ihre wahren Zielsetzungen und ihre Strukturen nach außen hin nicht oder nicht zureichend bekannt sind, müssen nachrichtendienstliche Mittel eingesetzt werden. Gleiches gilt für terroristische und Spionage-Aktivitäten.

Das am häufigsten eingesetzte nachrichtendienstliche Mittel war auch im Berichtszeitraum, ebenso wie bei allen anderen Verfassungsschutzbehörden, die Inanspruchnahme von Vertrauensleuten, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten und Gewährspersonen.

Die nachrichtendienstlichen Mittel wurden im Bereich des politischen Extremismus (Rechts- und Linksextremismus sowie Ausländerextremismus) in jeweils abgestufter, auf die Wichtigkeit und Gefährlichkeit der betreffenden Organisation abgestellter Weise eingesetzt.

Legenden, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen mußten, wie schon im-

mer, zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere der mit nachrichtendienstlichen Mitteln operierenden, ständig benutzt werden.

Überwachungen des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zu Art. 10 GG wurden, der Schwere des Eingriffes angemessen, wie auch schon in den vergangenen Jahren mit größter Zurückhaltung eingesetzt. Über Anträge der Verfassungsschutzbehörde entscheidet der Innenminister, im Falle der Verhinderung sein Vertreter. Zusätzlich ist die sog. „G 10-Kommission“, die vom Landtag eingesetzt wird und die in ihrer Entscheidung unabhängig ist, über jede Maßnahme zu unterrichten. Sie entscheidet abschließend über die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Beschränkungsmaßnahmen in jedem Einzelfall.

Im Bereich der Spionageabwehr wurden nachrichtendienstliche Mittel in einer der Bedeutung des jeweiligen Sachverhalts adäquaten Art und Intensität eingesetzt.

Auskunftsersuchen von Bürgerinnen und Bürgern

1996 wurden 14 Auskunftsersuchen an das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz oder das Niedersächsische Innenministerium gerichtet. In 11 Fällen waren beim Landesamt für Verfassungsschutz keine personenbezogenen Erkenntnisse gespeichert, in zwei Fällen wurden personenbezogene Erkenntnisse den Auskunftsersuchenden mitgeteilt. In einem Fall erging eine Entscheidung nach § 13 Abs. 2 des Niedersächsisches Verfassungsschutzgesetzes: Die Auskunft mußte verweigert werden. Der Betroffene wurde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz verwiesen.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes genoß auch 1996 hohe Priorität. Neben Themen zum Rechtsextremismus (u.a. Aufmärsche zum Gedenken an Rudolf Heß, Hetendorfer Tagungswoche) und zum Linksextremismus (u.a. Anschläge von militanten Linksextremisten auf Bahnanlagen) standen Darstellungen der Tätigkeit extremistischer Ausländerorganisationen im Mittelpunkt dieser Öffentlichkeitsarbeit. Zahlreiche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen

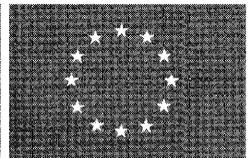
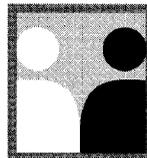
wurden von Mitarbeitern der Verfassungsschutzbehörde in Schulen, vor politischen Parteien und staatlichen Stellen gehalten. Im Dienstgebäude des Verfassungsschutzes wurden – wie in den Vorjahren – Besuchergruppen empfangen, um sie über Rechtsgrundlagen, Arbeitsweise und Kontrolle des Nachrichtendienstes zu informieren. Dieses Angebot nahmen vor allem Rechtsreferendar-Arbeitsgemeinschaften der Bezirksregierungen in Anspruch.

Im Rahmen der Pressearbeit wurden zahlreiche Auskünfte und Interviews an lokale, regionale und überregionale Medien gegeben.

Das NLFV und das Innenministerium beteiligten sich auch im Jahr 1996 an der bundesweiten Kampagne „Fairständnis – Menschenwürde achten – Gegen Fremdenhaß“, die 1993 von den Innenministern des Bundes und der Länder gestartet wurde. Die Kampagne fügt sich 1997 in den Rahmen des Europäischen Jahres gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ein.



1997 Europäisches Jahr



gegen **Rassismus**



